

Magazin der Informationsstelle Militarisierung e.V.

AUSDRUCK

März 2023

21. Jahrgang - Ausgabe 112

Einzelpreis: 4,50€

ISSN 1612-7366



Schwerpunkt:

Zeitenwende

**Ukrainekrieg: Vorgeschichte. Verlauf. Interessen.
Zeitenwende ohne Personal
Rekrutierung, Widerstand und Asyl im Ukraine-Krieg
Nächster Illegaler EU-Rüstungstopf in der Mache
Trainings-Hub Deutschland
FCAS**



Informationsstelle
Militarisierung e.V.

Inhalt

Kongressdokumentation: Zeitenwende

- Editorial - **Martin Kirsch** und **Jürgen Wagner** - 3
Der Ukraine-Krieg: Vorgeschichte, Verlauf, Interessen, Waffen - **Jürgen Wagner** - 4
Zeitenwende ohne Personal - **Thomas Haschke** - 9
Ukrainekrieg und arabische Welt - **Jacqueline Andres** - 13
Auswirkungen des Ukrainekrieges auf den Globalen Süden - **Pablo Flock** - 16
Streit um die nördlichen Passagen: Im Arktischen Ozean drohen neue Konflikte - **Ben Müller** - 21
Deutschland positioniert sich in der Ostseeregion als militärische Führungsmacht - **Merle Weber** - 24
Sand im Getriebe: Rekrutierung, Widerstand und Asyl im Ukraine-Krieg - **Franz Nadler** - 27
Soziale Verteidigung als Alternative zu militärischen Optionen - **Victoria Kropp** - 31
Konturen alternativer Sicherheitsarchitekturen in Europa - **René Jokisch** - 35

Magazin

Ukraine-Krieg

- Trainings-Hub Deutschland - **Martin Kirsch** - 41
Ukraine-Krieg: Argumente gegen ein Sondertribunal - **René Jokisch** - 47
Hershs Pipeline-These: Skepsis scheint (immer) angebracht - **Bernhard Klaus** - 49
Rezension: Die Grünen. Von der Protestpartei zum Kriegsakteur - **Yasmina Dahm** und **Pablo Flock** - 53

Rüstung

- FCAS: Ansatzpunkte für eine Kampagne am Beispiel Stuttgart - **Christoph Marischka** - 55
Das Puma-Debakel - **Jürgen Wagner** - 61
EDIRPA: Nächster Illegaler EU-Rüstungstopf in der Mache - **Jürgen Wagner** - 67

Krisengebiet Sahel

- Mali: (K)ein „Eklat“ bei der Uno - **Christoph Marischka** - 70
Sahel: Neue Allianzen, neue Missionen - **Christoph Marischka** - 72

Editorial

von Martin Kirsch und Jürgen Wagner

Unter dem Thema „Zeitenwenden“ fand im November 2022 der 26. Kongress der Informationsstelle Militarisierung statt. Der Titel wurde bewusst im Plural gewählt, wollten wir damit doch zum Ausdruck bringen, dass der russische Angriff auf die Ukraine auf vielerlei Ebenen dramatische Folgen zeitigt, denen wir auf dem Kongress – und nun auch in dieser Schwerpunkt-Ausgabe unseres Magazins – wenigstens halbwegs gerecht werden wollten. Denn der erbittert ausgefochtene Krieg mit seinen zahlreichen Opfern sowie die untrennbar mit ihm verflochtene Mitverantwortung des Westens und der NATO stellt leider nur eine, wenn auch natürlich überaus bedeutende Dimension der Ereignisse seit dem 24. Februar 2022 dar. Der Krieg und die westlichen Sanktionen haben zum Beispiel massive Auswirkungen auf die Länder des Globalen Südens, deren Blick auf den Konflikt sich auch von dem des Westens durchaus unterscheidet. Die Katastrophe wirft zudem auch Fragen nach möglichen Alternativen auf – zum Beispiel nach zivilem Widerstand, der Unterstützung von Desertion und dem Aufbau alternativer Sicherheitsarchitekturen.

Nicht zuletzt wurde aber seit dem 24. Februar 2022 in Deutschland ein umfassendes Aufrüstungsprogramm in Gang gesetzt, mit dem die Militarisierung Deutschlands ganz neue Dimensionen annimmt. Gleichzeitig wird Deutschland vor allem durch die Ausbildung ukrainischer Soldat*innen an Waffensystemen hierzulande und dem Export dieser Waffensysteme in die Ukraine immer mehr zu einer Kriegspartei. Allein seit dem IMI-Kongress im November wurden beispielsweise mit den angekündigten Lieferungen, zuerst von Schützenpanzern (Marder) und später der von Kampfpanzern (Leopard 2), gleich mehrere rote Linien überrollt. Auch diese neueren

Entwicklungen nehmen wir über die Dokumentation der (auf aktuellen Stand gebrachten) Beiträge des IMI-Kongresses hinaus mit eigenen Artikeln in dieser Ausgabe unter die Lupe.

Wie epochal jedenfalls militär- und rüstungsnahe Quellen wie die bestens vernetzten Griephan-Briefe die aus ihrer Sicht gewaltige Dimension der Entscheidung deutscher Panzerlieferungen an die Ukraine einschätzen, jagt einem kalte Schauer über den Rücken: „Wir sind geneigt, die Entscheidung der Bundesregierung, den Kampfpanzer Leopard an die Ukraine zu liefern, als wahrscheinlich größere Zäsur in der deutschen Nachkriegsgeschichte zu sehen“ - explizit größer „als die Wiedervereinigung und die Einführung der Euro-Währung.“

Angelehnt an den IMI-Kongress bebildern wir den Schwerpunkt mit Kollagen aus Punk-Songs. Danke dafür an den Blog punknotwar.blackblogs.org, wo neben Veranstaltungshinweisen auch Kontaktmöglichkeiten für weitere antimilitaristische Punk-Rock-Lyric-Lesungen zu finden sind.



Quelle: IMI/Arno Neuber.

Der Ukraine-Krieg

Vorgeschichte – Verlauf – Interessen – Waffen!

von Jürgen Wagner

Ohne Zweifel handelt es sich bei dem russischen Angriff auf die Ukraine um einen eklatanten Bruch des Völkerrechts. Russland trägt demzufolge einen Großteil der Schuld an der katastrophalen Situation. Ebenso deutlich wie dies immer wieder klargestellt werden muss, gilt es aber auch zu betonen, dass dieser Krieg auch eine Vorgeschichte hat, die von einer nicht vernachlässigbaren Mitverantwortung erzählt, die nicht bei Russland liegt, sondern bei der Politik des Westens. Und gerade weil diese Mitverantwortung hierzulande nahezu vollständig ausgeblendet wird, ist es zentral, sie ebenfalls zum Gegenstand der Kritik zu machen.

Doch auch seit Kriegsbeginn gießt der Westen immer weiter Öl ins Feuer: Vor allem seine Rolle beim Abbruch der Istanbul-Gespräche, bei denen die Ukraine und Russland Ende März 2022 kurz vor einer Verhandlungslösung standen, führte direkt zu der anschließenden Eskalation, die seither mit westlichen Waffen immer weiter befeuert wird. Inzwischen fällt in Sachen westlicher Waffenlieferungen auch und gerade in Deutschland nahezu jedes Tabu, sodass der langjährige militärische Chefberater im Kanzleramt, Ex-Brigadegeneral Erich Vad, bereits eindringlich vor einer „Eigendynamik“ und einer „Rutschbahn“ warnt, die in einen direkten Krieg der NATO mit Russland führen könnte: „Was sind die Kriegsziele?“, fragt Vad völlig zu Recht. „Will man mit den Lieferungen der Panzer Verhandlungsbereitschaft erreichen? Will man damit den Donbass oder die Krim zurückerobern? Oder will man Russland gar ganz besiegen? Es gibt keine realistische End-State-Definition. Und ohne ein politisch strategisches Gesamtkonzept sind Waffenlieferungen Militarismus pur.“¹

Wenn aktuell allerdings Verhandlungen kategorisch abgelehnt werden bis völlig unrealistische Bedingungen erfüllt sind, dann läuft dies zwangsläufig auf einen lang andauernden, immer mehr Opfer fordernden Abnutzungskrieg hinaus – und genau hierauf scheint die westliche Strategie derzeit abzuzielen, um so eine maximale Schwächung Russlands zu erreichen. Inzwi-

sehen mehren sich aber die Stimmen, die eine grundlegende Kursänderung in Richtung Verhandlungen fordern. Es ist dringend notwendig, dass es in den nächsten Wochen und Monaten noch deutlich mehr werden. Eine wichtige Voraussetzung dafür wäre, dass diejenigen, die sich für eine Verhandlungslösung einsetzen, wenigstens öffentlich zu Wort kommen würden, ohne sofort hysterisch beschimpft und diffamiert zu werden, wie Heribert Prantl richtigerweise forderte: „Der Krieg in der Ukraine und die kriminelle Annexionspolitik Putins sind bittere Realität. Realität ist aber auch die Gefahr, dass dieser Krieg mit Worten und mit Waffen gefüttert wird, bis er platzt. [...] Das wäre nicht die von Kanzler Scholz angekündigte Zeitenwende, das wäre das Zeitenende für Europa. [...] Es ist deshalb fatal und unendlich töricht, dass hierzulande schon die Wörter ‚Waffenstillstand‘, ‚Friedensappell‘ und ‚Frieden‘ als anrüchig gelten, wenn sie im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg gebraucht werden. Es ist fatal, wenn das Werben für eine diplomatische Offensive fast schon als Beihilfe zum Verbrechen bewertet wird. Für Diplomatie zu werben ist keine Parteinahme für Putin, sondern eine Parteinahme für die Vernunft. [...] Es ist eine Menschheitserfahrung, dass Frieden gestiftet werden muss. Wo sind die Stifter? Das Stiften beginnt mit Reden; und es darf nicht sein, dass Reden als von vornherein sinnlos erachtet wird. Ist es sinnvoller, den Krieg bis zum Platzen zu füttern?“²

Kollision mit Ansage

Viele der „Stationen“, die in den Krieg geführt haben, sind inzwischen bekannt und ausführlich an anderen Stellen beschrieben worden.³ Aus diesem Grund folgt hier lediglich ein kursorischer Überblick, angefangen mit der „Ursünde“, dem inzwischen gut belegbaren Bruch der Zusagen, die der Sowjetunion bzw. Russland Anfang der 1990er Jahre gemacht worden waren. Damals sicherte nahezu jedes westliche Staatsoberhaupt zu, im Tausch für die NATO-Mitgliedschaft des wieder-

vereinigten Deutschlands werde es zu keiner weiteren Osterweiterung des Militärbündnisses kommen – dass dies nur mündlich und nicht in Form eines juristisch sattelfesten Dokumentes erfolgte, tut hier für das in der Folge zerschlagene Porzellan kaum etwas zur Sache. Es folgten die erste NATO-Osterweiterung (1999) sowie die – ebenfalls eklatant völkerrechtswidrigen – Angriffskriege der NATO gegen Jugoslawien (1999) und der US-geführten Koalition gegen den Irak (2003). Von russischer Seite stets als „rote Linie“ wurde die zweite NATO-Osterweiterung (2004) bezeichnet, da sie mit den baltischen Staaten auch ehemalige Gliedstaaten der Sowjetunion mit einschloss. Besonders fatal wirkte sich dann die Entscheidung im April 2008 aus, der Ukraine und Georgien eine Beitrittsperspektive in die NATO zu eröffnen. Dies geschah im vollen Wissen, dass eine solche NATO-Mitgliedschaft von Moskau als existenzielle Bedrohung eingestuft wurde.⁴

Einen ersten Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen im Georgien-Krieg (August 2008), als georgische Truppen mit US-Unterstützung die abtrünnigen Provinzen Südossetien und Abchasien wiedereingliedern wollten. Russland regierte hierauf mit einem massiven Militäreinsatz, der den Status quo wieder herstellte. Besonders die Ukraine entwickelte sich in der Folge dann aber zum zentralen Schauplatz der immer erbitterter geführten Auseinandersetzungen zwischen Russland und dem Westen. Auslöser der nächsten Eskalation waren die Konflikte um die Unterzeichnung eines Assoziationsabkommens zwischen der Ukraine und der Europäischen Union. Weil das Abkommen auf die (periphere) Eingliederung des Landes in die westliche Einflussphäre abzielte, wurde hierum heftig gestritten. Nachdem der gewählte ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch im November 2013 die Verhandlungen um das Abkommen auf Eis legte, begannen die sogenannten Maidan-Proteste. Ursprünglich durchaus zumindest in Teilen mit nachvollziehbaren Motiven begonnen (zum Beispiel gegen korrupte lokale Eliten), wurden die Proteste schnell von einem Bündnis aus pro-westlichen und faschistischen Akteuren übernommen und mündeten schließlich im Februar 2014 in den Sturz von Janukowitsch, der unter Gewaltandrohung aus dem Land floh. Es bildete sich eine dezidiert pro-westliche Übergangsregierung, die unter anderem die schnellstmögliche NATO-Mitgliedschaft anstrebte und den Pachtvertrag mit der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim kündigen wollte. Weil die Übergangsregierung das erforderliche Quorum im Parlament nicht erreicht hatte, wurde der ganze Vorgang in Russland als Putsch bewertet und mit der Unterstützung pro-russischer Kräfte in der Ostukraine sowie der Absicherung des Referendums auf der Krim beantwortet, die kurz darauf eingegliedert wurde.

Der anschließende Krieg in der Ostukraine endete

vorläufig in dem von der Ukraine, Russland, Frankreich und Deutschland ausgehandelten Minsker Abkommen vom 12. Februar 2015. Es sah neben einem sofortigen Waffenstillstand unter anderem den Rückzug schwerer Waffen, einen Autonomiestatus für die Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie Wahlen und den Abzug aller ausländischen bewaffneten Einheiten vor. Die Umsetzung des Minsker Abkommens scheiterte in den Folgejahren an der vom Westen zumindest geduldeten Weigerung der ukrainischen Regierung, seine Kernbestandteile umzusetzen. Unterdessen wurde die Ukraine mit westlichen Waffen aufgerüstet, die NATO-Militärpräsenz an Russlands Grenzen ausgebaut und Vorbereitungen für die Stationierung von Mittelstreckenraketen, insbesondere Hyperschallwaffen („Dark Eagle“) nahe Russland aufgenommen, was von Moskau in aller Deutlichkeit als ernste Bedrohung seiner Sicherheit kritisiert wurde.⁵

Trotz des Minsker-Abkommens endeten die Kämpfe in der Ostukraine nie vollständig und bis Februar 2022 fielen ihnen nach Schätzungen der Vereinten Nationen insgesamt etwa 14.000 Menschen zum Opfer.⁶ Die Lage spitzte sich weiter zu, nachdem der ukrainische Präsident Dekret Nr. 117 vom 24. März 2021 unterzeichnet hatte, mit dem faktisch eine Rückeroberung der sogenannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie der Krim anvisiert wurde.⁷ Russland wiederum begann, massiv Truppen zusammenzuziehen und übermittelte im Dezember 2021 einen Forderungskatalog, der vom Westen verlangte, keine NATO-Erweiterungen mehr durchzuführen, die militärische Infrastruktur auf den Stand von 1997 (dem Abschluss der NATO-Russland-Akte) zurückzufahren und von der Stationierung von Angriffswaffensystemen in russischer Grenznähe abzusehen. Obwohl Moskau deutlich mit militärischen Konsequenzen drohte, existierte auf westlicher Seite keinerlei ernsthafte Bereitschaft, über einen oder gar mehrere dieser Punkte zu verhandeln. Es folgte am 21. Februar 2022 die Rede Putins zur Anerkennung der sogenannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk und am 24. Februar 2022 begann der russische Angriff auf die Ukraine.

Diese „kurze“ Auflistung an westlichen Schritten, die mit zu dieser Katastrophe beigetragen haben, beansprucht keineswegs auch nur ansatzweise Anspruch auf Vollständigkeit – sie sollte aber zeigen, dass auch hier ein Teil der Verantwortung für diesen Krieg zu suchen ist. Und auch wenn sich hierdurch das durch den russischen Angriff verursachte Leid in keiner Weise entschuldigen lässt, so muss der Westen sich die Frage gefallen lassen, ob er nicht mit seiner Politik massiv zu dem abgrundtiefen Misstrauen beigetragen hat, das schließlich mitentscheidend für die russische Kriegsentscheidung gewesen sein dürfte. Die Verbitte-

Ohne uns gäbs hier
keine Bananen

Ohne uns da gäb es
hier Krieg



Drum Deutschland
hab uns lieb

Elende Bande und ihr Lied „Banane“. Quelle: punknotwar.blackblogs.org.

rung jedenfalls, mit der Wladimir Putin in seiner Rede zur Anerkennung der sogenannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk über den Westen sprach, hätte zum Nachdenken zwingen sollen, ja müssen: „Nachdem die USA den INF-Vertrag gekündigt haben, hat das Pentagon offen zahlreiche landgestützte Angriffswaffen entwickelt, darunter ballistische Raketen, die Ziele in einer Entfernung von bis zu 5.500 km treffen können. Wenn solche Systeme in der Ukraine stationiert werden, können sie Ziele im gesamten europäischen Teil Russlands erreichen. Die Flugzeit von Tomahawk-Marschflugkörpern nach Moskau wird weniger als 35 Minuten betragen; ballistische Raketen aus Charkow benötigen sieben bis acht Minuten und Hyperschall-Angriffswaffen vier bis fünf Minuten. Das ist wie ein Messer an der Kehle. Ich habe keinen Zweifel daran, dass sie hoffen, diese Pläne zu verwirklichen, wie sie es in der Vergangenheit schon oft getan haben, indem sie die Nato nach Osten ausdehnten, ihre militärische Infrastruktur an die russischen Grenzen verlegten und unsere Bedenken, Proteste und Warnungen völlig ignorierten. Verzeihen Sie mir das so zu sagen, aber sie haben sich einfach nicht für derlei Belange interessiert und getan, was sie für notwendig hielten.“⁸

Augenscheinlich sah und sieht sich Russland angesichts dieser Entwicklungen fundamental bedroht – man muss diese Einschätzungen im Übrigen überhaupt nicht teilen und hätte den russischen Bedenken dennoch entgegenkommen können, Möglichkeiten gab es hierzu sowohl vor als auch nach dem Kriegsausbruch mehr als genug.

Torpedo gegen die Istanbul-Verhandlungen

Immer wieder ist zu hören, Moskau (oder meist „Putin“) sei nicht zu Verhandlungen bereit, man könne sich also jeden Versuch in diese Richtung schenken. Dies ist zumindest für die Frühphase des Krieges definitiv falsch, schließlich handelten russische und ukrainische Vertreter*innen ein Dokument aus, das Ende März 2022 unterschriftsreif vorgelegen hatte. Kernpunkte dieser Istanbul-Verhandlungen waren ein sofortiger Waffenstillstand, die Neutralität der Ukraine (mit Garantiestaaten) sowie die Ausklammerung der offenen Fragen um Teile des Donbas sowie der Krim, verbunden mit der Vereinbarung eine nicht-militärische Lösung innerhalb der nächsten 15 Jahre anzustreben.⁹

Damit war ein Weg aus diesem Krieg vorhanden, was dann im Detail geschah, ist bis heute unklar. Mit Sicherheit lässt sich aber sagen, dass der Westen der ukrainischen Regierung unmissverständlich nahelegte, diese Verhandlungslösung abzulehnen – verknüpft mit Zusagen für Waffenlieferungen, um den Kampf gegen Russland „erfolgreich“ fortsetzen zu können. Schon am 5. April 2022 berichtete die Washington Post, diverse NATO-Staaten würden eine Fortsetzung der Kampfhandlungen befürworten: „Das führt zu einer unangenehmen Realität: Einige in der NATO halten es für besser, wenn die Ukrainer weiter kämpfen und sterben, als dass ein Friede herauskommt, der zu früh und mit zu hohen Kosten für Kiew und den Rest Europas verbunden ist.“¹⁰ Eine entscheidende Rolle spielte dabei wohl der damalige britische Premier Boris Johnson, auch wenn mit Sicherheit anzunehmen ist, dass er nicht

ohne Rückendeckung aus Washington agierte. Er soll laut Guardian Anfang April 2022 zu einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Selenski gefahren sein und von ihm verlangt haben, „keine Zugeständnisse an Putin zu machen“.¹¹ Auch der ehemalige Bundeswehr-Generalinspekteur und Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Harald Kujat, bestätigt dies: „Russland hatte sich in den Istanbul-Verhandlungen offensichtlich dazu bereit erklärt, seine Streitkräfte auf den Stand vom 23. Februar zurückzuziehen, also vor Beginn des Angriffs auf die Ukraine. [...] Nach zuverlässigen Informationen hat der damalige britische Premierminister Boris Johnson am 9. April in Kiew interveniert und eine Unterzeichnung verhindert. Seine Begründung war, der Westen sei für ein Kriegsende nicht bereit.“¹²

Diese Angaben werden inzwischen auch durch Aussagen des damaligen israelischen Premiers Naftali Bennett betätigt, der im Februar 2023 folgendermaßen zitiert wurde: „Ein Waffenstillstand sei damals, so Bennett, in greifbarer Nähe gewesen, beide Seiten waren zu erheblichen Zugeständnissen bereit. Doch vor allem Großbritannien und die USA hätten den Prozess beendet und auf eine Fortsetzung des Krieges gesetzt. [...] Auf die Frage, ob die westlichen Verbündeten die Initiative letztlich blockiert hätten, antwortete Bennett: ‚Im Grunde genommen, ja. Sie haben es blockiert, und ich dachte, sie hätten unrecht.‘ Sein Fazit: ‚Ich behaupte, dass es eine gute Chance auf einen Waffenstillstand gab, wenn sie ihn nicht verhindert hätten.“¹³

Waffen – Waffen – Waffen!

Sicher spielen Aspekte wie die Sanktionen und anderes ebenfalls eine wichtige Rolle, entscheidend ist und bleibt jedoch die Frage der westlichen Waffenlieferungen. Dabei sind die USA weiterhin der zentrale Akteur, die bis Anfang Februar 2023 Waffen im Wert von rund 30 Mrd. Dollar in die Ukraine gepumpt haben. In der EU ist Deutschland Spitzenreiter, nach den jüngsten Zusagen beim Ramstein-Treffen Ende Januar 2023 summieren sich seine Beiträge auf 3,4 Mrd. Euro. Bezahlt werden die deutschen Waffenlieferungen nicht aus dem Verteidigungshaushalt, sondern aus dem Allgemeinen Haushalt. Außerdem gibt es ein EU-Budget für Waffenlieferungen, in das Deutschland 25 Prozent einahlt. Der Name dieses Budgets ist mehr als zynisch: „Europäische Friedensfazilität“. Bis Februar 2023 wurden über die Friedensfazilität 3,6 Mrd. Euro für Waffen an die Ukraine bezahlt.

Doch nicht nur die Beträge, auch die Feuerkraft der gelieferten Waffen nimmt ständig zu – man kann förmlich zusehen, wie die Eskalationsleiter immer weiter hochgeklettert wird: Erst waren es Helme, dann Panzerhaubitzen, dann Flakpanzer (Gepard), anschlie-

ßend Schützenpanzer (Marder) und Ende Januar 2023 wurde dann auch noch grünes Licht für die Lieferung von Leopard-2-Kampfpanzern gegeben. Und kaum ist eine rote Linie überschritten, wird gleich die nächste ins Visier genommen, wenn nun etwa zum Beispiel von Christoph Heusgen, dem Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, auch die Lieferung von Kampfflugzeugen gefordert wird.¹⁴ Selbst ein gestandener Hardliner wie Markus Kaim von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ kritisierte unlängst, die „Politik“ drohe jedes „Maß und Mitte zu verlieren“, sie laufe Gefahr zur „Getriebenen“ derjenigen zu werden, die am lautesten nach immer mehr Waffen schreien würden: „Die Ukraine solle das erhalten, was für das Selbstverteidigungsrecht wichtig sei. Angesichts dieser dürftigen Begründung für deutsche Waffenlieferungen stockt einem fast der Atem: Mit einem derartigen Freibrief ließe sich auch die Lieferung taktischer Nuklearwaffen an die ukrainischen Streitkräfte rechtfertigen.“¹⁵

Raus aus der Eskalationslogik!

Eine ganze Reihe von Gründen spricht gegen die Waffenlieferung, am prominentesten wird dabei auch aus Ecken, die der Friedensbewegung gänzlich fern stehen, die Gefahr einer Eskalation hin zu einem westlich-russischen Krieg benannt. Seit Mai 2022 werden in Deutschland ukrainische Soldaten für die Panzerhaubitzen 2000 ausgebildet, seit Ende Januar 2023 wird hierzulande an den Marder-Schützenpanzern trainiert, einen Monat später folgte die Ausbildung den Leopard-2-Kampfpanzern. Das ist brandgefährlich: Erinnert sei hier nur an das im Mai 2022 erschienene Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages „Rechtsfragen der militärischen Unterstützung der Ukraine durch NATO-Staaten zwischen Neutralität und Konfliktteilnahme“. Das Gutachten kam zu dem Ergebnis, die Lieferung von Kriegsgerät sei noch nicht als Kriegsbeteiligung zu werten, die Ausbildung ukrainischer Soldaten an diesen Geräten hingegen schon.¹⁶

Das ist aber nur ein Grund gegen diese Waffenlieferungen. Mindestens ebenso wichtig ist die Frage, was mit ihnen bezweckt werden soll: Wie gesagt, Ende März 2022 standen die Ukraine und Russland kurz vor einer Verhandlungslösung, die dann aber vom Westen torpediert wurde. Und es war genau zu diesem Zeitpunkt, als Umfang und Feuerkraft der westlichen Waffenlieferungen enorm zunahmen. Das war nichts anderes als die klare Botschaft an die Adresse der Ukraine, den Krieg fortzusetzen. Doch mit welchem Ziel? Oft ist zu hören, die Ukraine müsse den Krieg gewinnen – aber was heißt das und vor allem: ist das realistisch? Das ist nicht der Fall, zumindest wenn man jemandem Glauben schenkt, der es wissen sollte: US-Generalstabschef Mark Milley.

Er schaltete sich bereits im November 2022 mit dem Argument in die Debatte ein, die Ukraine habe mit dem russischen Rückzug aus Cherson das Maximum des Möglichen erreicht, ein Sieg über Russland auf dem Schlachtfeld sei unmöglich, es sei deshalb nun wichtig, sofortige Verhandlungen aufzunehmen.¹⁷ Stattdessen werden nun also (nicht nur) deutsche Kampfpanzer geliefert, deren einziger Zweck darin besteht, eine ukrainische Offensive zu unterstützen, die nach Meinung von immer mehr Expert*innen keine Entscheidung auf dem Schlachtfeld wird herbeiführen können.

Gleichzeitig werden Verhandlungen weiter nahezu kategorisch abgelehnt – wenn aber Waffen im vollen Wissen geliefert werden, dass sie nur zu einem Abnutzungskrieg und weiteren Todesopfern führen, dann ist wohl genau das das zynische Ziel des Unterfangens. Ungeschminkt beschreibt einer der renommiertesten US-Politikwissenschaftler, John Mearsheimer, dieses Kalkül mit folgenden Worten: „Wir haben beschlossen, dass wir Russland in der Ukraine besiegen werden. [...] Man könnte argumentieren, dass der Westen, insbesondere die Vereinigten Staaten, bereit sind, diesen Krieg bis zum letzten Ukrainer zu führen. Und das Endergebnis ist dann, dass die Ukraine tatsächlich als Land zerstört wird. [...] Tatsache ist, dass die Vereinigten Staaten den Ukrainern nicht erlauben werden, einen Deal abzuschließen, den die Vereinigten Staaten für inakzeptabel halten.“¹⁸ In den USA mehren sich die Stimmen, die Verhandlungen fordern und auch die nicht enden wollenden westlichen Waffenlieferungen in Frage stellen. Es steht zu hoffen, dass auch hierzulande immer mehr Menschen die Sackgasse erkennen, in die hier derzeit mit Höchstgeschwindigkeit gefahren wird. Abschließend dazu noch einmal Ex-Brigadegeneral Erich Vad: „Man kann die Russen weiter abnutzen, was wiederum Hunderttausende Tote bedeutet, aber auf beiden Seiten. Und es bedeutet die weitere Zerstörung der Ukraine. [...] Es muss sich in Washington eine breitere Front für Frieden aufbauen. Und dieser sinnfreie Aktionismus in der deutschen Politik, der muss endlich ein Ende finden. Sonst wachen wir eines Morgens auf und sind mittendrin im Dritten Weltkrieg.“¹⁹

Anmerkungen

- 1 Ross, Annika: Erich Vad: Was sind die Kriegsziele?, [Emma](#), 12.1.2023.
- 2 Prantl, Heribert: Krieg in der Ukraine - Zeitenwende oder Zeitenende? [NDR](#), 9.10.2022.
- 3 Siehe zum folgenden ausführlich mit Quellen bspws. Wagner, Jürgen: Der NATO-Prolog des Ukraine-Krieges, [IMI-Analyse](#) 2022/06.
- 4 Wie sich bspws. anhand von bei Wikileaks veröffentlichten Depeschen des damaligen US-Botschafters in Russland, William Burns, nachweisen lässt. Siehe Scheben, Helmut: Ukraine: Der Russe ist an allem schuld, [infosperber.ch](#), 8.9.2014.
- 5 Die russischen Sorge vor US-Mittelstreckenraketen ist bis heute sicher eine der zu wenig beachteten Triebkräfte im Hintergrund der gesamten Konfliktkonstellation. Siehe z.B. Wernicke, Jens: Dark Eagle – ein Déjà-vu mit Pershing-2, [Redebeitrag zum Friedensratschlag in Kassel](#), 10.12.2022.
- 6 Conflict-related civilian casualties in Ukraine, [UNHCR](#), 27.1.2022.
- 7 Nato und Ukraine: „Wir bleiben wachsam“, [Berliner Zeitung](#), 6.4.2021.
- 8 Putins Ukraine-Rede im Wortlaut, [Spiegel Online](#), 23.2.2022.
- 9 Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine, [IPPNW](#), 15.11.2022.
- 10 Birnbaum, Michael, Ryan, Miss: NATO says Ukraine to decide on peace deal with Russia — within limits, [Washington Post](#), 5.4.2022.
- 11 Siehe [IPPNW](#), 15.11.2022.
- 12 Ukrainekonflikt: «Jetzt wäre der richtige Zeitpunkt, die abgebrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen» Interview mit General a. D. Harald Kujat, [zeitgeschehen-im-fokus.ch](#), 18.1.2023.
- 13 Scheidler, Fabian: Naftali Bennett wollte den Frieden zwischen Ukraine und Russland: Wer hat blockiert? [Berliner Zeitung](#), 6.2.2023.
- 14 Heusgen befürwortet Lieferung von Kampfjets an die Ukraine, [Deutschlandfunk](#), 29.1.2023.
- 15 Kaim, Markus: Warum nicht gleich Nuklearwaffen? [Spiegel Online](#), 19.1.2023.
- 16 Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages: Rechtsfragen der militärischen Unterstützung der Ukraine durch NATO-Staaten zwischen Neutralität und Konfliktteilnahme, [Sachstand](#), 16.3.2022.
- 17 Baker, Peter: Top U.S. General Urges Diplomacy in Ukraine While Biden Advisers Resist, [New York Times](#), 10.11.2022.
- 18 Kolenda, Klaus-Dieter: „... im Grunde ein Krieg zwischen den USA und Russland“, [Telepolis](#), 26.4.2022; siehe auch ganz ähnlich die Aussagen von Ex-Bundeswehr-Generalinspekteur Harald Kujat: „Die Ukraine kämpft um ihre Freiheit, um ihre Souveränität und um die territoriale Integrität des Landes. Aber die beiden Hauptakteure in diesem Krieg sind Russland und die USA. Die Ukraine kämpft auch für die geopolitischen Interessen der USA. Denn deren erklärtes Ziel ist es, Russland politisch, wirtschaftlich und militärisch so weit zu schwächen, dass sie sich dem geopolitischen Rivalen zuwenden können, der als einziger in der Lage ist, ihre Vormachtstellung als Weltmacht zu gefährden: China.“ (Interview mit General a. D. Harald Kujat, [zeitgeschehen-im-fokus.ch](#), 18.1.2023)
- 19 Ross 2023.

Zeitenwende ohne Personal

Stell dir vor die Bundeswehr hat Milliarden und keiner will sie benutzen

von Thomas Haschke

Die nach dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine vom 24. Februar 2022 beschlossene und beschworene Zeitenwende der Bundesregierung, noch mehr Geld als die Jahre zuvor für den Verteidigungshaushalt auszugeben, hat einen Haken: Der Bundeswehr fehlt es mehr an Personal als an Kriegsgeräten. Auf diesen Personalmangel soll in diesem Artikel eingegangen und gleichzeitig dazu angeregt werden, dass der Mangel ruhig noch größer werden sollte.

Erste Attraktivitätsoffensiven

Von Seiten des Verteidigungsministeriums wurden im letzten Jahrzehnt verschiedene neue Programme aufgelegt, um den Militärdienst „attraktiver“ zu machen. In vielen Strategiepapieren des Verteidigungsministeriums werden immer wieder Maßnahmen zur Steigerung und Haltung des Personalkörpers aufgelegt. 2014 war es das Programm „Aktiv. Attraktiv. Anders.“¹, das 2015 startete und in 4 Jahren über eine Mrd. Euro verschlang. Neben bundeswehreigenen Kitas, besserer Besoldung, Vereinbarkeit mit Ehe/Partnerschaft wurde auch der sogenannte „Tag der Bundeswehr“ geschaffen.

Gleich in Ihrer ersten Regierungserklärung, am 26. Juli 2019, gab die damalige Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer das Thema „In Verantwortung für die Zukunft Deutschlands. Für eine starke Bundeswehr in einer Welt im Wandel“ bekannt.² Darin wurde unter anderem beschlossen, dass Bundeswehrsoldat*innen kostenfrei im Nahverkehr fahren können. Dies ging schneller als die Umsetzung des neuen Deutschlandtickets. Durch das Tragen der Uniformen in Zügen soll die Bundeswehr sichtbarer und als wichtiger Teil der Gesellschaft dargestellt werden. Außerdem soll es mehr öffentliche Gelöbnisse im Jahr geben – vor allen am Jahrestag der Gründung der Bundeswehr (12.11.1955). Öffentliche Gelöbnisse finden meist in Nähe von Kasernen statt, nun sollten sie in den Städten durchgeführt werden, was allerdings –

auch wegen Corona – wegen mangelnder Bereitschaft floppte. Jedenfalls führten all diese Maßnahmen nicht zu einem Anstieg der Bewerberzahlen.

Zahlenspiele

Eine der aktuellsten Veröffentlichungen zum Thema ist ein Eckpunktepapier für die BW der Zukunft vom 18. Mai 2021, darin heißt es unter anderem: „Im Rahmen eines modernen, attraktiven, vorausschauenden und agilen Personalmanagements orientiert sich die Personalentwicklung soweit wie möglich an den individuellen Interessen des Personals. So sollen künftig durch das aktive frühzeitige Einbringen der Personalkomponente in Veränderungsprozesse wichtige Weichenstellungen für eine erfolgreiche Personalbedarfsdeckung erfolgen. Dies wird begleitet von einer zielgerichteten Nachwuchsgewinnung und einer verlässlichen, modernen Personalführung. Noch mehr als bisher sollen dabei wo immer möglich individuelle Lebensphasen angemessene Berücksichtigung finden und zu einem noch attraktiveren Dienst in der Bundeswehr beitragen.“³ Dass allein schon dieses Zitat mehr Wunsch als Realität ist, liegt angesichts von Befehl, Gleichschritt und Gehorsam, von Manövern und Auslandseinsätzen auf der Hand. Die Strateg*innen im Bendlerblock (Bundesministerium der Verteidigung) haben in den letzten Jahren immer wieder Ziele herausgegeben, um die deutschen, europäischen und globalen „Aufgaben“ militärisch lösen zu können. Am 3. Juli 2012 wurde eine Bundeswehrreform, um die Personalgröße auf 185.000 Soldat*innen zu bringen (Personalstrukturmodell/PSM 185), vorgestellt. In den darauffolgenden Jahren gab es mehrere Anpassungen, da das Aussetzen der Wehrpflicht und die Aufgaben hin zu einer „Armee im Einsatz“ es verlangten, mehr Berufssoldat*innen als Zeitsoldat*innen zu haben. „Diese Größenordnung beinhaltet die Stellen für insgesamt 170.000 Zeit- und Berufssoldaten, die Stellen der bis zu 12.500 Freiwilligen Wehrdienst Leistenden (FWDL) sowie 2.500 Stellen für Reservisten.“⁴

Trotz massiver Werbung wurde die Zielgröße bei den freiwilligen Wehrdienstleistenden nie erreicht. Seit 2013 beläuft sich die Zahl auf unter 10.000 Freiwilligen.⁵ Jedes Kind mit deutscher Staatsbürgerschaft wird vor der Volljährigkeit mit Bundeswehrwerbung überhäuft, da die Wehrrfassung nicht abgeschafft wurde. Dennoch konnte auch der hoch beworbene Dienst „Dein Jahr für Deutschland“ nichts an den Personalproblemen ändern. Im November 2022 leisteten 395 Menschen⁶ diesen Dienst – geplant waren aber 1.000 Stellen.⁷ Seit 2013 wurde das Personalstrukturmodell (PSM) von 185.000 Soldat*innen nie erreicht. Um die Personalzahlen halbwegs zu halten, gaben Ministerin Lambrecht und Generalinspekteur Zorn in einem gemeinsamen Tagesbefehl vom 14. Juli 2022 bekannt, die Reservist*innen bis 2027 auf 7.500 zu erhöhen.⁸

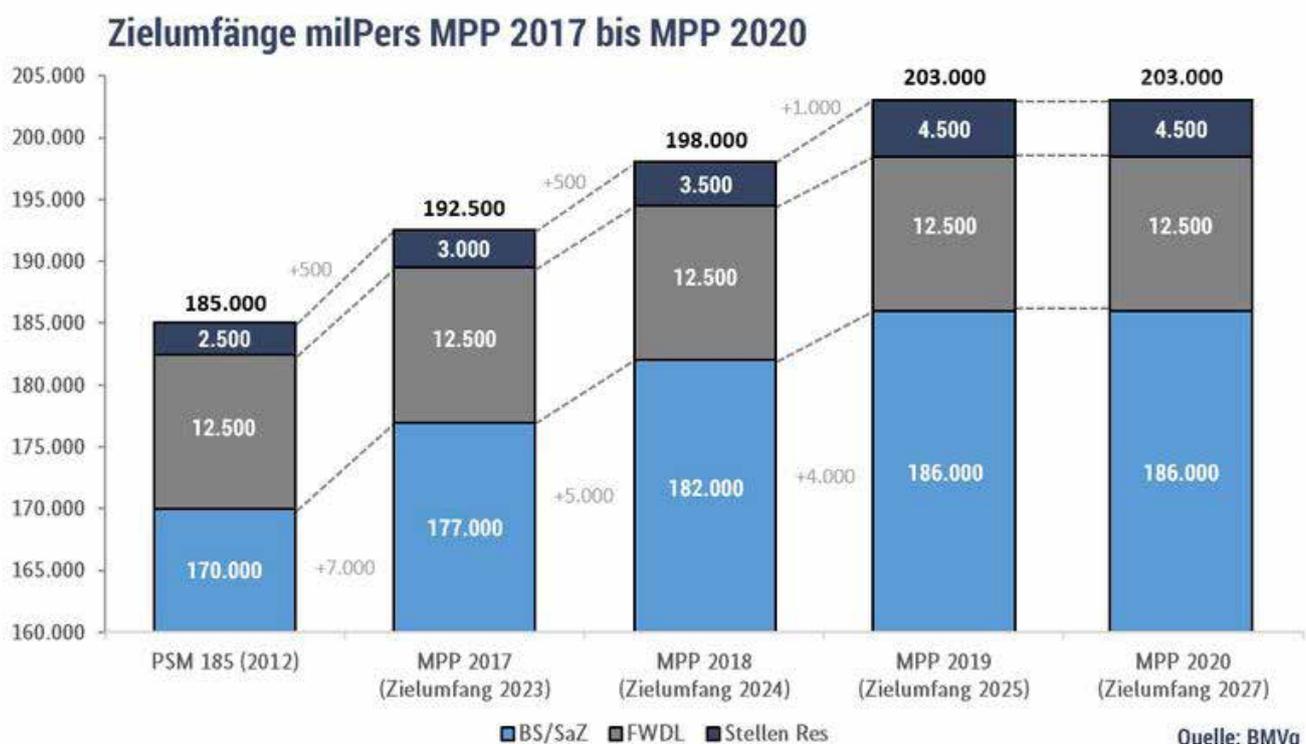
Die Statistik des Verteidigungsministeriums zeigt, dass wenn man einen Plan nicht erreicht, er einfach um ein paar Jahre verlängert wird. Die Bundeswehr veröffentlicht jeden Monat den aktuellen Stand ihres Personals. Als Beispiel hier die Zahlen der letzten Jahre immer von November⁹:

- November 2018 - 180.997 aktive Soldat*innen
- November 2019 - 182.979 aktive Soldat*innen
- November 2020 - 183.870 aktive Soldat*innen
- November 2021 - 183.750 aktive Soldat*innen
- November 2022 - 183.235 aktive Soldat*innen

Diese Zahlen zeigen, dass die Bundeswehr sehr weit von ihrer Zielgröße für 2023 von 192.500 aktiven Soldat*innen entfernt ist. In den letzten 2 Jahren

gibt es sogar noch einen leicht rückläufigen Trend. Die erhöhte Zielgröße für 2023 hat damit zu tun, dass die Bundeswehr der NATO die Aufstellung mehrerer Divisionen (15-20.000 Soldat*innen) zugesagt hat. Die erste sollte ursprünglich 2027 (nun 2025) und zwei weitere 2031 (nun vor 2030) zur Verfügung stehen. Um dies zu erreichen, braucht es dringend mehr Personal und dementsprechend wurden die Zielgrößen bereits in der Mittelfristigen Personalplanung (MPP) des Jahres 2017 von 185.000 auf 192.500 Soldat*innen bis 2023 angehoben. Mit der MPP 2019 wurde dann beschlossen, den Umfang der Truppe bis 2025 auf 203.000 Soldat*innen hochzuschrauben, aufgrund anhaltender Rekrutierungsprobleme wurde in der MPP 2020 zwar an diesem Ziel festgehalten, aber zeitlich mit 2027 nach hinten verschoben – doch auch dieser Plan wurde inzwischen wieder versenkt (siehe Tabelle).

Von Seiten des Militärs gibt es Zahlen, dass die Truppe jährlich 20.000 Rekrut*innen braucht bzw. zum Ausbau sogar 25.000. Im Wehrbericht 2022 steht dazu: „Im Jahr 2021 konnte die Bundeswehr rund 16.700 Zeitsoldatinnen und -soldaten sowie Freiwillig Wehrdienst Leistende (inklusive etwa 840 für den Heimatschutz) für eine Einstellung gewinnen. Von ihnen haben 3.212 in den ersten sechs Monaten die Bundeswehr wieder verlassen.“¹⁰ Das heißt 3.700 Soldat*innen fehlen aktuell. Wenn man die Ex-Soldat*innen, die in den ersten 6 Monaten die Armee verlassen haben, noch dazu rechnet, sind es fast 7.000 Soldat*innen, die fehlen.

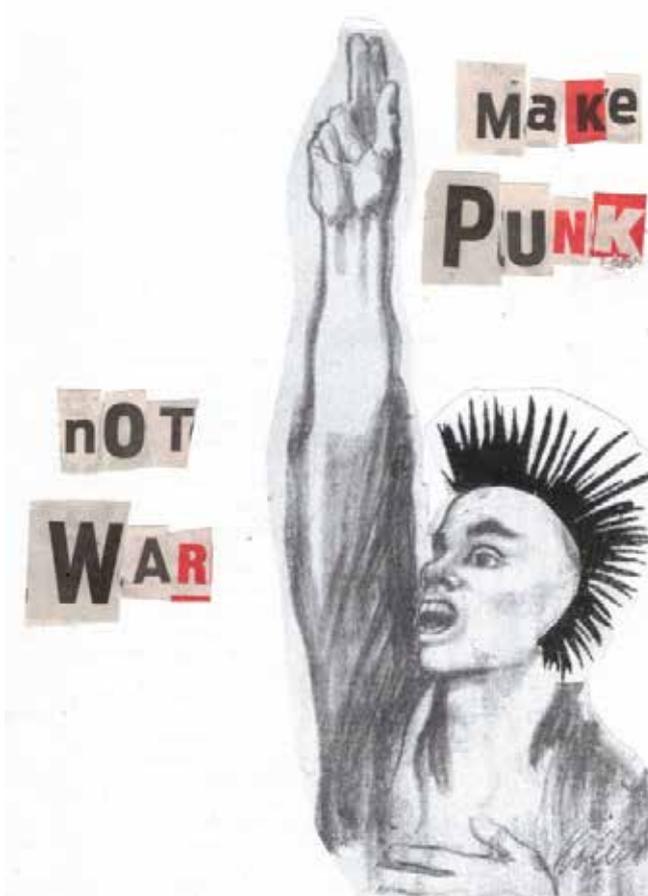


Drehen aller Stellschrauben

Deshalb ignoriert die Bundesregierung weiterhin die Empfehlungen des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes, wie die Vertragsstaaten der UN-Kinderrechtskonvention diese umsetzen sollten. Zuletzt wurde Deutschland im September 2022 kritisiert, u.a. weil immer noch unter 18-Jährige den Militärdienst ausführen und weil Werbung fürs Militär an Schulen möglich ist.¹¹ Im letzten Jahr 2022 ist diese Zahl sogar um 43% auf 1.773 minderjährige Soldat*innen gestiegen, davon 327 Mädchen. Fast 10% der neuen Rekrut*innen ist unter 18 Jahre.¹²

Durch Sonderzahlungen werden außerdem Stellen länger besetzt, um Löcher in der Personaldecke zu schließen. Zeitsoldat*innen erhielten 2021 insgesamt 1.602 Weiterverpflichtungsprämien, bei den Berufssoldat*innen waren es 1.638 Prämienzahlungen.¹³

Ein Beispiel, wie dies als Erfolg verkauft wird, findet man im Jugendoffiziersbericht von 2021: „Dabei war die Einführung des Personalbindungszuschlags hilfreich, später ersetzt durch die Verpflichtungsprämie in Höhe eines etwa 15-prozentigen Zuschlags auf das monatliche Grundgehalt für diejenigen Offizierinnen und Offiziere, die sich weiterverpflichteten, um Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere zu werden oder zu bleiben.“¹⁴



Durch diese Maßnahmen erhöhte sich der Altersdurchschnitt der Soldat*innen Ende 2019 von 32,4 auf 33,1 Jahr im ersten Halbjahr 2021.¹⁵ Offene Stellen gibt es bei der Bundeswehr genügend. Ende 2021 waren von den organisatorisch benannten 116.974 militärischen Dienstposten oberhalb der Laufbahn der Mannschaften 20.412 Dienstposten vakant. Das entspricht 17,5 Prozent.¹⁶ Dies wird im Wehrbericht beschönigt, indem zwar betont wird, dass noch weitere Soldat*innen in Ausbildung bzw. außerhalb ihres Dienstpostens aktiv seien. Verschwiegen wird aber, dass jedes Jahr auch Menschen aus der Bundeswehr austreten.

Von den rund 43.300 Mannschaftenssoldatinnen und -soldaten haben rund 1.600 keinen Schulabschluss.¹⁷ Es ist zwar gut, dass jungen Menschen auch ohne Abschluss eine berufliche Chance gegeben wird, aber ob da eine Ausbildung an Waffen und Waffensystemen hilfreich ist, darf getrost bezweifelt werden.

Auch werden Anforderungen gesenkt, um Stellen aufzufüllen. Ob das gerade am Umgang mit Munition sinnvoll ist, bleibt dahingestellt. Ist doch in den letzten Jahren sehr viel an Munition entwendet worden bzw. verschwunden. So hat sich beispielsweise die Erfolgsquote des Lehrgangs „Grundlagen Fachkunde Munition“ von nur 50 % im Jahr 2018 auf 75 % im Jahr 2021 verbessert. Um dieses Ziel zu erreichen, musste die Bundeswehr allerdings den Grenzwert für bestandene Leistungsnachweise von 65 % auf 50 % senken.“ Dadurch hat sich der Besetzungsgrad des Kampfmittelabwehrfeldwebels von 62% 2018 auf 79% 2021 erhöht.¹⁸

Seit 1. Dezember 2020 (Neuregelung im Bundesbesoldungsgesetz) ist es möglich, Verpflichtungsprämien für besonders dringend zu besetzende Stellen auszugeben. Bis Ende 2021 waren es: „175 Erstverpflichtungsprämien, davon in der Laufbahngruppe der Offiziere fünf, in der Laufbahngruppe der Unteroffiziere ohne Portepee acht und bei den Mannschaften 162. Die Höhe der Prämie ist abhängig von der vorhandenen Vakanz im jeweiligen Werdegang, der Besoldungsgruppe und der Qualifikation der Prämienberechtigten sowie der Verpflichtungszeit. Bei den Offizieren betrug die durchschnittliche Höhe für Erstverpflichtungen circa 8.900 Euro. Unteroffiziere ohne Portepee erhielten für Erstverpflichtungen rund 20.500 Euro und Mannschaftenssoldaten im Schnitt 7.700 Euro“.¹⁹ Diese Praxis erinnert an das Rekrutieren im Mittelalter von Söldnern.

Gründe für das Scheitern

Mit Bekanntwerden ihres ersten großen Reformvorhabens ihrer Amtszeit Anfang Januar 2023 ging faktisch auch das Eingeständnis von Verteidigungsministerin

Christine Lambrecht einher, dass die bisherigen Rekrutierungsbemühungen auf ganzer Linie gescheitert sind – die bisherige Zielgröße der Mittelfristigen Personalplanung wurde erneut um gleich mehrere Jahre nach hinten verschoben: „Unser strategisches Ziel lautet aktuell bis zum Jahr 2031 auf rund 203.000 Soldatinnen und Soldaten aufzuwachsen“, bestätigte eine Sprecherin des Ministeriums.²⁰ Doch selbst mit diesem Zielumfang dürfte sich die Truppe verheben – Anfang 2023 hieß es im Spiegel, die ausgegebenen Ziele seien angesichts des bereits oben in diesem Artikel ebenfalls benannten Rekrutierungsbedarfes völlig illusorisch: „Denn die Bundeswehr wächst nicht, sie stagniert. Und das seit Jahren schon. Ende 2022 lag die Zahl immer noch bei nur knapp über 183.000. Dass sich die Lage irgendwann verbessern wird, glaubt kaum einer der Fachleute im Ministerium. Immer wieder ist die Leitung des Hauses gewarnt worden, ihr Ziel für 2031 sei zu ehrgeizig und damit unerreichbar. Die Bundeswehr müsste in weniger als zehn Jahren um 18.000 Soldaten wachsen und zugleich noch einmal pro Jahr 20.000 Männer und Frauen ersetzen, die ihren Dienst bei der Truppe beenden. Jedes Jahr müsste sie also etwa 22.000 neue Rekruten einstellen. Angesichts der demografischen Lage des Landes eine »Mission Impossible«.“²¹

Vor diesem Hintergrund einige abschließende Einschätzungen zu den Gründen, warum die Personalstärke nicht steigt:

Durch den Fachkräftemangel im Land finden junge Menschen eine bessere Perspektive als bei der Bundeswehr.²² Langfristig bietet die Bundeswehr für die meisten keine Perspektive. Gesucht werden meist junge Menschen bis 30 Jahre, denn danach ist man zum „Kriege führen“ zu alt und die höheren alten Dienstgrade sind personell gut besetzt. Deshalb gibt es immer wieder große Berufsförderungsprogramme für Dienende nach der aktiven BW-Zeit. Durch die Corona-Beschränkungen hatte die Bundeswehr weniger direkten Zugang zur Zielgruppe (Berufsbildungsmessen, Schulen...).

Eltern, Bekannte und Freunde raten jungen Menschen vom Militärdienst ab. Die Zahl der Soldat*innen, die eine Kriegsdienstverweigerung stellen, ist trotz hoher Hürden gestiegen. Dies liegt auch in dem Argument begründet, dass die Gefahr einer gefährlichen Auseinandersetzung gestiegen ist. 2022 waren es 223 Anträge von Soldat*innen und 266 von Reservist*innen²³, 2020 waren es hingegen noch 69. Diejenigen, die wegen Dienstunfähigkeit und anderer Gründen die Bundeswehr verlassen, kommen da noch hinzu.²⁴

Anmerkungen

- 1 Stache, Christian: „Aktiv. Attraktiv. Anders. – Bundeswehr in Führung“. Die aktuelle Reklame- und Rekrutierungskampagne der Bundeswehr, [IMI-Analyse](#) 2014/037.
- 2 Regierungserklärung der Bundesministerin der Verteidigung, Annegret Kramp-Karrenbauer, [Berlin](#), 24.7.2019.
- 3 Kramp-Karrenbauer, Annegret/Zorn, Eberhard: Eckpunkte für die Bundeswehr der Zukunft, [Berlin](#), 18.5.2021.
- 4 Dewitz, Christian: Bald 5000 Berufssoldaten mehr in der Bundeswehr, [bundeswehr-journal.de](#), 3.9.2015.
- 5 Rudnicka, J.: Soldaten und Soldatinnen bei der Bundeswehr bis 2022 (Stand November), [Statista](#), 9.1.2023.
- 6 Überblick: Personalzahlen der Bundeswehr ([Stand: November 2022](#)).
- 7 „Dein Jahr für Deutschland“: Freiwillig die Heimat schützen, [bmvg.de](#), 23.7.2020.
- 8 Tagesbefehl: Bestandsaufnahme für eine Bundeswehr der Zukunft, [bmvg.de](#), 14.7.2022.
- 9 Wiegold, Thomas: Personalstärke November 2022: leichter Anstieg, mehr Berufssoldaten (vorl. Fassung), [Augen geradeaus](#), 28.12.2022.
- 10 Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte: Jahresbericht 2021 (63. Bericht), Drucksache 20/900, 15.3.2022 (zit. als Jahresbericht 2021).
- 11 Verpflichtung zur Berichterstattung: <https://www.kinderrechte.de/kinderrechte/staatenberichte/>
- 12 Zahl stark angestiegen, [taz](#), 21.1.2023.
- 13 [Jahresbericht 2021](#) a.a.O.
- 14 [Jahresbericht der Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere](#) der Bundeswehr 2021.
- 15 [Jahresbericht 2021](#) a.a.O.
- 16 Ebd.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd.
- 19 Ebd.
- 20 Stock, Oliver: Pannen-Lambrecht findet keine Soldaten und muss peinlichen Rückzieher machen, [Focus Online](#), 11.1.2023.
- 21 Gebauer, Matthias/Hammerstein, Konstantin von: Heerjemeine – wie schlimm es um die Truppe wirklich steht, [Spiegel](#), 3/2023.
- 22 So viele offene Stellen wie noch nie, [Tagesschau Online](#), 12.5.2022.
- 23 Decker, Markus: Bundeswehr? Nein danke! Zahl der Kriegsdienstverweigerer hat sich fast verfünffacht, [Redaktionsnetzwerk Deutschland](#), 6.1.2023.
- 24 [Jahresbericht 2021](#) a.a.O.

Ukrainekrieg und arabische Welt

Hunger, gestärkte Autokraten und Migrationsabwehr

von Jacqueline Andres

Der Ukrainekrieg bringt verheerende Folgen für die Bevölkerung zahlreicher arabischer Staaten mit sich – während die gestiegenen Getreide-, Düngemittel- und Energiepreise Verarmungsprozesse und Hunger vorantreiben, profitieren u.a. autoritäre Regime der Golfmonarchien von neuen Energielieferketten. Gleichzeitig legen der Ukrainekrieg und die Reaktionen der EU zahlreiche Doppelstandards offen, die hinsichtlich völkerrechtswidriger Kriegshandlungen und Militärbesetzungen angelegt werden, die in arabischen Staaten seit Jahrzehnten zum Alltag gehören, wie z.B. in Libyen, Syrien, Irak, Jemen, Palästina, Westsahara oder auch in der ägyptischen Provinz Sinai.

Doppelstandards

Bezeichnend versprach sich der ehemalige Präsident der USA, George W. Bush, bei einer Rede im Mai 2022 im George W. Bush Center: Während er über den Ukrainekrieg und Russland redet, kritisiert er „die Entscheidung eines einzigen Mannes, eine völlig ungeRechtfertigte und brutale Invasion des Irak zu starten“.¹ Er korrigiert sich mit „der Ukraine“ und fügt hinzu „der Irak auch“. Das Publikum lacht bei diesem Eingeständnis eines Kriegsverbrechers. Dieser Lapsus stellt ein klares Beispiel von Doppelstandards der NATO-Staaten dar, die in Hinblick auf die Ukraine und die arabische Welt angelegt werden. Abgesehen von einem geständigen Kriegsverbrecher, der nun einen weiteren Kriegsverbrecher verurteilt, ist die mediale Aufmerksamkeit für den Ukrainekrieg weitaus größer, als z.B. für die Kriegshandlungen und Militärbesetzungen in den arabischen Staaten. Während die Bundesregierung Russlands kriegerischen Völkerrechtsbruch immer wieder verurteilt, bleibt sie hinsichtlich der völkerrechtswidrigen Drohnenangriffe und Besetzung des NATO-Mitgliedstaats Türkei in Nordsyrien und Nordirak erstaunlich ruhig. Es scheint fast so, als eröffne der Ukrainekrieg ein zeitliches Fenster, in dem niemand nach Kurdistan, sondern alle auf die Ukraine blicken

und auf Putin zeigen – im Schatten des Ukrainekrieges kann sich die türkische Regierung mehr Bellizismus erlauben, denn für die NATO ist ihre Erweiterung und Aufrüstung am wichtigsten und dabei ist die Türkei ein ausschlaggebender Akteur.

Besonders klar schienen die Doppelstandards durch, als Bilder aus Kriegsregionen arabischer Länder in den sozialen Medien fälschlicherweise als Bilder aus der Ukraine ausgegeben wurden und plötzlich für mehr Empörung oder Sympathie sorgten. Bereits einen Tag nach der völkerrechtswidrigen Invasion durch Russland, trug Rayhan Uddin in einem Artikel von MiddleEastEye zahlreiche Beispiele von Bildern und Videos aus Syrien, Libyen, Libanon und Palästina zusammen, die laut Social Media Nutzer*innen aus der Ukraine stammten.²

So kursierte ein Video in den Sozialen Medien, das Luftaufnahmen einer Drohne zeigt, die u.a. Panzer anvisiert und angreift. Nutzer*innen sozialer Medien, u.a. auch der akkreditierte Journalist Aditya Raj Kaul, behaupteten, die Aufnahmen seien in der Nähe der Region Charkiw entstanden. Tatsächlich handelt es sich um syrische Regierungskonvois, die in der syrischen Provinz Idlib angegriffen wurden. Auch der offizielle Account der ukrainischen Landstreitkräfte teilte das gleiche Filmmaterial und behauptete, man veröffentliche das Video einer vermeintlichen Zerstörung russischen Militärgeräts. Bemerkenswert ist, dass Bilder aus Syrien tatsächlich auch russisches Militärgerät abbilden können, da Russland weiterhin militärisch in Syrien präsent ist. Bitter für viele Menschen aus Syrien ist die Tatsache, dass die russischen Bomben in Syrien für weniger Empörung sorgten, als die in der Ukraine. Ein Foto einer Bombenexplosion in Gaza wurde hingegen Kiew zugeordnet und Ahed Tamimi, eine palästinensische Aktivistin, die sich als junges (blondes) Mädchen israelischen Soldaten in der völkerrechtswidrig besetzten Westbank entgegenstellt, feierten Nutzer*innen sozialer Medien als mutiges ukrainisches Mädchen, dass sich gegen die russische Besatzungsmacht stellt.³



Wir sind Helden und ihr Lied „Der Krieg kommt schneller zurück, als Du denkst“. Quelle: punknotwar.blackblogs.org.

Umgang mit Geflüchteten

Die NATO-Staaten bzw. die EU-Staaten verurteilen nicht nur in unterschiedlicher Vehemenz völkerrechtswidrige Kriegshandlungen, sondern sie gestehen Kriegsgeflüchteten auch unterschiedliche Rechte zu. Noch in den Wochen vor Kriegsbeginn richteten die EU-Staaten ihre Aufmerksamkeit auf Belarus und beschuldigten den Präsidenten Lukaschenko, Migrant*innen als „Waffe“ einzusetzen. Tausende von Menschen u.a. aus den Kriegsländern Irak, Syrien, Afghanistan und Jemen harrten bei Minustemperaturen unter menschenunwürdigen Bedingungen im Waldgebiet an der polnischen Grenzen aus – Bedingungen, die immer wieder tödliche Folgen haben. Erst Mitte Januar 2023 wurden die Leichen von drei Menschen gefunden, die bei dem Versuch über Belarus nach Polen zu gelangen, starben.⁴ Einer von ihnen war der 24-jährige jemenitische Arzt Ibrahim Dihiya, der vor dem Jemenkrieg floh.⁵ Seit August 2021 konnten bisher 34 Todesfälle entlang der polnisch-belarussischen Grenzen dokumentiert werden, doch die tatsächliche Todeszahl dürfte weitaus höher liegen.⁶ Mit dem Krieg in der Ukraine öffnete die EU ihre Pforten für Menschen, die vor dem russischen Angriff flohen. Gleichzeitig errichteten EU-Staaten im Baltikum neue Mauern, um andere Kriegsgeflüchtete zu stoppen und die EU plant bis 2024 ganze 800 Millionen Euro in die Intensivierung der Zusammenarbeit mit nordafrikanischen Staaten im sogenannten „Kampf“ gegen illegalisierte Migration zu investieren⁷ – während der Krieg in der Ukraine die Lebensbedingungen in Nordafrika verschlimmert und den Hunger verschärft.

Rassismus im Umgang mit Geflüchteten ließ sich auch an den Grenzen des EU-Anwärters Ukraine finden – nach Beginn des Krieges durften Busse mit fliehenden Menschen die Ukraine verlassen. Eingeschränkt wurde die Flucht jedoch für Black and People of Colour (BPoC). Die Ukraine stellte zuvor eine beliebte und kostengünstige Option zum Studieren für Menschen aus zahlreichen Ländern dar – vor Kriegsausbruch hielten sich rund 76.000 ausländische Studierende in der Ukraine auf. Eine Studentin aus dem Kongo berichtet: „Es war ein Albtraum, ehrlich gesagt, die Polizisten waren überhaupt nicht nett zu den Ausländern, vor allem zu den Schwarzen [...]. Sie beschimpften uns mit allen erdenklichen Namen, richteten Waffen auf uns, schubsten uns.“⁸ Die Diskriminierung geht in den Zufluchtsländern weiter – schutzsuchende Drittstaatsangehörige aus der Ukraine fallen z.B. in der BRD nicht in die Regelung der sogenannten Massenzustromrichtlinie und haben nicht die gleichen Rechte bzgl. Aufenthalt und Arbeitsmarktzugang wie ukrainische Staatsangehörige, obwohl sie vor den gleichen Bomben flohen. Sie riskieren die Abschiebung in ihre Heimatstaaten, wo sie u.a. politischer Verfolgung und Krieg ausgesetzt sein können.

Hunger und Inflation

Durch die ausbleibenden Weizenlieferungen aus der Ukraine nach Beginn des Krieges breitete sich in arabischen Staaten Hunger aus, besonders in Tunesien, Ägypten, Libanon und Jemen. Vor Kriegsausbruch importierte der Libanon rund 80 Prozent des Weizens aus Russland und der Ukraine. Die ausbleibenden Lie-

ferungen führten im Libanon zu einer Lebensmittelinflation von 200 Prozent im Jahr 2021 und 300 Prozent im Jahr 2023. Der Krieg trieb Lebensmittelpreise hoch und trug dazu bei 80% der Bevölkerung in die Armut zu drängen. Doch auch wenn das Brot bezahlt werden konnte, das seinen Preis um ein sechsfaches steigerte: Es gab nicht genug. Schon vor dem Öffnen der Bäckereien bildeten sich in Beirut lange Schlangen, um überhaupt noch Brot erstehen zu können. Seit dem Finanzkollaps im Jahr 2019 beschränken die Banken im Libanon die monatlichen Abhebesummen auf rund 400\$. Die große Misere und die Inflation zusätzlich zur Kontozugangsbeschränkung trieben im Herbst 2022 zahlreiche Menschen dazu an, Banküberfälle besonderer Art auszuführen. Am 14. September 2022 betrat Sally Hafiz ihre Bank mit einer falschen Pistole und forderte, 13.000\$ von ihrem eigenen Konto zu erhalten, um die Chemotherapie ihrer krebserkrankten Schwester zu bezahlen. Unterstützung erhielt sie von der Gruppe Sarkhit Moudiin (Aufschrei der Kontoinhaber*innen).⁹ Allein im September und Oktober 2022 erfolgten 16 solcher Überfälle im Libanon. Auch ein Polizist forderte bei einem Überfall sein Geld, um es seinem Sohn zu schicken, der zu dem Zeitpunkt in der Ukraine studierte. Im Februar 2023 zündeten Demonstrierende mindestens sechs Banken im Libanon an und Ende Februar stürmte eine Gruppe libanesischer Polizisten eine Bank in Tyr und verlangte die Auszahlung ihrer ungezahlten Gehälter.¹⁰

Neue Energielieferketten – Profiteure und Verlierer*innen

Gestärkt aus dem Krieg gehen Energieunternehmen und autokratische Regime in den Golfstaaten hervor. Die staatliche Abu Dhabi National Oil Company (ADNOC) aus den VAE liefert Flüssiggas und Diesel.¹¹ Ab 2026 soll der katarische Energieriese Qatar Energy jährlich zwei Millionen Tonnen LNG an Deutschland liefern.¹² Zur Erschließung neuer Energiequellen schloss die BRD auch mit Ägypten eine Absichtserklärung zu Flüssiggas und grünem Wasserstoff,¹³ trotz der Militärdiktatur in Ägypten, der miserablen Menschenrechtslage, der mehr als 60.000 politischen Gefangenen und der Involvierung Ägyptens in die Kriege in Jemen und Libyen. Auch die Zusammenarbeit mit nordafrikanischen Staaten hinsichtlich sogenannter erneuerbaren Energien steigt – durch den Krieg in der Ukraine erhielt der jahrzehntealte EUropäische Traum der Nutzung der Saharasonne für den europäischen Stromverbrauch laut dem tunesische Nachrichtenportal Inkyfada neuen Auftrieb. In Tunesien plant das tunesisch-britische Unternehmen TuNur den Bau des neuen größten thermodynamischen Solarkraftwerks der Welt. Der günstige Strom soll nach Italien,

Frankreich und Malta exportiert werden und den Bedarf von 2 Mio. europäischen Haushalten decken. Es soll in ein zukünftiges Netz solarthermischer Kraftwerken in Nordafrika und Westasien eingegliedert werden, „um bis 2050 mehr als 15 % des europäischen Strombedarfs zu decken und so den europäischen Volkswirtschaften ein Wachstum ‚im Gleichgewicht mit der Umwelt‘ zu ermöglichen.“¹⁴ Für die Bevölkerung vor Ort verspricht die kolonial anmutende Nutzung der durchaus bewohnten Wüste jedoch zahlreiche Nachteile: Die tunesische Regierung erklärte das zukünftige Baugebiet zur Militärzone und hindert Hirten der dort ansässigen Nomadengemeinschaften an der Nutzung des Landes. Erfahrungen mit der Solaranlage Solar Noor im marokkanischen Ouarzazate zeigen laut Inkyfada, dass der „grüne“ Strom den Anwohner*innen ihre wertvollste und existentiellste Ressource raubt: das bereits durch die Klimakrise immer knapper werdende Wasser, mit dem die Solarreflektoren gewaschen und abgekühlt werden.

Anmerkungen

- 1 Naja Austel: George W. Bush gesteht versehentlich: Irakkrieg war „ungerechtfertigt“ und „brutal“, [fr.de](#), 19.5.2022
- 2 Rayhan Uddin: Russia-Ukraine war: These videos of the invasion are actually from the Middle East, [middleeasteye.net](#), 25.2.2022
- 3 Nur Ayoubi: ‚Ukrainian girl confronting a Russian soldier‘ is actually Palestine’s Ahd Tamimi, [middleeasteye.net](#), 28.2.2022
- 4 3 Migrant Bodies Found at Poland’s Border With Belarus, [schengenvisa.info.com](#), 17.1.2023
- 5 Peggy Lohse: Grenze zu Belarus bleibt tödlich, [nd-aktuell.de](#), 22.1.2023
- 6 Bogumila Hall: Death and solidarity in the ‘graveyard’ at the Belarus-Poland border, [opendemocracy.net](#), 2.2.2023
- 7 Italy hands over patrol boat to Libyan government, [info-migrants.net](#), 8.2.2023
- 8 Nissim Gasteli: Face à la guerre, l’exode des Tunisiens d’Ukraine, [inkyfada.com](#), 3.3.2022
- 9 Dunja Ramadan: Ein Land feiert eine Bankräuberin, [sueddeutsche.de](#), 15.9.2022
- 10 In Lebanon, police join ‚robbers‘, storm bank to get their own money, [al-monitor.com](#), 28.2.2023
- 11 Deutschland bekommt Flüssiggas aus den VAE, [dw.com](#), 25.9.2022
- 12 Katar liefert LNG an Deutschland, [tagesschau.de](#), 29.11.2022
- 13 Energiekooperation mit Zukunft: Deutschland und Ägypten unterzeichnen Absichtserklärungen zu Flüssiggas und grünem Wasserstoff, [kairo.diplo.de](#), 3.11.2022
- 14 Aïda Delpuech und Arianna Poletti: TuNur : les zones d’ombre derrière l’export du soleil tunisien vers l’Europe, [inkyfada.com](#), 11.11.2022

Die Opfer der Anderen

Auswirkungen des Ukrainekrieges auf den Globalen Süden

von Pablo Flock

Mit schätzungsweise jeweils 100.000 getöteten Soldaten auf Seiten der russischen und ukrainischen Armee und rund 15.000 getöteten Zivilist*innen leidet die Bevölkerung der Ukraine und der russischen Gebiete und Minderheiten, aus denen rekrutiert wird, sicher am meisten unter diesem schrecklichen Krieg. Es ist jedoch mittlerweile ein offenes und trotzdem zu wenig beachtetes Faktum, dass Menschen weltweit an den Folgen des Krieges in der Ukraine leiden – an der Verknappung und Verteuerung lebenswichtiger Ressourcen, dem Handelskrieg und der Umleitung finanzieller Ressourcen in die Ukraine – und dass der Krieg somit Einbußen im Lebensstandard von Milliarden von Menschen und durchaus auch Todesopfer auf der ganzen Welt fordert.

Während die Preisschocks und Abgabebegrenzungen bei gewissen Lebensmitteln und Energie auch hierzulande für alle spürbar waren – und manche zum zurückstecken zwangen –, trafen sie am härtesten die Ärmsten in der Welt und den verschiedenen Gesellschaften, die den größten Teil ihres Einkommens für solche grundlegenden Produkte aufwenden. Zudem sind Menschen in Regionen und Situationen mit großer Importabhängigkeit von bestimmten Energieträgern und Lebensmitteln besonders stark betroffen. Dass die Mehrheit dieser Populationen und oft auch ihre Regierungen sich deshalb kaum für Waffenlieferungen und andere kriegsverlängernde Maßnahmen begeistern lassen und auch für die befürwortenden Argumentationen nur schwer zu gewinnen sind, sorgte hierzulande für allerlei Unmut und kolonialistisch anmutende Rügen – sollte jedoch kaum überraschen.

Energiemogul vs. Kornkammer

Russland war zu Beginn des Kriegs der größte Exporteur von Ölprodukten in die Welt und mit 39% der Importe auch der größte Exporteur in die EU. Ebenso ist es der größte Exporteur von Gas und war mit 45% der gesamten Gasimporte der EU auch hier Spitzenreiter.

Ähnlich dominante Positionen haben die Ukraine und Russland in einigen Märkten von Grundnahrungsmitteln. Zusammen kamen sie 2021 auf knapp 30% der Weizenexporte, 25% der Gerstenexporte und 15% der Maisexporte der gesamten Welt, so die Hochrechnungen der Food and Agriculture Organisation (FAO).

Noch gewichtiger ist die Dominanz dieser beiden Länder im Markt für Sonnenblumenöl, den die Ukraine als Top-Exporteur gefolgt von Russland anführt, wo beide zusammengerechnet 2021 einen Marktanteil von über 60% hatten. Deshalb war der enorme Preisanstieg bei Sonnenblumen- und Speiseölen auch die erste für alle im Supermarkt sichtbare Konsequenz des Kriegs.

Lange kaum auf dem medialen Radar, wenn nicht gar teilweise bewusst ausgeblendet, war jedoch die Bedeutung der russischen Düngemittelexporte für die Ernährungssicherheit der Welt. Denn Russland ist der größte Exporteur von Düngemitteln weltweit. Wer dies sehr wohl immer wieder ansprach, war António Guterres, der Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN), und UN-Organisationen wie die FAO. Seit Beginn des Krieges mahnten diese mehrfach, sowohl die ukrainischen Lebensmittel als auch die russischen Nahrungs- und Düngemittel müssten zurück auf den Weltmarkt, um ein Desaster zu verhindern. Guterres brach es so herunter: „Bei der diesjährigen Nahrungsmittelkrise geht es um mangelnden Zugang. Nächstes Jahr könnte es um den Mangel an Nahrungsmitteln gehen.“

Verteilungsprobleme

Mit der russischen Invasion in ukrainisches Gebiet und der Eskalation der Kämpfe kam es zu einer russischen Seeblockade der ukrainischen Häfen im Schwarzmeer. Die ukrainische Regierung hatte diese zuvor schon mit Seeminen abgesichert. Somit waren Getreide- und Sonnenblumenexporte in den ersten Monaten nicht möglich. Zusätzlich wurden Anbaugelände und benötigte Infrastruktur durch die russischen Angriffe zerstört und menschliche Arbeitskraft wird

in den Kämpfen gebunden, was die Erträge und den Export beträchtlich schmälert. Doch durch die sogenannte Schwarzmeerinitiative, das Ergebnis der durch Guterres angeschobenen Verhandlungen (die zeigen, dass man sehr wohl auch erfolgreich mit Russland verhandeln kann), konnte zumindest der Zugang zu den schon produzierten Lebensmitteln aus der Ukraine wiederhergestellt werden. Umstrittener war anscheinend der Grund für das Fehlen russischer Nahrungs- und Düngemittel auf dem Weltmarkt. Während russische Offizielle und auch viele Vertreter aus dem globalen Süden sowie mutige Stimmen im Westen eindeutig die westlichen Sanktionen gegen den Transport- und den Finanzsektor dafür verantwortlich machten, konterten die westlichen Regierungen dagegen mit dem Mantra, Nahrungs- und Düngemittel seien von den Sanktionen ausgenommen. Dass sie sich erst vor kurzem letztendlich eingestehen mussten, für das tödliche Debakel mitverantwortlich zu sein, sieht man an dem Zurückrudern und Lockern einiger Sanktionen gegenüber russischen Banken und Oligarchen im Düngemittelsektor. Zusätzlich wurde die energieintensive Düngemittelproduktion auch andernorts teurer, da hierfür viel Gas verwendet wird, dessen Preis zuletzt Rekordzahlen erklomm.

Die Sanktionen zwangen Russland, seine Energieträger stark verbilligt an die verbleibenden Länder und Händler zu verkaufen, die sich dem Sanktionsregime widersetzen. Im Gegenzug stieg der Preis anderer Exporteure, auf die Großverbraucher wie Westeuropa nun begrenzt waren. Da die europäischen Länder sich von dem ohne Energieaufwand die Pipelines herabfließenden russischen Gas trennen wollten, und spätestens mit der Sabotage der Nordstream-Pipelines auch die transportierbare Menge extrem reduziert wurde, stiegen Nachfrage und Preis von Flüssiggas (LNG) steil. Da dieses Gas zuerst unter Energieaufwand verflüssigt werden muss und dann (unter Energieaufwand) auf Tankern transportiert werden muss, ist es nicht nur teurer und umweltschädlicher, sondern durch die Verfügbarkeit von Verflüssigungsanlagen und Tanker-Terminals auch in der Menge sehr limitiert. Dies traf besonders ärmere Länder, die stark auf Flüssiggas gesetzt hatten, da es keine Pipelines in ihre Gebiete gibt, und sie preislich nicht mit den EU-Ländern mithalten konnten. Dies traf besonders auf Südasien zu. Der pakistanische Erdölminister beklagte damals: „jedes einzelne Molekül Flüssiggas, das in unserer Region erhältlich war, wurde von den Staaten Europas gekauft.“

Hunger

Wie eingangs erwähnt, treffen die Preissteigerungen lebenswichtiger Ressourcen alle armen Menschen auf

der Welt und sorgen für großes Leid und zerstörte Existenzen (z.B. weil der Bus zur Arbeit mehr kostet als das Gehalt). Doch Länder mit großen wirtschaftlichen Abhängigkeiten, wie Südasien mit Flüssiggas, oder Länder, die besonders von ukrainischen und russischen Getreideimporten abhängig waren, traf es besonders hart. Neben direkten Nachbarn Russlands, die weniger Schwierigkeiten gehabt haben werden, befinden sich diese Länder größtenteils in Afrika. Einige davon, wie Eritrea, Somalia, der Kongo oder Libyen, gehören zu den kriegsgeplagtesten Ländern der Welt, wo kaum staatliche Autorität oder Sozialwesen existieren, die Hilfe effektiv und gerecht verteilen könnten. Hinzu kommt, dass das gesamte östliche Afrika seit mehreren Jahren von einer historischen Dürre geplagt wird, was die Abhängigkeit von Importen und internationaler Hilfe vergrößert. Verschlimmert wird dies noch durch den vor kurzem beendeten Krieg in Äthiopien, eigentlich die Kornkammer der Region. Doch da private Geldgeber und internationale (Nichtregierungs-) Organisationen einen großen Teil der Hilfgelder in die Ukraine umleiteten, gehen viele andere Krisenherde leer aus. So wurden beispielsweise bei den Geberkonferenzen für die durch Kriege zerstörten und an Hunger leidenden Länder Jemen und Afghanistan nur ein Drittel bzw. die Hälfte der je rund 4 Milliarden Dollar benötigter Mittel zugesagt. Von Hilfen für die in die hunderte Millionen gehenden Hungernden in Ostafrika und im Sahel ganz zu schweigen. Weil auch Hilfsorganisationen die Nahrungsmittel kaufen müssen, kündigten einige an, bei gleichbleibendem Budget signifikant weniger Menschen versorgen zu können.

Armut, Aufruhr, Instabilität

Die steigenden Preise destabilisierten in großem Ausmaß auch bis dahin recht stabile Länder außerhalb der Dauerkrisenherde – auch wenn die zwei anderen weltumspannenden Krisen, die Covid-19 Pandemie und der Klimawandel, das ihrige zuvor beitrugen. Mehrere ärmere Volkswirtschaften konnten ihre Schulden im letzten Jahr nicht mehr bezahlen, was auch mit den steigenden Preisen zusammenhing – auf lebenswichtige Ressourcen kann man eben nicht verzichten. Zuerst traf es Tansania, kurz darauf Sri Lanka. Im kleinen südasiatischen, ebenso Flüssiggas-abhängigen Inselstaat Sri Lanka führte dies zum Sturz der Regierung, die gerade eine Umstrukturierung der Schulden mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) aushandelte. Jahrelange Misswirtschaft und Korruption und das Fernbleiben der Tourist*innen, einer Haupteinnahmequelle des Landes, in der Coronapandemie hatten die öffentlichen Kassen austrocknen lassen. Die explodierenden Energiepreise und die Knappheit von

Energieträgern, Medikamenten und anderen Gütern ließ die Bevölkerung aufstehen und den Präsidentenpalast stürmen.¹

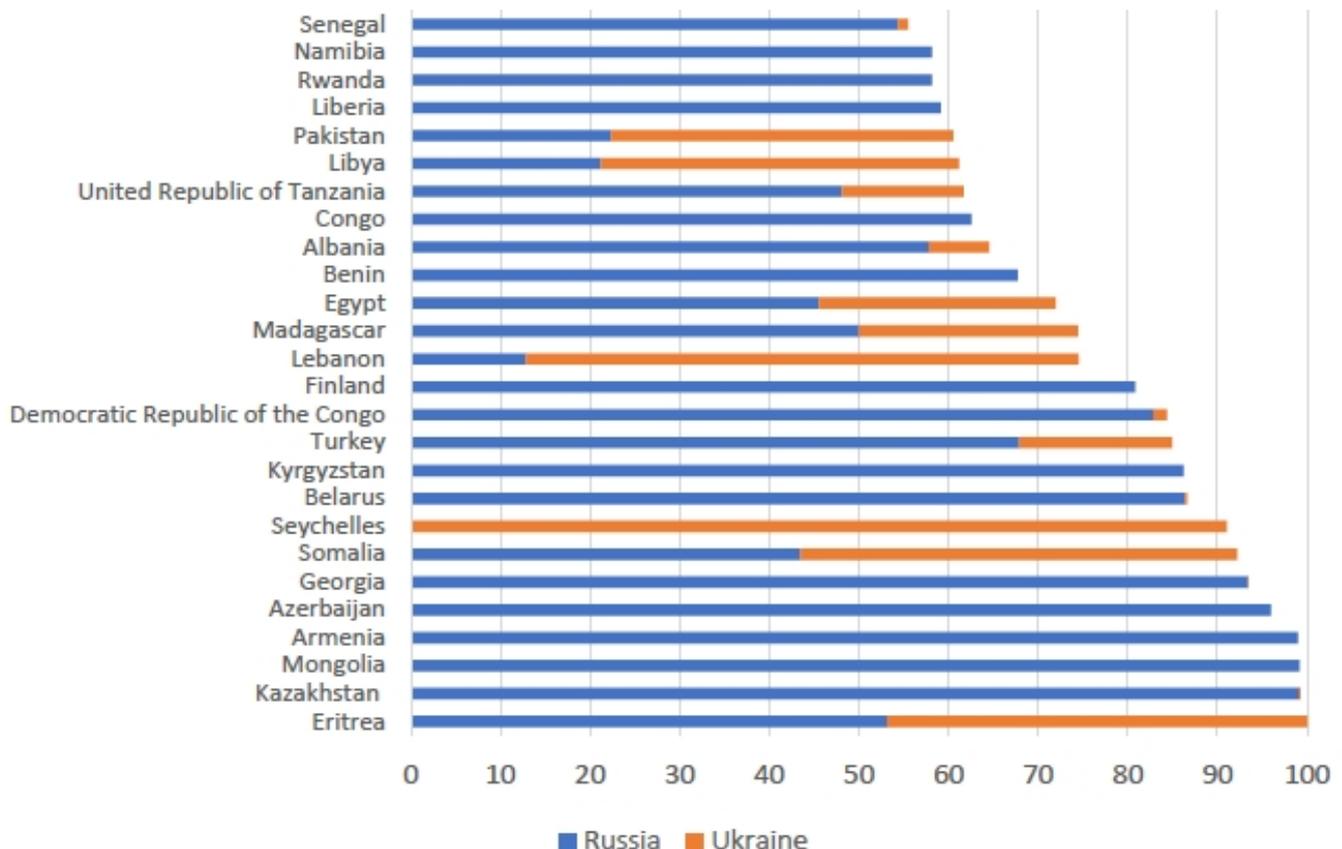
Auch in Pakistan und Bangladesch (wo zusammen mehr Menschen wohnen, als in der EU) führte das fehlende Flüssiggas, welches in beiden Ländern auch die Hauptenergiequelle zur Stromproduktion ist, zu Rationierungen. Das bedeutet, dass Strom für viele Haushalte, aber auch Gewerbe, oft nur wenige Stunden am Tag zur Verfügung stand. Dies ließ auch in der wichtigen Textilverarbeitungsbranche die Produktion einbrechen, was wiederum Devisen kostete und die Inflation anheizte. In beiden Ländern gab es Proteste. Nachdem Bangladesch schon Ende 2022 dazu übergegangen war, sich dem westliche Sanktionsregime zu widersetzen und Energie (und Getreide) – es seinem großen Nachbarn Indien gleichtuend – von Russland zu beziehen, nahm auch Pakistan im Januar 2023 diese Taktik an.

Doch auch in anderen Gegenden führte die Preisexplosion zu Aufständen. In Ecuador nahmen Indigenenorganisationen das Schicksal in ihre Hände und zwangen den neugewählten konservativen Präsidenten Guillermo Lasso unter anderem, sein Versprechen gegenüber dem IWF, die Energie-Subventionen zu senken, zu brechen, und diese stattdessen zu erhöhen.² Allein zwischen Januar und September 2022 gab es in über 90 Ländern Proteste wegen steigenden Spritpreisen.³

Profiteure – und die, die es sein wollten

Zurück zu Südasien: während Sri Lanka, Bangladesch und Pakistan nach und nach anfangen, dennoch russisches Gas und Öl zu beziehen, konnte der geopolitisch gewichtige Gigant Indien es sich leisten, von Kriegsbeginn an stark rabattierte Großeinkäufe russischer Treibstoffe und Düngemittel zu beziehen. Der Westen ist in der Konfrontation mit China und als Produktionsort zu sehr auf Indien angewiesen, als dass er es für Sanktionsverstöße bestrafen könnte. Das gilt sogar für indische Bezüge aus der ebenfalls sanktionierten russischen Rüstungsindustrie und gemeinsame Militärübungen mit Russland.

Indien plante sogar, von den freiwerdenden Marktanteilen und dem gestiegenen Preis von Weizen zu profitieren. Obwohl es zweitgrößter Produzent der Welt ist, war es 2021 nur auf Platz 9 der Exporteure. Doch dieser Traum des indischen Premiers Narendra Modi wurde nicht wahr. Nach kurzer Zeit stiegen auch die heimischen Weizenpreise so sehr, dass er ein Exportverbot verhängen musste, um sich vor Unruhen zu schützen.⁴ Ähnlich erging es Indonesien, dem größten Palmölexporteur der Welt. Es wollte seine Exporte vergrößern, um von den ausfallenden Ölsaatenexporten aus der Ukraine zu profitieren, musste diese dann jedoch wegen der Preisentwicklung im Land stattdessen limitieren.⁵



Ausschnitt (Autor) der Länder mit über 50% Weizenimportabhängigkeit von Russland und der Ukraine. Quelle: FAO – Information Note. Fig. 15, S. 10 Wheat Import Dependency 2021.

Wer jedoch tatsächlich von den ausfallenden Düngemittellieferungen aus Russland und Belarus profitieren konnte, war Marokko, das seine Exporte derselben im September 2022 um 67% im Vergleich zum Vorjahr steigern konnte.⁶ Die Ironie hierbei ist, dass der größte Teil der marokkanischen Phosphor-Reserven in der völkerrechtswidrig besetzten Westsahara liegen – wobei die internationale Anerkennung dieser Besetzung und des Verschiebens von Grenzen kürzlich besonders von der Ministerin der leeren Worte, Annalena Baerbock, vorangetrieben wurde.⁷ Im folgenden weitere Beispiele für diese grüne Doppelmoral:

Energie von anderen Autokraten – und Kriegstreibenden

Die meisten Energieexporteure profitierten natürlich von den steigenden Preisen, was auch ein Grund für die Weigerung der OPEC, die Förderungsmenge zu steigern, sein dürfte. Was einige Linke freuen dürfte, ist, dass sogar der brachliegende Ölsektor der scheiternden Utopie Venezuela profitieren konnte, da die USA einige Sanktionen lockerten und dem US-Energiekonzern Chevron wieder erlauben, Öl in Venezuela zu fördern.⁸ Doch am meisten profitieren die Top-Exporteure fossiler Brennstoffe, die autokratischen Golfmonarchien Saudi Arabien, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), die nicht nur zu den undemokratischsten und repressivsten Systemen der Welt gehören, sondern mit ihrem Krieg im Jemen und dessen Hafensperre auch maßgeblich für die laut UN größte humanitäre Katastrophe der Welt verantwortlich sind. Ironischerweise waren genau Katar und die VAE die Länder, in die Habeck als erstes reiste, um nach Alternativen zu russischen Gasexporten zu suchen. Dass beide Länder einen ebenso blutigen Krieg wie Russland führen, schien hierbei nicht zu interessieren und sollte auch nicht überraschen. Denn die an der Koalition beteiligten Staaten erhalten auch immer noch Waffen von Deutschland, allen voran Ägypten, aber auch Katar, die VAE und, trotz eines eigentlichen Exportstopps, kürzlich auch wieder Saudi-Arabien.⁹ Auch ein anderes, einen Angriffskrieg führendes Land, die Türkei, profitiert von den Sanktionen durch rabattierte Produkte aus Russland und dadurch, dass es seine völkerrechtswidrige Invasion im medialen Schatten des Ukrainekriegs unbescholten weiterführen kann.

Klimaschutz – nur wenn's uns passt

Für einiges an Verärgerung, besonders in Afrika, sorgte es auch, dass nun, da Europa Gas braucht, plötzlich alle Hürden fielen, die den Abbau lokaler Ressourcen verhinderten. Wegen des Klimawandels wollten die Länder des globalen Nordens keine der Abbauprojekte finanzieren. Nun aber war das Geld da, um im Senegal nach Gas zu bohren oder eine Riesensipeline

von Uganda nach Tansania zu legen. Die Bevölkerungen dieser Länder, die oft unter Energiearmut leiden, profitieren jedoch wenig davon. Die Rohstoffe werden abtransportiert, Quoten der Geberländer bedient und der Rest landet auf dem Weltmarkt. Etwas Geld der Konzessionen geht an die Regierungen, versickert dort aber oft. Zudem ist den Menschen durchaus bewusst, dass sie zwar nicht die Verantwortlichen, sondern die Leidtragenden des Klimawandels sind. Sie sehen, wie viel der globale Norden nun wieder in fossile Infrastruktur investiert – während die versprochenen Milliarden zur Anpassung an den Klimawandel nicht kommen.

Egoistische Sanktionen und Blockdiplomatie

Im Lichte all dieser Doppelmoral dürfte es wenig überraschen, dass sich wenige Menschen im globalen Süden für die Verteidigung der Ukraine und die damit verbundene Weiterführung des Kriegs sowie die Sanktionen gegen Russland begeistern ließen – obwohl sie die Aggression, Invasion und Annexion durchaus verurteilen. Somit beteiligten sich viele Länder an der vom Westen vorangetriebenen UN-Resolution zur russischen Invasion im März und der Annexion im Oktober, allerdings nur 28 der 54 in der UN vertretenen afrikanischen Staaten. Bei der jüngsten Resolution im November, die Russland zu Reparationszahlungen aufruft, fiel es dem Westen erheblich schwerer, eine Mehrheit aufzubauen. Mit 94 Stimmen dafür, 14 Gegenstimmen und 73 Enthaltungen sprach sich nur eine knappe Mehrheit für diese Forderung aus.¹⁰ Noch deutlicher wird die Isolation des Westens in der Welt an den Ländern, die Sanktionen gegen Russland verhängt haben, die in der lokalen Presse lange noch als „Großteil der internationalen Gemeinschaft“ betitelt wurden. Effektiv waren es jedoch nur europäische Länder, die angelsächsischen Siedlerkolonien, sowie die vier ostasiatischen Länder mit hohem Einkommen – Japan, Südkorea, Taiwan und Singapur –, die Russland sanktionierten. Die Länder in Afrika und Südamerika sind nicht bereit Sanktionen zu verhängen, sondern verurteilen diese größtenteils.¹¹ Als Indien im letzten Jahr den Vorsitz des G-20 Treffens übernahm, kündigte die indische Finanzministerin sogar an, dass die westlichen Sanktionen gegen Russland diskutiert werden müssten.¹² Noch weniger Bereitschaft besteht, den Krieg durch Waffenlieferungen zu verlängern – nicht einmal wenn dies im Ringtausch modernere Waffen brächte, was kürzlich Kolumbien, der engste NATO-Verbündete in Südamerika, ablehnte.¹³ Die Angst, in einen neuen Kalten Krieg hineingezogen zu werden, ist offensichtlich berechtigt. Mit dem Countering Malign Influences in Africa Act haben die US-Parlamente eine legale Grundlage geschaffen, alle ihre Aktivitäten gegenüber afrikanischen Ländern an deren Kooperation mit Russland zu bemessen.



Nur die USA und Kanada, die EU, Norwegen und die Schweiz, Australien und Neuseeland, sowie Japan, Südkorea und Taiwan haben Sanktionen gegen Russland verhängt. Quelle: Telepolis.

Hört ihre Stimmen

Diese Einmischung in die Wirtschafts- und Bündnisfreiheit wurde dort als Strafe der Länder, die bezüglich der Ukraine nicht mit dem Westen an einem Strang ziehen, gesehen, so der südafrikanische Minister für internationale Beziehungen.¹⁴

In einem sehenswerten ZDF-Interview mit der südafrikanischen Außenministerin, Naledi Pandor, kann man diese sehr besonnen ihre Position zum Krieg, den Sanktionen und einer notwendigen Verhandlungslösung vortragen hören.¹⁵ Dass letztere ein klarer Imperativ von Seiten des globalen Südens ist, wurde eindeutig von vielen gewählten Regierungsvertreter*innen von Südamerika über Afrika bis Südasiens geäußert.¹⁶ Eine Verlängerung des (Wirtschafts)Krieges können sich die Länder im globalen Süden nicht leisten.

Anmerkungen

- 1 Arudpragasam, Amita: How the rajapaksas destroyed Sri Lanka's economy, foreignpolicy.com, 28.4.2022.
- 2 Osborn, Catherine: Ecuador's Uprising Is Only the Beginning, foreignpolicy.com, 7.1.2022.
- 3 Gebreab, Efrem, Thomas Naadi et al.: Fuel protests gripping more than 90 countries, bbc.com 17.10.2022.
- 4 Jadhav, Rajendra & Mayank Bhardwaj: India may extend wheat export ban to preserve local supplies - govt sources reuters.com, 8.2.2023.
- 5 Nangoy, Fansiska: Indonesia bans palm oil exports as global food inflation spikes reuters.com, 23.4.2022.
- 6 Kasraoui, Safaa: Morocco's Phosphate and Derivative

Exports Hit \$8.63 Billion in September moroccoworld-news.com, 24.11.2022.

- 7 Flock, Pablo: Wertepartnerschaft über Völkerrecht. IMI-Standpunkt 2022/33, imi-online.de, 31.8.2022.
- 8 US eases oil sanctions on Venezuela as gov and opposition resume talks, nypost.com, 26.11.2022.
- 9 Ampel genehmigt erstmals Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien, dw.com, 30.9.2022.
- 10 General Assembly adopts resolution on Russian reparations for Ukraine, news.un.org, 14.11.2022.
- 11 S Africa's Ramaphosa: Russia sanctions hurting 'bystander' states, aljazeera.com/economy, 24.5.2022.
- 12 G20 must discuss 'spillover impact' of Russia sanctions: FM Nirmala Sitharaman, cnbctv18.com, 1.11.2022.
- 13 Colombia Refuses To Donate Russian Weaponry To Ukraine, telesurenglish.net, 25.1.2023.
- 14 Everett, Mariamne: Blinken arrives in Africa 'to counter Russian influence' on the continent, france24.com, 6.8.2022; Auch die Regionalorganisation SADC verurteilt das US-gesetz: Kester Kenn Klomegah: Africa is Not For Sale: Sixteen SADC African Nations Reject "Countering Malign Russian Activities in Africa Act" (H.R. 7311), globalresearch.ca, 25.8.2022.
- 15 G7: Südafrika verlangt diplomatische Lösung, zdf.de, 27.6.2022.
- 16 Ukraine-Krieg: Was viele Länder der Welt jetzt fordern, telepolis.de, 4.10.2022.

Streit um die nördlichen Passagen

Im Arktischen Ozean drohen neue Konflikte

von Ben Müller

Verglichen mit anderen Regionen gab es in der Arktis bis vor kurzem noch sehr viel Kooperation zwischen westlichen Staaten und Russland. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine wurden allerdings viele Verbindungen gekappt und die Zusammenarbeit auf das Minimum reduziert. Und für die Zukunft deutet sich an, dass der Arktische Ozean ein weiterer Austragungsort für Feindseligkeiten, Provokationen und gegenseitiges Kräftemessen werden könnte.

Umstrittene Schifffahrtswege

Die Klimaerwärmung ist in der Arktis deutlich stärker sichtbar als in anderen Teilen der Welt. Ein Indikator dafür ist das Meereis, das stark geschrumpft ist im Vergleich zur durchschnittlichen Ausdehnung vor dem Jahr 2000. Besonders im Sommer ist nur noch eine kleine Fläche um den Nordpol vereist, aber auch im Winter ist das sich bildende Eis dünner und unbeständiger als früher. Das eröffnet wiederum Optionen für die internationale Schifffahrt, die auf dem Weg zwischen Europa und Ostasien durch eine eisfreie Arktis viele Seemeilen einsparen kann. Der Status der Wasserwege, die zu einer Nordost- oder Nordwestpassage führen können, ist allerdings international umstritten und gilt als Zankapfel für Auseinandersetzungen in der Arktis. Kanada hat 1985 nach dem UN-Seerechtsübereinkommen (SRÜ) gerade Basislinien¹ um seine arktischen Inseln gezogen. Dadurch wurden alle Wasserwege zwischen diesen Inseln zu inneren Gewässern, für die andere Staaten per se kein Durchfahrtsrecht haben. Kanada kontrolliert damit die Durchfahrt durch die Nordwestpassage. Auch Russland hat in der Arktis gerade Basislinien gezogen und mehrere Meerengen zu inneren Gewässern ohne Durchfahrtsrecht erklärt. Außerdem beruft sich Russland auf Artikel 234 des SRÜ, der in eisbedeckten Meeren Einschränkungen für den Schiffsverkehr erlaubt. Russland kontrolliert damit die Schifffahrt im Abschnitt der Nordostpassage zwischen der Karasee und der Beringstraße, der als „Nördliche Seeroute“ (NSR) bezeichnet wird.

Die USA erkennen die Ansprüche von Kanada und Russland nicht an. Sie betrachten die arktischen Passagen als internationale Schifffahrtsrouten, die ohne Einschränkungen befahren werden dürfen. Besonders gegenüber Russland sind die USA hier zum Konflikt bereit. Die Arktis-Strategie des Pentagons von 2019 kündigt dafür auch FONOPs² an, um die nicht akzeptierten Ansprüche mit Macht und Militärpräsenz herauszufordern.³ Bisher ist es dazu nicht gekommen, was auch an Warnungen aus den eigenen Reihen gelegen haben mag. Demnach fehlten den USA starke Eisbrecher, um FONOPs in der Arktis abzusichern. Neue Eisbrecher für die US-Küstenwache sind zwar bereits beauftragt, der Baubeginn verzögert sich allerdings, so dass mit dem ersten Schiff wahrscheinlich nicht vor 2027 zu rechnen ist.⁴

Militärische Präsenz durch NATO-Staaten

Nach dem Wechsel im Weißen Haus 2021 sah es so aus, als würden die USA das Interesse an der Arktis verlieren, um sich stärker auf eine Konfrontation mit China zu konzentrieren. Der deutsche Thinktank Stiftung Wissenschaft und Politik trat daher mit dem Vorschlag an die Öffentlichkeit, die Bundeswehr könne Aufgaben im Nordatlantik und in der Arktis übernehmen, um die USA militärisch zu entlasten. Dabei ging es weniger um FONOPs als eher um Aufklärungseinsätze mit Seefernaufklärern und U-Booten in Zusammenarbeit mit Norwegen.⁵ Die Bundesregierung wollte diesem Vorschlag allerdings nicht folgen. Stattdessen hat Großbritannien sich bereit erklärt, seine Militärpräsenz im Hohen Norden auszuweiten.

Ein britisches Strategiepapier, das während des norwegischen Großmanövers Cold Response veröffentlicht wurde, spricht sich für eine ungehinderte Durchfahrt durch die arktischen Passagen aus und will „böartige und destabilisierende Verhaltensweisen“ herausfordern, womit wahrscheinlich russische und chinesische Aktivitäten in der Arktis gemeint sind.⁶ Bri-

tische Schiffe und Flugzeuge sind in der Arktis bereits aktiv. Die Atom-U-Boote benutzen dabei auch einen norwegischen Industriehafen bei Tromsø.⁷ Im Oktober 2022 fuhr die britische Fregatte „HMS Northumberland“ zusammen mit einer norwegischen Fregatte und einem britischen Versorgungstanker vor die Halbinsel Kola, den Stationierungsort der russischen Nordflotte.⁸ Und ein britisches Aufklärungsflugzeug wird von Russland beschuldigt, am 15.8.2022 den russischen Luftraum über der Barentssee verletzt zu haben.⁹ Derartige Aktionen können sehr leicht eskalieren und unvorhergesehene Reaktionen auslösen. Im Juni 2021 hatte zum Beispiel der britische Zerstörer „HMS Defender“ heftige russische Gegenmaßnahmen provoziert, als er im Schwarzen Meer durch die Territorialgewässer der Halbinsel Krim gefahren war. Die NATO als Militärbündnis sieht ihre Verpflichtung traditionell im Nordatlantik, um die GIUK-Lücke zwischen Grönland, Island und Großbritannien zu kontrollieren und im Fall eines russischen Angriffs in Norwegen ihre Nordflanke zu verstärken. Für die Arktis hat die NATO bisher keine Strategie. Allerdings hat Generalsekretär Stoltenberg bei einem Besuch im Norden Kanadas angekündigt, die Präsenz der Allianz auch im Hohen Norden zu steigern.¹⁰

Einschränkungen für die Nördliche Seeroute

Russland hat 2022 eine neue Marine-Doktrin verkündet. Darin werden die russischen Gewässer im Arktischen Becken explizit zu den „lebenswichtigen Gebieten“ für die nationalen Interessen gezählt. Außerdem beklagt der Text, die USA und ihre Verbündeten würden die Vorherrschaft auf den Weltmeeren anstreben und der Entfaltung russischer Innen- und Außenpolitik Widerstand entgegenbringen. Dabei verfolgten sie auch das

Ziel, die russische Kontrolle über die NSR zu schwächen, ausländische Marinepräsenz in der Arktis aufzubauen und die internationale Rechtsordnung für die Schifffahrt in Meeresräumen und Meerengen gemäß ihren geopolitischen Zielen zu ändern.¹¹

Als Konsequenz hat Russland ein Gesetz verabschiedet, das ausländischen Kriegsschiffen die Einfahrt in die NSR deutlich erschwert. Zukünftig darf nur ein einzelnes ausländisches Kriegsschiff die NSR befahren, und die Fahrt muss 90 Tage vorher auf diplomatischem Weg angekündigt werden. Fremde U-Boote müssen auftauchen und ihre Flagge zeigen. Ausgenommen sind nur Schiffe, die einen Hafen oder Marinestützpunkt anlaufen.¹² Mit diesem Gesetz verschafft sich Russland eine Legitimation, um gegen FONOPs vorzugehen. Bereits im Juni hatte Russland angekündigt, die Arktis-Häfen in Dikson und Tiksi umzubauen, um dort während der schiffbaren Jahreszeit Kriegsschiffe zu stationieren. Der Kommandant der Nordflotte, Alexander Moissejew, begründete die Maßnahme mit zunehmenden NATO-Übungen in der Region.¹³

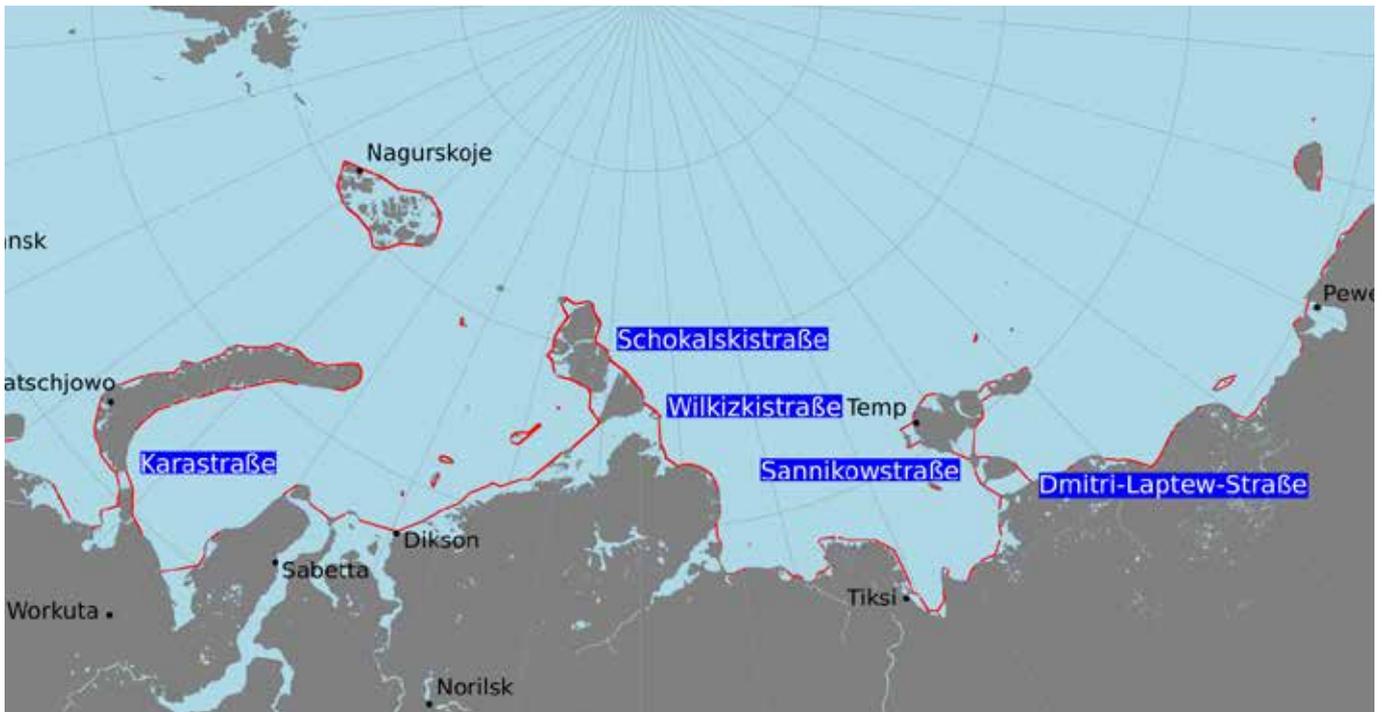
Die USA in der Arktis

Die USA haben ihr Engagement in der Arktis keineswegs aufgegeben. Die Biden-Administration hat 2022 eine neue nationale Arktis-Strategie veröffentlicht, deren Inhalt stark unter dem Eindruck des russischen Angriffskriegs in der Ukraine steht. Eine Zusammenarbeit mit Russland auf Regierungsebene sei dadurch „praktisch unmöglich“.¹⁴ Stattdessen müsse die nationale Sicherheit in der Arktis gegen Russland und China verteidigt werden, wozu auch eine stärkere Militärpräsenz mit Abschreckungsmaßnahmen und gemeinsamen NATO-Übungen notwendig sei. Außerdem kritisiert das Papier



Gerade Basislinien von Kanada in der Arktis. Quelle: IMI.

die aus Sicht der USA unberechtigten Ansprüche Russlands zur Schifffahrt auf der NSR. Auch der US-Militärhaushalt für das Jahr 2023 enthält einige arktis-spezifische Maßnahmen. Neben einer „arctic pay“ genannten Zulage für Militärpersonal, das unter Kaltwetterbedingungen in Alaska eingesetzt wird, sind auch 167,2 Mio \$ für den dritten der beauftragten Eisbrecher („polar security cutter“) sowie 150 Mio \$ für einen zusätzlich zu beschaffenden Eisbrecher vorgesehen. Desweiteren verlangt das Papier einen Bericht über die Durchführbarkeit eines Transits durch die NSR und regelmäßiger Transits durch die Nordwestpassage.¹⁵ Ob es sich dabei um FONOPs handeln soll, wird nicht erläutert.



Gerade Basislinien von Russland in der Arktis. Quelle: IMI.

Fazit

Auch wenn Staaten wie die USA oder Großbritannien eigentlich gar kein eigenes Interesse an einer Schifffahrt durch die arktischen Passagen haben, nutzen sie das Thema gerne, um ihren Streit mit Russland auszutragen. Dabei führen sie allerdings nicht etwa Verhandlungen, um zu einer gemeinsamen Rechtsauffassung über den Streitgegenstand zu gelangen. Stattdessen setzen sie auf militärische Stärke, um ihre eigene Ansicht, die sie auch als „regelbasierte Ordnung“ bezeichnen, durchzusetzen. Andererseits hält auch Russland an seiner Version der Rechtslage fest und betrachtet Aktivitäten von NATO-Staaten in der Arktis als Bedrohung, gegen die es sein eigenes Militär ausbauen und trainieren muss. In dieser Situation können bereits kleine Missverständnisse oder Unfälle zu großen Konflikten und Auseinandersetzungen eskalieren.

Anmerkungen

- 1 Die „Basislinien“ markieren die Grenze zwischen den inneren Gewässern und dem Küstenmeer. Sie können entweder direkt dem Uferverlauf folgen oder als gerade Basislinien Buchten, Flussmündungen oder vorgelagerte Inseln einschließen.
- 2 Als FONOPs („freedom of navigation“ Operationen) werden willkürliche Fahrten von Kriegsschiffen durch national reklamierte Seegebiete bezeichnet, die auf den Charakter dieser Seegebiete als international und damit frei befahrbar hinweisen sollen. FONOPs werden dementsprechend von den reklamierenden Staaten als Provokation oder Grenzverletzung, von den durchführenden Marinen dagegen als legitim angesehen.
- 3 Department of Defense Arctic Strategy, media.defense.gov, Juni 2019.
- 4 Malte Humpert: New US Icebreaker Delayed Until 2027, Russia Orders 6th and 7th Nuclear Icebreaker, highnorthnews.com, 9.2.2023.
- 5 Michael Paul, Göran Swistek: Deutschland im arktisch-nordatlantischen Raum, swp-berlin.org, 29.11.2021.
- 6 The UK's Defence Contribution in the High North, gov.uk, März 2022.
- 7 Astri Edvardsen: First British Nuclear Submarine Docking in Tromsø, highnorthnews.com, 29.4.2022.
- 8 Thomas Nilsen: NATO frigates shadowed outside Russia's Arctic submarine bases, thebarentsobserver.com, 25.10.2022.
- 9 Thomas Nilsen: Russia accuses British spy plane of violating airspace north of Kola Peninsula, thebarentsobserver.com, 16.8.2022.
- 10 Jens Stoltenberg: In the face of Russian aggression, NATO is beefing up Arctic security, theglobeandmail.com, 24.8.2022.
- 11 Морская доктрина Российской Федерации, actual.pravo.gov.ru, 31.7.2022.
- 12 СФ обязал иностранные военные суда за 90 дней уведомлять Россию о проходе по Севморпути, tass.ru, 30.11.2022.
- 13 Порты Тикси и Диксон реконструируют, там будут базироваться военные корабли, ru.arctic.ru, 01.6.2022
- 14 National Strategy for the Arctic Region, whitehouse.gov, Oktober 2022.
- 15 H.R.7776 – James M. Inhofe National Defense Authorization Act for Fiscal Year 2023, congress.gov.

Wieder bereit zu führen

Deutschland positioniert sich in der Ostseeregion als militärische Führungsmacht

von Merle Weber

Deutsche Militärs wollen wieder Führung übernehmen und verkünden das inzwischen mit hemmungsloser Offenheit. So beispielsweise der Inspekteur der Deutschen Marine, Jan C. Kaack, in einer Grundsatzrede.¹ Der Befehlshaber der Marine strebt für die BRD eine „Koordinierungs- und Führungsrolle“ bei den militärischen Aktivitäten des NATO-Blocks im Ostseeraum an. Auch wenn Deutschland im Krieg um die Ukraine „gegenwärtig [!] keine aktive Rolle“ spiele, sei sein Anspruch, „besser zu sein“ als „mögliche Gegner“ [gemeint ist Russland]. Um die Einsatzbereitschaft der deutschen Seestreitkräfte „nachhaltig“ zu steigern, sei eine „Erweiterung des Marinearsenals im Ostseebereich [...] der entscheidende und notwendige Schritt“.² Dieser Führungsdrang findet sich auch bei der vom Kanzleramt finanzierten Stiftung Wissenschaft und Politik. Die deutsche Marine sei „prädestiniert, die Kooperation zwischen Alliierten und Partnern im Ostseeraum voranzutreiben“ – und zwar in einer „Führungsrolle“. Damit würde Berlin nicht nur seine Stellung in der NATO ausbauen, sondern „gleichzeitig“ die „außenpolitischen Ziele Deutschlands konsequent weiterverfolg[en]“.³

Schlüsselregion Ostsee

Im Einflusskampf mit Russland um Osteuropa misst die NATO der Ostseeregion bereits seit 2014 eine erhöhte geopolitische und militärstrategische Bedeutung zu. Damals startete sie mit Verweis auf die eskalierende Situation in der Ukraine unter dem Schlagwort Readiness Action Plan die Militarisierung des Baltikums. Die Ostsee ist inzwischen als Aufmarschgebiet der NATO in Richtung Mittel- und Osteuropa „stark militarisiert“.⁴ Führende deutsche Militärs sprechen von einem „ständigen Potential des Aufeinandertreffens von Kräften der NATO, EU und Russlands“.⁵ Die deutsche Marine hat die transatlantischen Nachschubrouten über den Atlantik und die Nordsee bis in die Ostsee inzwischen zu ihrem „Haupt Einsatzgebiet“

erklärt – mit „besonderem Blick auf die Ostsee“. Damit haben die deutschen Seestreitkräfte den Einflusskampf mit Russland in den Fokus ihrer Tätigkeit gestellt. Fähigkeitsspektrum und Ressourcen der Marine richtet Berlin zunehmend auf die Konfrontation mit der Atommacht aus. In diesem Kontext spricht der Vizeadmiral bereits von einer „Neubetrachtung“ oder gar „Beendigung“ der militärischen Aktivitäten der Marine im Mittelmeer, um Kräfte für die NATO-Nordflanke, insbesondere die Ostsee, freizumachen.⁶

Alles, was schwimmt

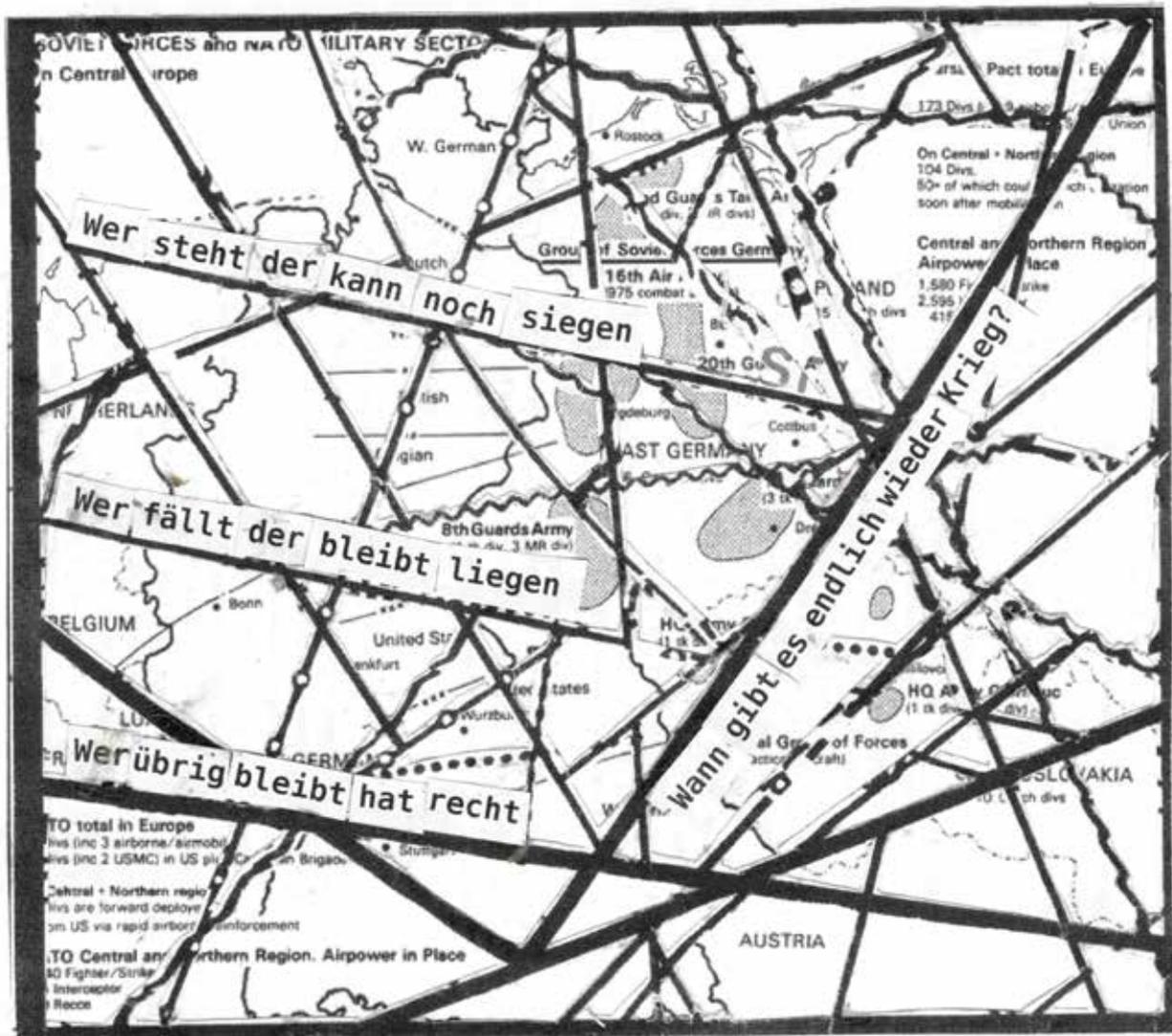
Bereits Wochen vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar 2022 hatte Deutschland, wie der NATO-Block insgesamt, damit begonnen, seine militärische Präsenz im Baltikum hochzufahren.⁷ Dabei konnten die NATO-Staaten auf ihre seit 2014 geschaffene „skalierbare“ Basis⁸ an militärischer Präsenz und Infrastruktur in der Region zurückgreifen. Bereits Anfang Februar hatte die deutsche Marine damit begonnen, ihre Präsenz in der Ostsee auszubauen – durch verstärkte Beteiligung an den Ständigen Marineverbänden der NATO (insbesondere SNMG 1), aber auch durch „deutsch geflaggte“ Aktionen.⁹ Am 7. Februar hatte die deutsche Verteidigungsministerin eine Verstärkung des seit 2017 im Rahmen der enhanced Forward Presence (eFP) der NATO in Litauen stationierten deutschen Truppenkontingents angekündigt. Bereits fünf Tage später waren die ersten Verstärkungstruppen angekommen.¹⁰ Neben mehreren Panzerhaubitzen brachten sie unter anderem auch 250 Tonnen Munition gen Osten.¹¹ Die deutsch geführte NATO-Kampftruppe besteht seitdem aus 1000 deutschen und 600 multinationalen Soldaten.¹² Am 14. Februar verlegte Deutschland „kurzfristig“ zwei eigentlich anderweitig verplante Minenjagdboote in die Ostsee. Am nächsten Tag folgte eine Luftverteidigungsfregatte, die „praktisch den gesamten Luftraum über der Ostsee kontrollieren“ kann.¹³ Am 18. Februar versetzte die

Bundesregierung dann auf Antrag des Oberbefehlshaber der NATO die deutschen Kontingente der NATO Response Force in erhöhte Verlegebereitschaft.¹⁴ Am Tag des russischen Kriegseintritts am 24. Februar waren große Teile der deutschen Marine als Teil der NATO-Speerspitze auf der Ostsee¹⁵ – „Alles, was schwimmt geht raus!“, lautete der Befehl.¹⁶ Zwei Tage nach dem russischen Angriff, am 27. Februar, verlegte Deutschland fünf Eurofighter mit 150 Soldaten nach Estland, um die Mission Air Policing Baltikum zu verstärken.¹⁷ Im November 2022 nutzte Deutschland den Einschlag einer ukrainischen Flugabwehrrakete in Polen, um mit Warschau ein Abkommen über eine deutsche Beteiligung an der Überwachung und Absicherung des polnischen Luftraums zu erzielen.¹⁸ Seit September 2022 ergänzt Berlin die eFP in Litauen mit einer deutschen Brigade im Rahmen der enhanced Vigilance Activities der NATO, von der allerdings nur der Führungsstab dauerhaft in Litauen stationiert ist. Der Rest wird in Deutschland bereitgehalten.¹⁹ Im Dezember trainierte die Brigade bereits gemeinsam mit den Streitkräften Litauens die Verteidigung des Landes gegen einen

„starken Angreifer“. In den Augen der Bundeswehr haben deutsche Soldaten ihren „festen Platz in der Verteidigungsplanung Litauens gefunden“.²⁰ All die genannten Einsätze laufen dabei am deutschen Bundestag vorbei. Rechtliche Grundlage sei allein die „NATO-Mitgliedschaft“ der BRD – einer Legitimierung durch den Bundestag im Sinne des Parlamentsvorbehalts bedürfen sie nicht.²¹

Führungscluster Rostock

Was ist nun dran am Gerede von der deutschen Führung? Greifbar werden Berlins Ambitionen in Rostock. 2019 hatte die deutsche Marine ihre nationalen Führungsstrukturen aus vorher drei Standorten in einem Gebäude in Rostock konzentriert und in dem neuen Stab DEU MARFOR zusammengefasst.²² DEU MARFOR ist ein primär nationaler Führungsstab, in den allerdings „Austausch- und Verbindungsoffiziere“ vor allem aus den Ostseeanrainern eingegliedert sind. „Schickt uns eure besten Leute“, hatte der Inspekteur der deutschen Marine die Partner aus NATO und EU



Hans-A-Plast und ihr Lied „Machtspiele“. Quelle: punknotwar.blackblogs.org.

aufgefordert.²³ Deutschland plant, DEU MARFOR der NATO als Kommando für Aktivitäten vor allem auf der Ostsee anzubieten – der deutsche Kernstab würde dann durch weitere Soldaten ergänzt und zum sogenannten Baltic Maritime Component Command (BMCC) aufwachsen. Das BMCC ist zwar NATO-Kommando, bleibt aber im Kern eine deutsche Struktur, die Berlin der NATO „bei Bedarf“ zur „Verfügung stellen“ kann.²⁴ Dafür muss DEU MARFOR allerdings erst noch einen Zertifizierungsprozess durch die NATO abschließen. Meilenstein war hier die „große Papierübung“ Griffin Marker im Jahr 2022. „Der Gegner kommt über die Ostsee“, hieß es im Szenario des militärischen Planspiels – „Ähnlichkeiten [...] zu den Ereignissen des Jahres 2014 auf der Krim und in der Ostukraine sind kein Zufall“.²⁵ Um den Zertifizierungsprozess wie geplant bis 2025 abzuschließen, muss DEU MARFOR vorher noch im „realen Leben“ ein „Großmanöver“ befehlen.²⁶ Berlin plant ausdrücklich, das Marinekommando auch abseits der NATO zu nutzen – beispielsweise im Rahmen von UN oder EU. In Rostock untermauert Deutschland seinen militärischen Führungsanspruch in der Ostseeregion, stärkt seine Stellung innerhalb der NATO und baut gleichzeitig für Strategische Autonomie notwendige europäische militärische Führungsfähigkeiten auf. Nicht zuletzt in Polen schlagen „jahrelange Bedenken gegenüber der deutschen Ostpolitik“ angesichts des deutschen Führungsergeizes zunehmend in aktiven Unmut um. Warschau betreibt eine „antagonisierende Politik, mit dem Ziel“ Deutschland „einzuhegen“, beklagen deutsche verteidigungspolitische Experten.²⁷ Dass Berlin seinem baltischen Konkurrenten Reparationszahlungen für die Verbrechen des Zweiten Weltkrieges verweigert, belastet die Beziehungen zusätzlich. Die EU brauche „keine deutsche Führung, sondern deutsche Selbstbeschränkung“ – so jedenfalls der polnische Außenminister.

Anmerkungen

- 1 Vizeadmiral Jan C. Kaack: 100 Tage im Amt: „Kursbestimmung 2022“, 27.6.2022, [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de).
- 2 Ebd.
- 3 Göran Swistek: SWP-Aktuell – Abschreckung und Verteidigung im Ostseeraum, 15.12.2020, [swp-berlin.org](https://www.swp-berlin.org).
- 4 Vizeadmiral Jan C. Kaack: 100 Tage im Amt: „Kursbestimmung 2022“, 27.6.2022, [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de).
- 5 Ebd.
- 6 Ebd.
- 7 Deutsche Marine: Bündnissolidarität - Mehr Marinepräsenz in der Ostsee, 17.2.2022, [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de); und Presse- und Informationszentrum Marin: Einsatzgruppenversorger „Berlin“ läuft zum NATO-Einsatz aus, 27.1.2022, [presseportal.de](https://www.presseportal.de).

- 8 NATO: Wales Summit Declaration, 5.9.2014, [nato.int](https://www.nato.int).
- 9 Deutsche Marine: Bündnissolidarität - Mehr Marinepräsenz in der Ostsee, 17.2.2022, [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de); und Presse- und Informationszentrum Marin: Einsatzgruppenversorger „Berlin“ läuft zum NATO-Einsatz aus, 27.1.2022, [presseportal.de](https://www.presseportal.de).
- 10 Bundeswehr: Operation Stronger Griffin – Verstärkungskräfte für den Gefechtsverband in Litauen, 1.3.2022, [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de).
- 11 Streitkräftebasis: Transport rollt! Munition für Bundeswehr in Litauen, 18.2.2022, [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de).
- 12 Bundeswehr: Verteidigungsbereit - Die Bundeswehr an der NATO-Ostflanke, o.D., [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de).
- 13 Deutsche Marine: Bündnissolidarität - Mehr Marinepräsenz in der Ostsee, 17.2.2022, [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de).
- 14 Bundesministerium der Verteidigung: Erhöhung der Verlegebereitschaft der NRF (NATO Response Force)-Kräfte der Bundeswehr, 18.2.2022, [bmvg.de](https://www.bmvg.de).
- 15 Presse- und Informationszentrum Marine: Flotte verstärkt Aktivitäten an der NATO-Nordflanke - Korvette wird Teil der SNMG 1, 25.2.2022, [presseportal.de](https://www.presseportal.de); und Presse- und Informationszentrum Marine: Weitere Verstärkung für die NATO-Nordflanke - Auch Flottendienstboot „Alster“ läuft aus, 25.2.2022, [presseportal.de](https://www.presseportal.de); sowie Presse- und Informationszentrum Marine: „Nicht während unserer Wache!“ - Deutsche Marine entsendet Soldaten aus Kiel zur Verstärkung in die Ostsee, 28.2.2022, [presseportal.de](https://www.presseportal.de).
- 16 Vizeadmiral Jan C. Kaack: 100 Tage im Amt: „Kursbestimmung 2022“, 27.6.2022, [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de).
- 17 Bundesministerium der Verteidigung: Verstärkung Air Policing Baltikum, 27.7.2022, [bmvg.de](https://www.bmvg.de).
- 18 Bundesministerium der Verteidigung: Deutschland und Polen vereinbaren gemeinsamen Schutz des polnischen Luftraums, 22.11.2022, [bmvg.de](https://www.bmvg.de).
- 19 Bundeswehr: Deutsche Brigade erstmals in litauische Verteidigungsplanung integriert, 27.12.2022, [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de).
- 20 Ebd.
- 21 Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestags: Entsendung von Soldaten der Bundeswehr im Rahmen der Beistandsinitiative „Enhanced Forward Presence“ (eFP) ohne Mandatierung durch den Deutschen Bundestag, 18.2.2020, [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de).
- 22 Deutsche Marine: Marine-Führungsstab - DEU MARFOR in Dienst gestellt, 24.1.2019, [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de).
- 23 Ebd.
- 24 Deutsche Marine: Bündnissolidarität - Mehr Marinepräsenz in der Ostsee, 17.2.2022, [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de).
- 25 Deutsche Marine: DEU MARFOR – Stabsübung Griffin Marker – der Auftakt, 22.12.2021, [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de).
- 26 Ebd.
- 27 Kai-Olaf Lang: SWP-Aktuell – Warschauer konfrontative Deutschlandpolitik, 4.11.2022, [swp-berlin.org](https://www.swp-berlin.org).

Sand im Getriebe

Rekrutierung, Widerstand und Asyl im Ukraine-Krieg

von Franz Nadler

Danke für die Einladung, die Arbeit von Connection e.V. gegen den Ukraine-Krieg vorstellen zu können. Aus Platzgründen werden an dieser Stelle die Situation in Russland und der Ukraine extrem komprimiert und alles zu Belarus und zur Lage der Kriegsdienstverweigerung weggelassen (siehe für weitere Informationen: <https://de.connection-ev.org>).

Viele konnten es nicht glauben, dass Russland die Ukraine angreift – und doch ist es so gekommen. Die westlichen Staaten, und ganz klar auch Deutschland, haben sich auf die ukrainische Seite gestellt und liefern die angeforderten Waffen. Kein Wunder, dass der Krieg eskaliert. Jede Seite behauptet, den „Sieg im Krieg“ praktisch in der Tasche zu haben. Aber ich kann diese Perspektive nicht sehen. Was ich sehe, ist, dass jeden Tag die vielfältigen Kosten steigen und dass sich auch hier die Lebensgrundlagen jeden Tag verschlechtern.

Zwar hat auch jede Seite immer wieder mal Verhandlungen angeboten, aber es gibt keine, die da derzeit vermitteln könnten. Was können wir tun?

Nun, wenn die Herrschenden auf Krieg setzten, ist noch lange nicht gesagt, dass die Bevölkerung das genauso sieht. Aber auch da müssen wir feststellen, dass jeweils 70 bis 90 Prozent für eine Fortführung sind. Bleibt die Frage nach dem Verhalten der Soldaten. Und das ist die einzige reale Hoffnung, die ich derzeit sehe.

Die Situation in Russland ...

Ich will das ausführen. Fangen wir mit Russland an. In Russland gibt es die Wehrpflicht. Jedes Jahr sollen etwa 1 Mio. den Dienst antreten. Tatsächlich kommen dann aber gerade mal 270.000. Die Gründe: Korruption, Beziehungen und Geld. Auch soll die Armee über eine Million groß sein. Experten sprechen aber von vielleicht nur 500.000. Gründe, schon genannt. Auch bei der Ausrüstung, der Bewaffnung ist das Problem offensichtlich. Dazu kommt, die Herrschenden wissen um die Macht des Volkes, darum haben sie den Krieg

so organisiert, dass er die Bevölkerung zumindest in den russischen Teilen Russlands, vor allem in Moskau und St. Petersburg, möglichst wenig tangiert. So durften Wehrpflichtige nicht in der Ukraine eingesetzt werden, sondern nur Zeit- und Berufssoldaten und die wiederum vor allem aus armen, entlegenen Gegenden. Und gleichzeitig will man die Armee schonen. Für die „Drecksarbeit“ sind andere zuständig: vielfältige Paramilitärs wie die Gruppe Wagner, die zu diesem Zweck nicht nur international, sondern auch in Gefängnissen rekrutiert, nationale Freiwillige (es sollen sich insgesamt bis zu einer Million gemeldet haben) und tausende Söldner, die man aus vielen Staaten angeworben hat.

Das Ergebnis: Einige Landgewinne und riesige Verluste an Menschen und Material.

Darum am 21. September die Teilmobilmachung von Reservisten und Kampferfahrenen. Gleichzeitig gibt es praktisch überall im Land Rekrutierer, inzwischen vor allem auch an den Grenzen.

Mich erstaunte da die in gewisser Weise auch riskante Teilmobilmachung nicht, schließlich soll es allein 25 Millionen Reservisten geben. Dabei ist es noch immer nicht so, dass trotz der Zehntausenden von Toten und Verletzten ein Umschwenken der Bevölkerung ersichtlich wäre. Das Argument, dass es nun gegen den Westen und die NATO, und damit den Bestand Russlands gehe, verfängt – und die Zustimmungswerte sind sogar wieder gestiegen, insbesondere nach der Schließung der Grenzen zur EU.

Aber jene, die kämpfen sollen, kämpfen nicht. Sie verlangen ihre Rückverlegung, nicht nur Einzelne, sondern ganze Einheiten, Tausende. Überall gibt es Widerstand und wer die Rekrutierung befürchtet, versucht zu fliehen. Inzwischen ist die Teilmobilmachung bereits wieder beendet worden. An den Protesten in Russland, mit inzwischen 20.000 Festnahmen, beteiligen sich vor allem Frauen, denn festgenommene Männer werden rekrutiert. Nun hat man in Tschetschenien festgenommenen Frauen erklärt, dass sie freikommen können, wenn sich die Männer zur Armee melden.

... und der Ukraine

Wie sieht es in der Ukraine aus? Anders, aber auch nicht besser. Also aus der Antikriegsposition gesehen, auch gar nicht so schlecht.

Mit der Einführung der Wehrpflicht 2014 waren nur wenige dazu bereit. Ganze Regionen verweigerten: So verkam die legale Wehrpflicht zur eigentlich verbotenen Zwangsrekrutierung. Ein für die Rekrutierung Verantwortlicher: „Was sollen wir auch anderes tun, wenn niemand kommt?“ Zudem gab es jedes Jahr über 10.000 Strafverfahren gegen Soldaten wegen Desertion, Ungehorsam, Meuterei, Selbstverstümmelung etc.

Nun, mit dem russischen Angriff, hat sich die Lage völlig verändert: 1 Mio. sollen sich freiwillig zu den Waffen gemeldet haben. Das führte dazu, dass man die Wehrpflicht einstweilen nicht mehr durchführte und die meisten Leute der neugegründeten Territorialverteidigung zuwies. Aber die Rückeroberung der Gebiete erweist sich als verlustreich. Als ich vor einiger Zeit einen gerade geflohenen Kriegsdienstverweigerer fragte: „Nach 9.000 Toten – ist da kein Umdenken in der Bevölkerung zu verspüren?“, antwortete er: „Wie kannst du diese offizielle Zahl glauben. Militärexperten gehen von gut 70 bis 80.000 aus.“ Ein Umdenken ist wohl noch nicht zu spüren, aber an die Front will niemand mehr, zumindest nicht freiwillig.

Schon mit Beginn des Krieges gab es eine Ausreiseperrre. Zudem darf niemand ohne Genehmigung den Wohnort verlassen. Auch Frauen müssen sich registrieren lassen. Leute, die sich freiwillig zur Territorialverteidigung gemeldet haben, werden jetzt zur Armee abkommandiert. Auch die Hunderttausende, die legal im Ausland arbeiten, wurden unter Strafandrohung jetzt zur Rückkehr aufgefordert. Überall wird nach Versteckten und Fluchtwilligen gesucht. Auf dem Weg von Kiew bis zur Westgrenze soll es 17 Checkpoints geben. Sondereinheiten durchsuchen Hotels, gegen Tausende laufen Strafverfahren wegen Rekrutierungsvermeidung. Es gibt auch inzwischen an die tausend Strafverfahren gegen Grenzer, die (gegen Geld) welche durchgelassen haben, dazu hunderte gegen Schleuser. Man rekrutiert alle: Juden, Roma, alle Geschlechter, Linke, Rechte, Anarchisten, Nazis – und man nimmt auch die wohl über 10.000, die aus aller Welt gekommen sind, wobei man aber mindestens ein Drittel, da sie wirklich nicht zu gebrauchen waren, wieder zurückschicken musste.

Nach unseren Berechnungen haben 140.000 Militärdienstpflichtige seit Beginn des Krieges das Land verlassen. – und eine wohl ähnlich hohe Anzahl ist nicht zurückgekehrt.

Auch an der Front läuft es vielfach nicht so, wie es soll. Im Juni z.B. soll in Sjewjerodonezk eine Ein-

heit von 200 Mann, die ihre Lage als aussichtslos einschätzte und umkehren wollte, von Einheiten der Territorialverteidigung zurückgetrieben worden sein. Um die Kämpfer zum Kämpfen anzuhalten, gibt es für Kommandierende seit 2015 die gesetzliche Erlaubnis, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Sie dürfen auf sie schießen. Ganz viele, die an der Front nicht mehr kämpfen wollen, sagen, dass es an Waffen und Munition fehle. Wie kann das sein? Liefert der Westen doch, was gefordert wird? Dazu: Im September gab es im US-Kongress eine Anfrage, dass nach US-Geheimdienstberichten immer mehr gelieferte Waffen auf dem internationalen Schwarzmarkt auftauchen.

Der Bereich Asyl

Für alle Ukrainer hat man in der EU eine bislang noch nie angewendete Ausnahmeverordnung ausgegraben und so können alle ohne Schikanen einreisen, bis 2025 bleiben, leben, wo sie wollen, Unterstützung bekommen, arbeiten. Schön, dass es sowas tatsächlich noch gibt!

Aber wie sieht es mit flüchtenden Russen aus? Seit Beginn des Krieges haben, sagen wir mal, über eine halbe Million Rekrutierbare das Land verlassen, vorwiegend in Länder, wo sie kein Visum brauchten: Von der Mongolei bis in die Vereinigten Arabischen Emirate und Tunesien. Die meisten von ihnen haben durchaus enge Beziehungen zu Russland und so gibt es die Befürchtung, dass sie zur Rückkehr gezwungen werden könnten. Einen gravierenden Anstieg gab es nach der Teilmobilmachung. Wie ist deren Lage? Nehmen wir Georgien. Nach dem Krieg um Abchasien und Ossetien gibt es mit Russland nicht unbedingt ein freundschaftliches Verhältnis, aber die Grenze kann nach wie vor ohne Visum überquert werden. Georgien hat ca. 3 Mio. Einwohner und bis jetzt sind über 300.000 Russen dort angekommen. Nicht alle sind vor der Rekrutierung geflohen, viele wollen nach den Sanktionen nur ihr „Business“ weiter betreiben. Viele Russen haben durchaus Geld, haben höhere Bildung. So steigen z.B. die Mieten ins Astronomische – und es wird Einheimischen gekündigt. Natürlich gibt es auch welche, die die russischen Fahnenflüchtigen unterstützen, aber inzwischen gibt es auch eine regelrechte Kampagne gegen sie. Es wird die Schließung der Grenze gefordert mit Demonstrationen „Keine russischen Deserteure“. Staatliche Hilfen gibt es in diesem armen Land für sie nicht. Die meisten würden gerne in die EU weiterreisen, aber leider führt bislang kein Weg dorthin.

Beleuchten wir zunächst die Situation in Deutschland. Da hat man vielfach die russischen Soldaten zur Dienstverweigerung aufgerufen und ihnen dann auch das Asylverfahren angeboten. Schön, möchte man

sagen, wäre nicht Asyl ein Menschenrecht, das jedem immer offenstehen muss. Und bei Russen dauert es bislang extrem lange und die Anerkennungsquoten sind niedrig. Dann gab es, auch auf unsere Intervention hin, Ausführungsbestimmungen. Wenn also ein Soldat in der Ukraine im Einsatz war oder auf dem Weg dorthin, und er kann nachweisen, dass er dann desertiert ist, und wenn keine Sicherheitsbedenken bestehen, dann kann es sein, dass er tatsächlich Asyl bekommt. Aber wie soll er herkommen? Etwa 100 gelang es bisher, aber Asyl hat noch keiner bekommen. Mao Tse-tung hätte gegrinst und „Papiertiger“ gesagt. Echte Deserteure gibt es in der Tat nur ganz wenige.

Die meisten, die nicht in den Krieg ziehen wollen, sind so klug, nicht auf Demos zu gehen, sich nicht auf Sozialen Netzwerken zu äußern, denn das führt unweigerlich zur Festnahme und zur Rekrutierung und mit der legalen Ausreise ist es dann auch vorbei. Sie sind aber ganz viele – und die sind ausdrücklich von der Schutzzusage ausgeschlossen.

Wir müssen uns seit September mit einer Kampagne auseinandersetzen, die von dem ukrainischen Präsidenten Selenskij ausgeht, der die EU dazu aufrief, keine russischen Deserteure aufzunehmen. Ihm sekundieren die Botschafter. Erst Melnyk: Das wäre eine „katastrophale Entscheidung... nur weil sie ...keinen Bock auf ihre eigene Ruhestätte in der Ukraine haben.“ Und auch der neue, Makejew: Sie wollten sich bloß „vor dem Militärdienst drücken“ und „nur nicht im Krieg sterben.“

Parlamentarische und außerparlamentarische Initiativen

Entsprechend waren die Positionen im Bundestag auf einen Antrag der Linken auf Öffnung der Grenzen, Aufnahme und Schutz russischer Militärdienstverweigerer. Aus der Debatte kann man die Positionen der einzelnen Parteien ersehen. Nehmen wir zuerst die Regierenden: SPD: Das wäre für die hier lebenden „Ukrainer nur schwer nachvollziehbar“ und: man will „keinen nationalen Alleingang“. Grüne: Äußern sich als einzige Partei positiv, „damit Putin diesen Krieg noch schneller verliert.“ FDP: Will auf gar keinen Fall eine „regelrechte Einladung“ oder eine „vereinfachtes Verfahren“. CDU/CSU: Will keine „überstürzte massenhafte Aufnahme“, das wäre „grob fahrlässig“, denn „nicht jeder Verweigerer ist auch ein Regimekritiker“. Man befürchtet unter ihnen Spione. Zudem setze Putin „bewusst Migrationsströme“ ein. Und schließlich AfD: „Schnapsidee“, das greife in das russische Wehrsystem ein, sei ein „Sabotageaufruf“. Es könnten Männer aus Tschetschenien, Dagestan und Burjatien kommen, aus „zwielfichtigen Gegenden“. Da war nichts zu machen, alle stimmten dagegen. Eigene Anträge gibt es nicht.

Und wie ist die Situation auf der EU-Ebene?

Am 6. April 2022 hat der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, folgendes erklärt: „Ich habe eine Botschaft für die russischen Soldaten auf dem Schlachtfeld. Wenn Sie sich nicht an der Tötung Ihrer ukrainischen Brüder und Schwestern beteiligen wollen, wenn Sie keine Verbrecher sein wollen, lassen Sie die Waffen fallen, hören Sie auf zu kämpfen, verlassen Sie das Schlachtfeld.“ Richtig, möchte man sagen. Aber was folgte daraus? Nichts. Die EU drückt sich bis heute um eine Schutzzusage. Besonders schäbig, wie ich meine, verhält sich die EU, die so viel auf die Einhaltung der Menschenrechte (bei anderen) pocht. Sie hat im September beschlossen, dass Russen grundsätzlich die Einreise verwehrt werden soll. Die Grenzen zu den Baltischen Staaten und Finnland wurden geschlossen. Deswegen hat Connection e.V. mit anderen Organisationen aus 20 Ländern einen Appell an das Europäische Parlament gerichtet, um so eine hoffentlich bessere Beschlusslage als in Deutschland herbeizuführen. Eine europaweite Unterschriftensammlung dient zur Unterstützung. Bitte tragt euch in die Listen ein!

Was tun wir? Connection e.V., vor 30 Jahren gegründet, ist inzwischen ein gar nicht mehr so kleiner Verein mit etwa 200 Mitgliedern und 14 Aktiven. Neben unserem Geschäftsführer haben wir gerade eine Frau eingestellt, die sich um unsere Präsenz in den Sozialen Medien kümmert. Sie ist in der Ukraine geboren und spricht auch Russisch. Unter den Aktiven ist ein türkisch/kurdischer Kriegsdienstverweigerer, der in Deutschland Asyl erhalten hat und eine pensionierte Anwältin, die den Schwerpunkt Asyl hatte. Wir geben alle zwei Monate einen Rundbrief „Kriegsdienstverweigerung im Krieg“ heraus, in dem wir über aktuelle Entwicklungen berichten. Durch enorm viele Spenden, die wir für unsere Arbeit bekommen haben, allein 40.000 € von Pro Asyl, können wir die russische Bewegung für Kriegsdienstverweigerung und die Ukrainische Pazifistische Bewegung unterstützen und konnten bislang Beratungs- und Hilfsprojekte in Finnland, Lettland, Litauen und Georgien aufbauen.

Wir haben auch eine Hotline eingerichtet, wo Schutzsuchende Erstinformationen zu all dem hier Angesprochenen bekommen können – und zwar auf Russisch, Englisch und Deutsch. Die Nummer der Hotline wird auch über die Sozialen Medien verbreitet.

Wir haben, mit Pro Asyl zusammen, seit der Teilmo-bilmachung in Russland wohl in etwa 1.000 Anfragen bekommen. 80% davon kommen aus Deutschland, wo sich russische Leute aber auch Deutsche um Bekannte bemühen, die sich noch in Russland befinden oder irgendwo gestrandet sind. Aber es kommen auch viele Anfragen aus anderen Ländern, wo man sich unsicher



Erich Mühsam und sein Lied „Kriegslied. Quelle: punknotwar.blackblogs.org.

fühlt, keine Unterstützung bekommt, und gerne weiterreisen möchte. Und dann haben wir derzeit natürlich noch jede Menge Medienanfragen, beileibe nicht nur aus Deutschland.

Fazit

In Russland wie auch in der Ukraine gilt die Parole „Sieg im Krieg“, denn das ist es was die Bevölkerung bei der Stange hält.

Ob es uns gefällt oder nicht: Wenn es Krieg gibt, gibt es auf jeder Seite auch jede Menge Freiwillige, die sich aufgerufen fühlen, da mitzutun. Andererseits vertraut keine Seite darauf, dass sie ausreichen. Dafür hat man die Wehrpflicht bis hin zur Generalmobilmachung und die Zwangsrekrutierung. Die Kriegsherren wissen genau, dass der Mensch seine Meinung ändern kann. „Zuckerbrot und Peitsche“. Zuckerbrot: Geld, viel Geld, Ehre, Orden ... Fahne am Grab ... – und Peitsche: legale Maßnahmen nach dem Wehrstrafgesetz, verschärft im Kriegsfall, aber auch in der Praxis jede Menge illegale, wie angeführt.

Krieg ist ein Verbrechen – und jeder Krieg ist mit Kriegsverbrechen verbunden. Klar, man soll sich über Kriegsverbrechen aufregen, aber wer gleichzeitig dem Krieg das Wort redet, ist für mich unglaubwürdig.

Von Rechts wegen dürfen sich Soldaten an einem

Angriffskrieg nicht beteiligen – und für die Begehung von Kriegsverbrechen kann jeder Soldat persönlich haftbar gemacht werden.

Kriegsdienstverweigerung und Desertion sind ein Akt der Selbstbestimmung und Humanität. Sie stehen für die „Ehrfurcht vor dem Leben“ (Albert Schweitzer), des eigenen, aber auch des Mitmenschen, sie sind Sand im Getriebe des Krieges.

Wie heißt es doch in den Bremer Stadtmusikanten: „Etwas Besseres als den Tod, finden wir überall...“ So liegt denn unsere Hoffnung auf ein baldiges Ende des Krieges auch in all jenen, die dem „Fleischwolf“ entkommen. Kriegsdienstverweigerer und Deserteure brauchen Asyl!

Soziale Verteidigung als Alternative zu militärischen Optionen

von Victoria Kropp

Im Zusammenhang mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine werden hierzulande Waffenlieferungen und Ausbildung an der Waffe oft als einzig gangbare Option zur Unterstützung der Ukraine gesehen. Dabei wird übersehen, dass diese Waffenlieferungen letztlich dazu beitragen, den Krieg zu verlängern und die Zahl der Verletzten und Toten zu erhöhen. Eine andere, oft vergessene Alternative ist die Soziale Verteidigung, bei der sich eine Gesellschaft gegen gewaltsame Angriffe verteidigt, ohne selbst Gewalt anzuwenden.

Soziale Verteidigung – Was ist das?

Soziale Verteidigung ist eine besondere Form des zivilen Widerstands. Eine Gesellschaft verteidigt gewaltfrei ihre (zivilen) Institutionen, ihre Identität und ihre Lebensweise gegen einen gewaltsamen Angriff. Dies kann z.B. der Fall sein, wenn ein Land von außen militärisch angegriffen wird oder wenn Gruppen innerhalb eines Landes mit illegalen Mitteln, z.B. einem Putsch, versuchen, die Macht an sich zu reißen. Dabei geht es nicht in erster Linie um die Verteidigung von Staatsgrenzen, sondern um den Schutz des Landes vor großflächiger Zerstörung durch den Verzicht auf gewaltsamen Widerstand. Es ist wichtig zu beachten, dass jeder Konflikt anders ist und es daher keine Methoden gibt, die auf alle Kontexte anwendbar sind.

Es gibt verschiedene Argumente und Überlegungen, die für den Einsatz der Sozialen Verteidigung sprechen. Es ist bekannt, dass Gewalt zu mehr Gewalt führt (Gewaltspirale). Darüber hinaus stärkt Soziale Verteidigung den Ansatz, dass die Macht vom Volk ausgeht und konzentriert sich auf die Frage, was wir schützen wollen und wie wir es schützen wollen. Wenn wir uns diese Frage stellen, kommen wir zum Schluss, dass uns intakte Städte, eine funktionierende Infrastruktur und der Erhalt von Flora und Fauna einschließlich der Landwirtschaft wichtig sind. Elemente, die nicht durch militärische Verteidigung geschützt werden können. Das Besondere an der Sozialen Verteidigung ist der

Verzicht auf eine gewaltsame Reaktion auf Gewalt. Sie ist damit ein dritter Weg zwischen gewaltsamer militärischer Verteidigung und Kapitulation.¹

Gewaltfrei zu handeln, bedeutet nicht, vor Gewalt geschützt zu sein. Denn wie alle Formen des Kampfes ist auch gewaltfreies Handeln mit Risiken verbunden – manchmal mit schwerwiegenden Risiken. Gewaltfreie Bewegungen ziehen im Allgemeinen weniger tödliche Repressionen nach sich als bewaffnete Bewegungen. Dennoch wird Widerstand fast immer Sanktionen nach sich ziehen. Gewaltlose Aktivist*innen müssen also damit rechnen, dass sie unterdrückt werden, wenn ihre Bewegung eine Bedrohung für die andere Seite darstellt. Im Laufe der Zeit haben Demonstrant*innen verschiedene Strategien entwickelt, Unterstützer*innenkreise aufgebaut und gelernt, effektiv mit den Medien zusammenzuarbeiten. Doch auch Regierungen und Aktivist*innen der Gegenbewegung haben eine steile Lernkurve durchlaufen und sind zunehmend geschickter darin geworden, soziale Bewegungen zu behindern und zu unterdrücken.²

Methoden und Strategien

Im Falle eines Putsches oder eines militärischen Angriffs verteidigt sich die Bevölkerung ohne Waffengewalt und versucht, die politischen und wirtschaftlichen Kosten des Aggressors so hochzutreiben, dass sie einen möglichen Nutzen übersteigen. Zu diesen Methoden gehören unter anderem Demonstrationen, Solidaritätsbekundungen wie Aufkleber oder Fahnen, mit denen die Verteidiger*innen den eigenen Zusammenhalt stärken. Beispiele hierfür sind das Aufhängen weißer Tücher während des Zweiten Golfkrieges oder das Tragen von Buttons und das Schwenken von Fahnen bei Protestmärschen.

Ein anderes Beispiel sind Generalstreiks, die aber oft nur kurzfristig durchzuhalten sind. Langfristig ist es sinnvoll, in den Strukturen zu arbeiten, die verteidigt werden sollen. Theodor Ebert hat dafür den

Begriff der „dynamischen Weiterarbeit ohne Kollaboration“ geprägt. Damit ist gemeint, dass Menschen an ihrem Arbeitsplatz bleiben, aber die Anweisungen von Besatzer*innen verweigern.³ Weitere mögliche Methoden sind die Sabotage von Industrieanlagen oder Verkehrswegen, sofern keine Menschenleben gefährdet werden, und Menschenblockaden gegen Sicherheitskräfte. Dies sind die risikoreichsten Methoden der Sozialen Verteidigung, weil es keine Garantie gibt, dass die Aktivist*innen unversehrt bleiben. Die Erfahrungen sind sehr unterschiedlich. Während 1989 auf dem Tian’anmen-Platz in Peking Panzer über Studierende rollten, stoppten Protestierende 1987 in Manila Panzer und trugen zur Abdankung des Diktators Marcos bei.⁴ Soziale Medien werden heute auch genutzt, um anderen Menschen (auch auf der gegnerischen Seite) die Ereignisse aus der eigenen Perspektive darzustellen und sie zur Solidarisierung mit dem Widerstand zu bewegen.⁵

Im Gegensatz zum militärischen Widerstand kann sich praktisch jede*r am gewaltfreien Widerstand beteiligen, da keine spezielle Ausbildung oder körperliche Fitness erforderlich ist. Außerdem können Taktiken leichter geändert und angepasst werden. Es ist auch möglich, den Widerstand vorübergehend einzustellen und zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufzunehmen. Voraussetzungen und Bedingungen für eine erfolgreiche Soziale Verteidigung sind die Einbeziehung möglichst vieler unterschiedlicher Menschen, der konsequente Verzicht auf Gewalt und die Fähigkeit, die Reihen der Gegner*innen zu spalten.⁶

Ein Blick auf die Forschung

Die theoretischen Argumente für gewaltfreien Widerstand werden auch von der Forschung gestützt. Erica Chenoweth und Maria Stephan veröffentlichten im Jahr 2011 das Buch „Warum ziviler Widerstand funktioniert: Die strategische Logik des gewaltlosen Konflikts“. Darin untersuchten sie 323 gewaltsame und gewaltlose Aufstände zwischen 1990 und 2006 – darunter auch solche gegen repressive Regime und militärische Besatzungen. Die Autor*innen räumen mit der weit verbreiteten Überzeugung auf, dass es zum Rückgriff auf Gewalt in bestimmten Situationen kein anderes erfolgversprechendes Mittel gäbe. Das Argument, dass die Anwendung von Gewalt der einzig effektive Weg sei, um Zugeständnisse von einem repressiven Gegner zu erlangen, sei nicht belegbar und gewaltfreier Widerstand strategisch im Vorteil.⁷ Gewaltfreier Widerstand habe eine fast doppelt so hohe Wahrscheinlichkeit, teilweise oder vollständig erfolgreich zu sein, wie gewaltsamer Widerstand. Dies gelte auch dann, wenn sich Menschen gewaltfrei gegen ein repressives Regime zur Wehr setzten.⁸

Im Jahr 2021 führte Erica Chenoweth eine zweite Studie durch, in der sie die Fallzahl von 323 auf 627 erhöhte und den Zeitraum von 1900 bis 2019 ausweitete. Das Ergebnis: Zwar sank die Erfolgsquote gewaltfreien Widerstands über den gesamten Zeitraum auf 50 Prozent, zwischen 2010 und 2019 waren nur noch 34 Prozent aller gewaltfreien Widerstände erfolgreich. Gleichzeitig vergrößerte sich jedoch der Abstand zu militärischen Mitteln, die in diesem Zeitraum nur zu rund 9 Prozent erfolgreich waren. Chenoweth kommt zu dem Schluss, dass bewaffnete Auseinandersetzungen immer seltener erfolgreich sind. Ein Abwärtstrend, der seit den 1970er Jahren eingesetzt habe.⁹ Auf der Grundlage der Daten kommt sie zum Schluss, dass erfolgreicher gewaltfreier Widerstand um ein Vielfaches wahrscheinlicher zu Demokratie und zivilem Frieden führt, während gewaltsamer Widerstand Demokratie verhindert und gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit eines erneuten Bürgerkriegs erhöht.¹⁰

Erfolgreiche vergangene Beispiele

Die sogenannten „Unterdrückungsjahre“ zwischen 1899 und 1905 lösten in Finnland, das damals eine autonome Region Russlands war, verschiedene Formen des „passiven“ Widerstands aus. Der Widerstand war gewaltfrei und basierte auf den Prinzipien „nicht gehorchen, nicht anerkennen, nicht kooperieren“. Aus Protest gegen die sogenannte Russifizierungspolitik des Zaren Nikolaus II. führten viele Beamt*innen die Befehle des russischen Generalgouverneurs nicht aus. Junge Männer boykottierten die Musterung, russische Post wurde nicht zugestellt und die Polizei duldete Demonstrationen gegen die neuen Gesetze des Zaren. Die Frauen trugen schwarze Kleidung und die Schüler*innen blau-weiße. Der passive Widerstand trug seinen Teil dazu bei, dass in den Jahren 1905 bis 1907 nach einer umfassenden Wahlrechtsreform alle Bürger*innen Finnlands wählen durften und die verhängten Maßnahmen des Zaren zurückgenommen wurden.¹¹

Ein weiteres Beispiel ist der Generalstreik während des Kapp-Putsches in Deutschland 1920, der zum Ziel hatte, den Gründer der Vaterlandspartei, Wolfgang Kapp, an die Macht zu bringen. Auslöser war die Absicht der Regierung, im Zuge des Versailler Vertrags die Wehrmacht drastisch zu verkleinern und die von ehemaligen Soldaten organisierten Freikorps aufzulösen. Ein wesentlicher Grund für das Scheitern des Putsches war die Lähmung des öffentlichen Lebens durch den Generalstreik, der auch vom Deutschen Beamtenbund unterstützt wurde.¹²

Der Ruhrkampf 1923 war eine vorwiegend mit zivilen Mitteln geführte Protestaktion im Ruhrgebiet, als französische und belgische Truppen 1923 das Gebiet

besetzten, um Reparationen in Form von Kohle und Stahl einzutreiben, nachdem Deutschland seinen im Versailler Vertrag eingegangenen Zahlungsverpflichtungen nicht nachgekommen war. Die Reichsregierung rief die Bevölkerung zum passiven Widerstand (Streik) auf. Der Widerstand wurde nach knapp neun Monaten abgebrochen; es folgten Verhandlungen, die zum Rückzug Frankreichs und Belgiens führten.¹³

Zwei weitere bekannte Beispiele sind die Widerstandsbewegungen in Dänemark und Norwegen während des Zweiten Weltkriegs: Bürger*innen in Dänemark verhalfen Jüd*innen, die in Konzentrationslager deportiert werden sollten, zur Flucht nach Schweden und retteten damit einem Großteil der jüdischen Bevölkerung Dänemarks das Leben.¹⁴ In Norwegen weigerten sich die Lehrer*innen, der von der mit den Nazis kollaborierenden Regierung Quisling angeordneten „Nazifizierung“ der Schulen Folge zu leisten. Viele Lehrer*innen wurden vorübergehend verhaftet, aber wieder freigelassen.¹⁵

Ein vorsichtiger Demokratisierungsversuch im so genannten „Prager Frühling“ 1968 endete am 21. August 1968 mit dem Einmarsch von Truppen anderer Warschauer-Pakt-Staaten. Die Regierung unter Alexander Dubček verzichtete auf militärischen Widerstand und die Bevölkerung der Tschechoslowakei wehrte sich mit verschiedenen Aktionen des zivilen Widerstandes gegen die Truppen. Obwohl es vereinzelt zu Gewalta-

ten kam, gelten die rund fünf Tage des Widerstands als Beispiel für spontanen gewaltfreien Widerstand.¹⁶

In anderen Fällen, in denen autoritäre Regime gewaltfrei gestürzt wurden, kamen unterschiedliche Methoden zum Einsatz, etwa bei der Befreiung Sambias von der britischen Herrschaft 1961-63, beim Sturz Marcos‘ auf den Philippinen 1986 oder bei den Aufständen in Osteuropa einschließlich der DDR, die das Ende des Warschauer Pakts und der Sowjetunion besiegelten.¹⁷

Beispiele des zivilen Widerstands in der Ukraine

In der Ukraine gibt es verschiedene Beispiele für gewaltfreien Widerstands.¹⁸ Dazu gehören Protestmärsche und Demonstrationen innerhalb und außerhalb der angegriffenen Städte, Straßenblockaden, um Panzern und anderen Fahrzeugen den Zugang zu Städten und wichtiger Infrastruktur zu verwehren, das Entfernen von Straßenschildern,¹⁹ direkte verbale Konfrontationen mit russischen Soldat*innen²⁰ und die Beschlagnehmung russischer Militärfahrzeuge. Ein solcher Widerstand kann den Vormarsch der Truppen verzögern und sie desorientieren, logistische Hindernisse schaffen und die Moral schwächen. Die Verzögerung gibt der Zivilbevölkerung Zeit, zu fliehen oder humanitäre Hilfe zu koordinieren.²¹ Eine Besonderheit der Ukraine sind die biografischen und familiären Verbindungen zwi-



Was redet ihr da von
Menschrechtsverletzung
Terrorismus, Völkermord?

Eure Bomben bringen ständig
Tausenden den Tod

Und dass ihr damit
den Menschen helfen wollt
Das glaubt nur ein Idiot

schen der Ukraine und Russland. Diese Gemeinsamkeiten haben dazu beigetragen, die Dämonisierung der Ukraine durch die russische Propaganda teilweise zu unterlaufen. Zudem sprechen viele Ukrainer*innen Russisch, weshalb sie die russischen Soldat*innen auch direkt ansprechen konnten.²²

Ein weiteres Beispiel ist die Wehrdienstverweigerung in Russland. Auch wenn die genaue Zahl der Kriegsdienstverweigerer nicht bekannt ist, stellt der Mangel an Truppen eines der größten Hindernisse für Russland in der Ukraine dar.²³

Natürlich kann und darf niemand den Menschen in der Ukraine vorschreiben, wie sie sich zu verteidigen haben. Gleichzeitig gibt es aber auch keine Pflicht zur militärischen Unterstützung, zumal es Alternativen zum Griff zur Waffe gibt. Alle, die sich jetzt für Waffenlieferungen an die Ukraine aussprechen, damit andere den bewaffneten Kampf gegen Russland aufnehmen, sollten die Folgen ihres Handelns bedenken, zumal Krieg in einer solchen Situation nicht das letzte, sondern das schlechteste Mittel der Selbstverteidigung ist.

Als Ausblick lässt sich sagen, dass Soziale Verteidigung, wie andere Formen des gewaltfreien Widerstands auch, immer unter dem Vorbehalt des „Unrealistischen“ steht. Zudem herrscht in weiten Teilen von Politik und Gesellschaft die Überzeugung vor, dass nur Gewalt gegen Gewalt helfe. Deshalb macht es wenig Sinn, Soziale Verteidigung isoliert als Alternative zu propagieren. Stattdessen muss Soziale Verteidigung in ein umfassenderes Werte- und Handlungskonzept eingebettet sein. Nur wenn die Gesellschaft davon überzeugt ist, ihre eigene Lebenswelt ohne Waffen und mit minimaler Zerstörung der Lebensgrundlagen verteidigen zu können, kann Soziale Verteidigung erfolgreich sein. Denn Soziale Verteidigung kann nicht „verordnet“ werden in dem Sinne, dass die Bevölkerung einfach zivile Widerstandsformen trainiert.

Anmerkungen

- 1 Schweitzer, Christine: Soziale Verteidigung und Gewaltfreier Aufstand Reloaded. Neue Einblicke in zivilen Widerstand, Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 41, Minden, Bund für soziale Verteidigung, 2015.
- 2 Chenoweth, Erica: Trends in Nonviolent Resistance and State Response: Is Violence towards Civilian-Based Movements on the Rise, Global Responsibility to Protect, 9(1), 2017, S. 86-100.
- 3 Ebert, Theodor: Dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration. Graswurzel Revolution 56, 1981, S. 28-30.
- 4 Bund für soziale Verteidigung: Schnee von gestern oder Vision für morgen? Neue Wege Sozialer Verteidigung, Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 58, Minden, Bund für soziale Verteidigung, 2018.
- 5 Nepstad, Sharon Erickson: Nonviolent Revolutions: Civil Resistance in the Late 20th Century. Oxford, UK: Oxford University Press, 2011.
- 6 Ebert, Theodor, Soziale Verteidigung. Bd. 1: Historische Erfahrungen und Grundzüge der Strategie. Waldkirch, Waldkircher Verlag, 1981; Ebert, Theodor, Soziale Verteidigung, Bd 2: Formen und Bedingungen des Zivilen Widerstands, Waldkirch, Waldkircher Verlag, 1981.
- 7 Chenoweth, Erica/Stephan, Maria J.: Why Civil Resistance Works: The Strategic Logic of Nonviolent Conflict, New York, Columbia University Press, 2011, S. 226.
- 8 Chenoweth/Stephan 2011, S. 220.
- 9 Chenoweth, Erica: Civil Resistance: What Everyone Needs to Know, New York, Oxford University Press, 2021, S. 227.
- 10 Chenoweth/Stephan 2011, S. 218.
- 11 Arajärvi, Outi: Nicht gehorchen, nicht anerkennen, nicht zusammenarbeiten. „Passiver Widerstand“ in Finnland Anfang des 20. Jh., Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 78, Minden, Bund für soziale Verteidigung.
- 12 Ebert, Theodor: Soziale Verteidigung – eine Alternative zur „Vorwärtsverteidigung“? Forschungsbericht, Köln, Gewerkschaftliche Monatshefte, 1967, S. 75-88.
- 13 Müller, Barbara: Passiver Widerstand im Ruhrkampf: eine Fallstudie zur gewaltlosen zwischenstaatlichen Konfliktaustragung und ihren Erfolgsbedingungen, Münster, Lit Verlag, 1995.
- 14 Bath, Matthias: Danebrog gegen Hakenkreuz: Der Widerstand in Dänemark 1940–1945, Neumünster, Wachholtz Verlag, 2011.
- 15 Ueberschär, Gerd: Handbuch zum Widerstand gegen Nationalsozialismus und Faschismus in Europa 1933/39 bis 1945, Berlin, New York, K. G. Saur, 2011.
- 16 Bund für soziale Verteidigung 2018, S. 30.
- 17 Bund für soziale Verteidigung 2018, S. 31-38.
- 18 Daza, Felip: Ukrainian Nonviolent Civil Resistance in the face of war: Analysis of trends, impacts and challenges of nonviolent action in Ukraine between February and June 2022, Barcelona, ICIP & Novact, 2022.
- 19 Doubek, James: Ukrainians are removing and altering road signs to confuse and insult Russian forces, NPR, 1.5.2022.
- 20 Dreisbach, Sofia: Ziviler Widerstand in Ukraine: „Verpisst Euch! Geht nach Hause!“, FAZ Net, 7. 3.2022.
- 21 Chenoweth, Erica: People around the world are protesting the Russian invasion. Will their protests work? The Washington Post, 14.3.2022.
- 22 The Cube: ‘Shoot, we are unarmed’: Verified videos show Ukrainians confronting Russian soldiers, euro-news, 2.3.2022.
- 23 Sauer, Pjotr: ‘They were furious’: the Russian soldiers refusing to fight in Ukraine, The Guardian, 12.5.2022.

Konturen alternativer Sicherheitsarchitekturen in Europa

von René Jokisch

Schon länger wird eine alternative Sicherheitsarchitektur gefordert und das Versagen bisheriger Strukturen wurde in den vergangenen Kriegsmonaten bewusster denn je. Dennoch ist erstaunlich unklar, was darunter genau zu verstehen ist. Ohne mit einem vollständig ausgereiften Konzept glänzen zu können, soll der nachfolgende Artikel Elemente und Konturen einer solchen Sicherheitsarchitektur skizzieren.

Grundlagen und Grundfragen für die Debatte

Sicherheit soll mehr sein als Abwesenheit von Krieg, mehr als die Zeit der Vorbereitung auf den nächsten Krieg. Sicherheit ist nur Sicherheit auf Dauer und soll hier auf den Aspekt der gewaltsamen Durchsetzung des eigenen gegen einen anderen Willen konzentriert werden. Für die staatliche Perspektive spielt die Sicherheit des eigenen politischen Regimes eine grundlegende Rolle. Die Akzeptanz des staatlichen Anderen macht eine dauerhafte friedliche Koexistenz erst möglich.

Im Begriff der Sicherheitsarchitektur schwingen interessante Bedeutungen mit: Im klassischen Verständnis sind drei Aspekte zentral: Die Stabilität, die Nützlichkeit und die Schönheit der Architektur. Im modernen Verständnis ist das planvolle Entwerfen und Konstruieren der zentrale Inhalt der Architektur, bei der es um die Auseinandersetzung mit dem vom Menschen geschaffenen Raum und die Wechselbeziehungen zwischen Mensch, Raum und Zeit geht.

Dieses moderne Verständnis trifft die dynamische Entwicklung in der geopolitischen Welt: Keine internationale Institution ist naturgegeben, sondern konkrete Menschen und Staaten haben in historischen Prozessen gezielt Entwicklungen befördert und an historischen Momenten mit Entscheidungen Machtverhältnisse in Architektur gegossen.

Während die Frage des Nutzens der Sicherheitsarchitektur offensichtlich erkenntnisleitend ist, scheint mir die Annahme von Stabilität problematisch. Poli-

tische Institutionen sind grundsätzlich vergänglich, müssen sich reproduzieren, an Veränderungen anpassen und einem politischen Nutzen-Kalkül der staatlich-politischen Akteure gerecht werden. Der Topos der europäischen Sicherheitsarchitektur führt in die Irre, wenn er eine stabile und wohlgeordnete institutionelle Ordnung suggeriert. Stattdessen könnte man ebenso von einer permanenten Baustelle ausgehen oder retrospektiv von einer gescheiterten Konstruktion, die auf Sand gebaut war.

An die Kategorie der Schönheit von Architekturen lässt sich allerdings anknüpfen: Inwiefern erwarten wir unbewusst eine Ordnung, die sich vor allem auf schriftlich fixierte Verträge stützt? Wie empfinden wir eine Ordnung auf der Basis der gegenseitigen Androhung von Gewalt? Wie „schön“ erscheinen uns internationale und rechtsprechende Institutionen? Und wie halten wir es mit eher „sozialen Verträgen“, die auf persönlichem Vertrauen basieren oder auf tiefergehenden grundsätzlichen Veränderungen der gegenseitigen Wahrnehmung, die die gesamte Gesellschaft betreffen?

Der deutsch-französische Aussöhnungsprozess hat die Erbfeindschaft aufgehoben und verdeutlicht, welche Rolle das Vertrauen zwischen Regierungschefs, Institutionen und der Bevölkerung spielen kann. Dazu brauchte es mehr als ein paar Seiten des Elysée-Vertrags von 1963, dessen Nutzen zudem hart umstritten war: Die Sowjetunion protestierte, da sie eine Bedrohung des Warschauer Paktes fürchtete. Andererseits war das deutsche Verhältnis zu den USA durch den Vertrag bedroht: Der Deutsche Bundestag stellte dem Vertrag daher eine transatlantische Präambel vor und düpierte den französischen Präsidenten, der eine stärkere europäische Eigenständigkeit anstrebte. Die Frage europäischer Eigenständigkeit und Sicherheit auf Kosten anderer Staaten steht unverändert auf der Tagesordnung. Im Sinne der Intentionalität von Architektur stellt sich auch die Frage, an welcher Stelle ein vergleichbar tiefer Aussöhnungsprozess wie mit Frankreich auch mit Russland möglich gewesen wäre und möglich ist.

Entwicklungen der europäischen Sicherheitsarchitektur

Die europäische Sicherheitsarchitektur ist von drei Konfigurationen geprägt. Erstens setzen die Vereinten Nationen, als kollektives Sicherheitssystem, einen völkerrechtlichen Ordnungsrahmen: Gewalt ist verboten und jeder Staat wird grundsätzlich kollektiv durch das System vor der möglichen Gewaltanwendung anderer Staaten geschützt. Angriffskriege sind damit nicht ausgeschlossen, bleiben aber als Bruch des Völkerrechts erkennbar. Neben dem Selbstverteidigungsrecht gibt ausschließlich der Sicherheitsrat die rechtliche Kompetenz für den Einsatz von Waffengewalt zur Beendigung unrechtmäßiger Gewaltanwendung. Dabei haben sich die fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder das Vorecht herausgenommen, alle entsprechenden Entscheidungen des Sicherheitsrates gegen ihre Kriege mit dem Veto zu verhindern.

Zweitens prägt die Konstellation von Militärbündnissen auf Grundlage militärischer Abschreckung die europäische Sicherheitsarchitektur. Im Gegensatz zur universalen Struktur aller Staaten haben diese partikularen Strukturen eine institutionelle Eigendynamik der militärisch-politischen Integration nach innen und nach außen. Sicherheit soll für die Mitglieder der Militärbündnisse durch gemeinsame Stärke über die Beistandsverpflichtung erreicht werden, die einen Angriff des Gegners abschrecken soll. Das führt zum Problem, dass jeder Gewinn an Sicherheit durch Aufrüstung gleichzeitig eine neue Bedrohung für die Gegenseite darstellt, auf die mit eigener Aufrüstung reagiert werden kann. Militärbündnisse tendieren aufgrund der gegensätzlichen Sicherheitsinteressen zu Rüstungsspiralen und wachsenden Eskalationsgefahren.

Nach der Auflösung des Warschauer Paktes spielt die NATO in Europa mit der Osterweiterung eine entscheidende Rolle. Aber auch andere Bündnisse existieren: Neun Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes haben mit der OVKS ein Militärbündnis unter Führung Russlands gegründet. Auch die EU ist mit dem in Kraft treten des Vertrags von Lissabon 2009 zu einem Militärbündnis geworden, das auch Nicht-NATO-Mitglieder einschließt.

Als Drittes haben Foren der gemeinsamen Sicherheit nach Möglichkeiten der Entspannung, Vertrauensbildung, gegenseitigen Anerkennung, zur Abrüstung und einer gemeinsamen langfristigen Entwicklung in Europa gesucht. Mit dem KSZE-Prozess haben die verfeindeten Blöcke des Kalten Krieges und neutrale Staaten ab 1973 eine freiwillige und rechtlich unverbindliche Struktur erschaffen und sich in einer Absichtserklärung zur Unverletzlichkeit der Grenzen, friedlicher Streitregelung, Nichteinmischung in die

inneren Angelegenheiten, Wahrung der Menschenrechte und zur friedlichen Koexistenz bekannt.

Trotzdem gab es weitere Rüstungsspiralen: 1979 wurde mit dem NATO-Doppelbeschluss die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen eingeleitet, mit der Begründung neue Ausrüstung hätte die sowjetische Überlegenheit in Europa vergrößert. Gleichzeitig verlangte die NATO bilaterale Verhandlungen der Supermächte über die Begrenzung ihrer atomaren Mittelstreckenraketen.

Im Rahmen der KSZE wurde 1982 das Konzept gemeinsamer Sicherheit entwickelt: Beide Seiten brauchen Sicherheit, nicht vor dem Gegner, sondern mit dem Gegner. Eigene Sicherheit kann nicht auf Kosten der Sicherheit des Gegners erreicht werden. Sicherheit wird nur erreicht, wenn die Gewaltanwendung grundsätzlich ausgeschlossen wird, und kann nicht „errüstet“ und Bedrohungen können nicht „weggerüstet“ werden. Sicherheit auf Dauer ist nur durch vertraglich vereinbarte Abrüstung möglich.

Zwar kam es trotzdem zur „Nachrüstung“ der NATO, aber im Laufe der 80er Jahre gab es weitgehende Abrüstungsschritte, nachdem Michail Gorbatschow in seiner Amtseinführung 1985 erklärte, dass die Sowjetunion das Streben nach militärischer Überlegenheit aufgegeben habe. Beispielhaft wurde mit dem INF-Vertrag die ganze Gattung landgestützter Kurz- und Mittelstrecken-Atomwaffen vernichtet.

Von der Wendezeit zur Zeitenwende

Nach dem Fall der Mauer gab es 1990 große Hoffnung auf einen grundlegenden Fortschritt der europäischen Sicherheitsarchitektur: In der Charta von Paris proklamierten die europäischen Staaten zusammen mit den USA und Kanada, „eine neue Qualität in unseren Sicherheitsbeziehungen an(zu)streben. ...die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates ist untrennbar mit der aller anderen verbunden. Wir verpflichten uns daher ... bei der Förderung der Rüstungskontrolle und Abrüstung zusammenzuarbeiten.“ Leider muss man konstatieren, dass die Versprechen dieser Charta nicht umgesetzt wurden.

Ein Schiedsgerichtshof wurde nur von 34 Staaten ratifiziert, von den USA und dem Vereinigten Königreich nicht einmal unterzeichnet und daraufhin von Russland nicht ratifiziert. 1994 wurden russische Vorschläge für eine Entwicklung zu einem regionalen kollektiven Sicherheitssystem abgelehnt: Die OSZE (früher: KSZE) wurde 1995 lediglich dem Namen nach eine Organisation und blieb ohne völkerrechtliche Eigenständigkeit und von Freiwilligkeit und Einstimmigkeit bestimmt. Die OSZE stellte danach zwar einen Gesprächsrahmen und Instrumentenkasten zu Ver-

trauensbildung und Konfliktmanagement, enttäuschte aber die Erwartungen vom Anfang der 90er Jahre und befand sich in einem Erosionsprozess.

Der NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 und die später folgende Sezession des Kosovo waren Schlüsselmomente, da das Prinzip der territorialen Integrität verletzt wurde. Mit der 1999 beginnenden Osterweiterung der NATO wurden zwar keine Verträge, aber höchstwahrscheinlich doch persönlichen Versprechen gebrochen, die der russischen Seite 1990 und auch noch danach gemacht wurden. Das Prinzip, die eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten zu steigern, wurde aus russischer Sicht verletzt.

Die Entscheidung von 2008, Georgien und die Ukraine (trotz Bedenken von Deutschland und Frankreich) perspektivisch in die NATO aufzunehmen, wird vom ehemaligen Leiter der Münchener Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, als „Sündenfall“ charakterisiert. Russland begann danach seine militärisch gestützte Destabilisierung in Georgien mit der Abtrennung von Regionen, die eine Aufnahme ins Bündnis ausschließen sollte. Das OSZE-Prinzip der freien Bündniswahl wurde mit dem Scheitern des Ansatzes der gemeinsamen Sicherheit von Russland zunehmend in Frage gestellt.

Parallel wurde die Anpassung des Vertrags zur Begrenzung Konventioneller Streitkräfte (KSE) von den NATO-Staaten nicht ratifiziert, da als sachfremde Bedingung der Abzug der russischen Truppen aus Georgien sowie den Abzug der russischen Truppen aus Moldawien-Transnistrien gestellt wurde. Im Ergebnis setzte Präsident Putin 2007 den alten KSE-Vertrag außer Kraft, mit der Begründung, dass die neuen NATO-Staaten nicht erfasst waren und die USA neue militärischen Stützpunkte in Rumänien und Bulgarien sowie den US-Raketenschirm in Osteuropa ankündigten, mit dem Russland seine atomare Zweitschlagsfähigkeit unterminiert und das nukleare Gleichgewicht (des Schreckens) verletzt sieht.

Der Konflikt in der Ukraine seit 2014 verdeutlicht das Scheitern der OSZE: Für Russland waren die Instrumente der Förderung von Demokratie und Menschenrechten schon länger zu einem Kampfinstrument geworden, das mit Farbrevolutionen die politische Ausrichtung der Staaten an seinen Grenzen verändern und nicht zuletzt die Sicherheit des russischen Regimes selbst bedrohen würde. Der innerukrainische Konflikt wurde offensichtlich von US-amerikanischer, russischer und europäischer Seite intensiv beeinflusst: Die von Russland militärisch begleitete Sezession, die Aufnahme der Krim und die Unterstützung der „Volksrepubliken“ im Osten der Ukraine waren offensichtliche Verletzungen der OSZE-Prinzipien, aber auch der

maßgeblich von den USA unterstützte Putsch gegen den ukrainischen Präsidenten wurde mit Blick auf die Konsequenzen für die umstrittene tiefere Integration der Ukraine in die EU und die NATO als Verletzung der OSZE-Prinzipien gesehen. Letztlich scheiterte der von Deutschland, Frankreich, der Ukraine und Russland – wohlgemerkt ohne die USA – ausgehandelte Minsker Friedensprozess, bei dem die OSZE lediglich als Monitoring-Instrument benutzt wurde.

Konturen möglicher Alternativen zur Sicherheitsarchitektur

Ich will zur Frage der Architektur zurückkehren und auf die Wechselwirkungen der drei Ebenen der UN, der Militärbündnisse und der OSZE schauen. Die herrschende Meinung argumentiert, dass es ohne die Bedrohung der Militärbündnisse keine Bereitschaft zur Annäherung und ziviler Konfliktlösung geben würde. Die drei Elemente wären also ergänzende Komponenten, die als gemeinsame Säulen die stabile Architektur tragen würden.

Doch diese Perspektive scheint mir trügerisch, da die imperialistische Logik der Militärbündnisse die völkerrechtliche Ordnung und Grundlagen gemeinsamer Sicherheit untergräbt und zu Konflikten und Eskalationen führt. Die von Russland wahrgenommene Bedrohung durch die NATO-Osterweiterung kann keine Rechtfertigung für den völkerrechtswidrigen Ukraine-Krieg sein. Aber es ist ebenso offensichtlich, dass eine Integration Russlands in die kapitalistische Wirtschaft und in die NATO, zu der Russland und vor allem Putin bereit waren, vom Westen ausgeschlossen wurde. Vermeintliche Fortschritte dieser Integration, wie die NATO-Russland-Grundakte, wurden pointiert als simulativ-palliative Institutionen beschrieben, die den eigentlichen Konflikt nicht lösten. Der Versuch der osteuropäischen Staaten, Sicherheit vor Russland durch den NATO-Beitritt zu erreichen, hat zumindest für die Staaten, die noch nicht Mitglied geworden sind, die Sicherheit verringert, und man könnte auch argumentieren, dass mit der Osterweiterung erst die Spannungen entstanden sind, die die russische Bedrohung für diese Staaten begründet hat.

Die OSZE spielt im Ukrainekrieg praktisch keine von der NATO-Linie unabhängige Rolle: Zwar gibt es weiterhin direkten Kontakt zu Russland im ständigen sicherheitspolitischen Komitee in Wien, aber darüber hinaus gibt es keine Initiativen der OSZE in dieser fundamentalen Krise des europäischen Sicherheitssystems. Die Verhinderung der Teilnahme des russischen Vertreters am Außenministertreffen im Dezember 2022 in Polen und der angekündigte Boykott der Ukraine und anderer Staaten aufgrund der seit dem Krieg erstmalig



ChaosZ und ihr Lied „Krieg“. Quelle: punknotwar.blackblogs.org.

ermöglichten russische Teilnahme an der Sitzung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Wien im Februar 2023 verdeutlichen die grundlegende Krise der Institution.

Die EU hat mit dem im März 2022 verabschiedeten Strategischen Kompass nach dem Angriffskrieg keine Orientierung auf mögliche Institutionen gegeben, sondern setzt außenpolitisch auf bilaterale „maßgeschneiderte“ Beziehungen und Abkommen. Eine Strategie für eine Sicherheitsarchitektur, für Abrüstung oder gemeinsame Sicherheit gibt es nicht einmal in Ansätzen, vielmehr werden Russland und immer mehr auch China als Rivalen festgeschrieben.

Die Rolle der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) bleibt unklar: Ihr erstes Treffen von 43 Staaten demonstrierte Geschlossenheit gegenüber Russland. Mit dabei waren auch autoritäre und zuletzt völkerrechtswidrige Angriffskriege führende Staaten (Türkei und Aserbaidschan). In Macrons Konzept zur Zukunft Europas in drei konzentrischen Kreisen, die anstelle einer einheitlichen EU treten sollen, entspricht die EPG dem äußersten Kreis, in dem die Kooperation auch mit offen autoritären Ländern gemäß den europäischen Interessen gesucht werden soll, während im demokratischen (Macht-)Zentrum mit Deutschland und Frankreich eine vertiefte Integration, und im zweiten Kreis nur der gemeinsamen Binnenmarkt erhalten werden soll. Allerdings ist die Ausgestaltung der EPG noch unklar: Aus deutscher Sicht besteht ihre Innovation darin, dass keine Institution geschaffen wird, sondern die Staatschefs in verschiedenen Formaten frei über gemeinsame Anliegen sprechen können.

Das einzige konkrete Ergebnis des EPG-Treffens war eine EU-Beobachtungsmission an der Grenze Armeniens. Damit wurde die OSZE als Gesprächsrahmen und als Instrument für Monitoringmissionen geschwächt. Nebenbei hat der Angriff Aserbaidschans auch die Schwäche der OVKS offengelegt: Armenien forderte im September 2022 den militärischen Beistand nach Artikel 4, doch Russland lehnte die Ausrufung des Bündnisfalles ab.

Anders verhält es sich mit der Ukraine, die nicht zuletzt wohl deshalb in einen Territorialkonflikt gestürzt wurde, da der offene Konflikt eine NATO-Mitgliedschaft faktisch ausschließen sollte. Obwohl die Ukraine kein Mitglied ist, wird sie nicht nur rhetorisch von der NATO verteidigt, sondern in ihrem Recht zur Selbstverteidigung so massiv unterstützt, dass der Verteidigungskrieg von einem Stellvertreterkrieg zumindest überlagert wird.

Während vertragliche Bindung der „alten“ Institutionen in Frage stehen, stärken sich losere Foren, in denen über Sicherheitsfragen auch für Europa verhandelt wird: die G7, die nach dem Ausschluss Russlands als rein westliches Forum agiert, und die G20, in der die westlichen Staaten mit weiteren zentralen Akteuren wie China, Russland, Indien und Brasilien zusammenkommen. Beim letzten G20-Treffen wurde eine kritische gemeinsame Erklärung zum russischen Krieg angenommen, die festhielt, dass es andere Ansichten und unterschiedliche Einschätzungen der Situation und der Sanktionen gibt, dass die friedliche Beilegung von Konflikten sowie Diplomatie und Dialog unerlässlich sind und die G20 nicht das Forum für die Lösung von Sicherheitsfragen

sind. Damit bleibt aber völlig offen, wie die unerlässliche diplomatische Konfliktlösung erreicht werden kann.

Die Entwicklung der europäischen Sicherheitsarchitektur ist davon gekennzeichnet, dass Institutionen und vertragliche Regelungen zunehmend geschwächt und informale, persönliche Beziehungen von exekutiven Personen immer mehr die Prozesse und Entscheidungen dominieren. Damit verbunden ist die Tendenz zu wechselnden Akteurs-Konstellationen, Formaten und Ebenen, anstatt der Zusammenarbeit in konstanten politischen Gemeinschaften. Dabei wachsen die Bedeutung und der Einfluss nicht-europäischer Staaten, wie der USA und China, aber auch der Türkei. Die Krise von Institutionen wirkt auch im Inneren der Staaten und führt zur Stärkung autoritärer Tendenzen: Der Einfluss autoritären Regime wird auf allen Seiten stärker und von der EU auch innen (Ungarn, Polen, Italien) und außen (Trump, Türkei, ...) akzeptiert. Das verdeutlicht die Doppelmoral des Versuchs, die neue Konfrontation der USA mit Russland und mit China als Konflikt zwischen wertegeleiteter Demokratie versus bedrohlichem Autoritarismus zu framen.

Die EU steht selbst immer wieder vor grundlegenden Krisen. Mit dem Krieg hat sich das politische Gewicht zugunsten der osteuropäischen Staaten verschoben und neue Konflikte sind entstanden. Auch wenn die NATO momentan gestärkt scheint, ist die demonstrative Einigkeit prekär: So betonte Scholz im Bundestag, dass „jede Dissonanz, jede Spekulation über mögliche Interessenunterschiede... einzig und allein ... Putin und seiner Propaganda nutzt.“ Man muss sich daran erinnern, dass Macron die NATO noch 2019 als hirntot bezeichnet hatte. Die augenscheinlich unterschiedlichen sicherheitspolitischen und ökonomischen Interessen der USA und verschiedener Staaten in der EU sind offensichtlich gerade nicht öffentlich und demokratisch verhandelbar. Trotzdem gibt es leichte Hinweise auf die eigenen Interessen, die sich zum Beispiel beim Besuch des Bundeskanzlers in China andeuteten.

Nicht zuletzt zeigt sich, dass das Paradigma von militärischer und wirtschaftlicher Machtprojektion, Stärke und Rivalität wieder hegemonial wird, und die Orientierung auf Kooperation unter grundsätzlich Gleichberechtigten, auf Vertrauen und gemeinsame Sicherheit verloren zu gehen droht. Exemplarisch zeigt sich das am Konflikt zwischen den USA und China, der langfristig auf verschiedenen Ebenen ausgetragen wird und bei dem es seitens der USA keine Perspektive auf eine kooperative Lösung gibt. Auch die Bundesrepublik und die EU verstärken ihre Aufrüstungsbemühungen massiv.

Szenarien

In einem möglichen Szenario soll Sicherheit nur noch gegen den „Terrorstaat“-Russland erreicht werden und jede Kooperation auch nach einem möglichen Ende des Krieges abgebrochen werden: Das Paradigma gemeinsamer Sicherheit würde als historischer Fehler desavouiert und Aufrüstung und Abschreckung als einzige realistische Antwort präsentiert. Es wurden bereits der Ausschluss Russlands aus der OSZE und aus der UNO gefordert und damit alle Ebenen der Sicherheitsarchitektur in Frage gestellt bis auf die NATO. In diesem Szenario würden die weitgehenden Sanktionen der EU gegen Russland keinen diplomatischen Hebel zur Beendigung des Krieges, sondern Maßnahmen zur fundamentalen Änderung der wirtschaftlichen Beziehungen Europas auf Dauer darstellen. Eine Normalisierung der Beziehungen soll erst mit einem pro-westlichen Wechsel des russischen Regimes möglich werden, der allerdings nicht absehbar ist: Vielmehr könnten bei einem Sturz Putins konkurrierende, deutlich national-chauvinistischere Fraktionen im Kampf miteinander die staatliche Integrität Russlands in Frage stellen und ganz neue Sicherheitsrisiken nach innen und außen entstehen lassen. Die politische Bedrohung des russischen Regimes durch vom Westen geförderte Farbrevolutionen gehört neben der militärischen Bedrohung seit langem zur russischen Sicherheitsdoktrin und wird in diesem Szenario vom Westen bestätigt. In einem anderen Szenario soll über neue Formen des Zusammenlebens mit Russland nach dem Krieg nachgedacht werden und auf eine Verhandlungslösung hingewirkt werden. Putins Russland würde trotz deutlicher Kritik als faktische Macht in Europa anerkannt und zumindest ein Umgang mit ihr gesucht werden. Im Hintergrund stehen hier aus Europa Perspektiven auf eine wirtschaftliche Normalisierung der Beziehung, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Behauptung von souveränen europäischen geopolitischen Interessen im Unterschied zu den USA. Selbst wenn es gelänge, den Ukraine Konflikt einzufrieren, fehlt diesem Szenario aber jede Perspektive, wie eine Lösung des grundlegenden Konflikts zwischen Russland und der NATO erreicht werden soll: Wenn nur oberflächlich nach pragmatischen Lösungen gesucht wird, werden die von Russland bedrohten Staaten auf mehr Aufrüstung und Abschreckung durch die NATO setzen und Russlands Bedrohungswahrnehmung würde ebenfalls nicht abgebaut. Russland hatte vor dem Angriff ein Ultimatum an die NATO gestellt, auf das bezeichnenderweise ausschließlich die USA mit einem begrenzten Gegenangebot antwortete. Das Ultimatum selbst blieb aber in der Konfliktlogik und forderte letztlich eine Pufferzone, ohne eine Perspektive auf eine Lösung des Konflikts im Sinne gemeinsamer Sicherheit zu skizzieren.

Ausblicke für eine linke alternative Sicherheitsarchitektur

Auch wenn man die Frage der territorialen Integrität der Ukraine außen vor lässt, bleibt die Grundlage für einen dauerhaften Frieden zweifelhaft: Die ernsthafte Arbeit an einem Paradigma gemeinsamer Sicherheit kommt je nach Perspektive entweder viel zu spät oder viel zu früh: Mit dem Scheitern der Charta von Paris gibt es keine Grundlage auf der ein dauerhafter Frieden für Russland und die Ukraine glaubwürdig scheint. Andererseits braucht es erst einmal einen Frieden und weitere Schritte, um Vertrauen zwischen der Ukraine, der NATO und Russland zu entwickeln, auf dem eine Perspektive der gemeinsamen Sicherheit aufgebaut werden könnte. Dabei muss man NATO und OSZE nicht notwendig als sich gegenseitig ausschließend denken: In den 90er Jahren wollten Russland und auch die SPD die Militärbündnisse ablösen und ein vertragliches europäisches Sicherheitssystem schaffen, in dem die Militärbündnisse aufgehen. Denkbar wäre beispielsweise ein Frieden, bei dem Russland als Folge seines Angriffskrieges die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine akzeptieren müsste, aber glaubwürdig am Aufbau eines gemeinsamen (perspektivisch kollektiven) Sicherheitssystems und eine Überwindung der NATO arbeiten könnte, das auch die Interessen Russlands aufnimmt.

Bevor es um vertragliche Entwürfe dafür geht, die dies auch zwingend gewährleisten würden, braucht es erst einmal den Wandel in den Einstellungen der politischen Klasse und der persönlichen Beziehungen der Staatsvertreter:innen. Die Einstellungen der Bevölkerung der Staaten könnten sich in einer internationalen friedenspolitischen Bewegung verändern, um eine gemeinsame Sicherheits- und Entwicklungspers-

pektive in der Debatte zu stärken. Das grundlegende Konzept der gemeinsamen Sicherheit sollte als neues Fundament wieder in Erinnerung gebracht werden. Der globale Süden leidet massiv unter dem Konflikt in Europa und könnte in der Debatte eine große Rolle spielen. Umgekehrt wäre es im Großkonflikt zwischen den USA und China gerade Europa, das mit einer eigenständigen Politik eine deeskalierende Rolle spielen könnte. Dafür wären eine Analyse und öffentliche Debatte darüber nötig, wer Interesse an einer weiteren Aufrüstung der EU, an einer Eskalation und Blockbildung hat. Letztlich stehen wir auch vor der Frage, inwiefern eine rein europäische Abrüstungsinitiative erfolgversprechend sein kann. Zuletzt sind die USA 2019 aus dem INF-Vertrag ausgestiegen und der New-START-Vertrag läuft 2026 aus, wurde aber von Russland Ende Februar 2023 ohnehin ausgesetzt. Die Forderung nach einer gemeinsamen Erklärung, um den Erst-Einsatz von Atomwaffen auszuschließen, werden weder von der EU, den USA noch von Russland aufgenommen. Russland und vor allem die USA werden wohl zur nuklearen Abrüstung nur bereit sein, wenn auch China eingebunden ist. Vielleicht sollten wir mehr an den Grundsätzen einer wirklich feministischen Außenpolitik arbeiten, die den Fokus auf staatliche, zentral gelenkte Institutionen des Zwangs und der Stärke und der Fiktion von souveräner Allmacht überwindet. Statt Macht als Fähigkeit zur Durchsetzung des eigenen Willens (Max Weber), sollten wir sie als Fähigkeit zur kommunikativen Einigung auf gemeinsames Handeln (Hannah Arendt) verstehen. Statt einer Erklärung der Unabhängigkeit und Souveränität braucht es für Europa und die Welt ein Verständnis der gegenseitigen Abhängigkeit und gemeinsamen Lösung von Problemen, nicht nur der Sicherheit.



Trainings-Hub BRD

Ausbildung ukrainischer Soldat*innen vor unseren Haustüren

von Martin Kirsch

„Die Ukraine braucht jede Unterstützung und die Leopard-Panzer [...] können eine wichtige Rolle in dem Kampf der Ukrainer gegen den Aggressor Russland spielen. Und deswegen versteht am Ende jeder, dass das passieren muss“, diktierte der frisch gebakene Verteidigungsminister Boris Pistorius bei einem Truppenbesuch in Augustdorf am 1. Februar 2023 in die Mikrofone.¹ Eine Woche später reiste er nach Kiew. Neben der Ankündigung, die Ausfuhr von weit über 100 Kampfpanzern des älteren Typs Leopard 1 zu genehmigen, ging der Minister in seinem Statement in der ukrainischen Hauptstadt allerdings auf einen anderen Aspekt der deutschen Waffenhilfe ein.² Er berichtete von einem Treffen mit ukrainischen Panzerbesatzungen, die er bei einer Verabschiedungszeremonie in Kiew getroffen hatte. Er habe in „sehr, sehr ernste Gesichter gesehen. In Gesichter die geprägt sind von Erfahrungen an der Front und von der Sorge, was die Zukunft bringen mag.“ Gleichzeitig habe er aber auch „sehr entschlossene Gesichter gesehen“.³ Die Panzerbesatzungen machten sich im Anschluss an das Treffen mit Pistorius auf den Weg nach Deutschland, um dort ihre Ausbildung an den modernen Kampfpanzern des Typs Leopard 2 A6 zu beginnen.

Neben der direkten Waffenhilfe für die Ukraine hat in den letzten Monaten die militärische Ausbildungshilfe zunehmend an Bedeutung gewonnen. Längst geht es nicht mehr nur darum, die Empfänger*innen der Waffen für deren Nutzung zu schulen. Sowohl die Europäische Union als auch Großbritannien und die USA sind zwischen Herbst 2022 und Anfang 2023 dazu übergegangen ganze Kampfverbände in europäischen Staaten auszubilden. Von dort aus ziehen die ukrainischen Truppen dann frisch geschult und ausgerüstet wieder in die Kriegsgebiete in der Südostukraine. Das dafür nötige Training tausender ukrainischer Soldat*innen findet auch an diversen Militärstandorten in Deutschland statt – direkt vor unseren Haustüren.



Ausbildungshilfe als Kriegsbeteiligung?

Im Frühjahr 2022 wurde in Politik und Medien darüber gestritten, ob überhaupt schwere Waffen aus Deutschland an die Ukraine geliefert werden sollten. In dieser mit harten Bandagen geführten Debatte spielten neben der Komplexität der Ausbildung an westlichen Waffensystemen auch die politischen Implikationen möglicher Trainingsmissionen eine zentrale Rolle.

Dazu legte der überparteiliche Wissenschaftliche Dienst des Bundestages Mitte März 2022 ein Gutachten zu „Rechtsfragen der militärischen Unterstützung der Ukraine durch NATO-Staaten“ vor. Dort argumentierten die Wissenschaftler*innen, dass die Lieferung auch schwerer Waffen an sich keine Kriegsbeteiligung bedeuten würde. „Erst wenn neben der Belieferung mit Waffen auch die Einweisung der Konfliktpartei bzw. Ausbildung an solchen Waffen in Rede stünde, würde man den gesicherten Bereich der Nichtkriegsführung verlassen.“⁴ Diverse Mitglieder der Bundesregierung reagierten auf die daraus entstehenden Fragen schlicht mit der mantraartigen Wiederholung der Aussage, Deutschland werde weder durch Waffenlieferungen noch durch Ausbildung an diesen zur Kriegspartei.

Dass es mit dem Völker- und Kriegsrecht so einfach nicht ist, machte Christian Schaller, Jurist und Senior Fellow der vom Kanzleramt bezahlten Denkfabrik Stiftung Wissenschaft und Politik, in einer am 9. Februar 2023 veröffentlichten Ausarbeitung zu „Waffenlieferungen an die Ukraine“ deutlich.⁵ Schaller schreibt darin von relevanten „Grauzonen“ in den Bereichen vor einer juristisch eindeutigen Kriegsbeteiligung. Zudem widerlegt er bereits in der Einleitung eine häufig genutzte Rechtfertigungsformel: „Falsch

ist daher der Schluss, man werde deshalb nicht Kriegspartei, weil man die Ukraine dabei unterstütze, sich gegen einen Aggressor in einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zu verteidigen.“⁶ Zudem stellt Schaller die Frage, inwiefern die Waffenlieferungen und Ausbildungshilfen von EU- und NATO-Staaten bereits an der Grenze der indirekten Gewaltausübung kratzen – sie möglicherweise sogar überschreiten: „Eine Konfliktpartei zu unterstützen führt nach Ansicht des IKRK [Internationales Komitee des Roten Kreuz] zur Beteiligung an den Feindseligkeiten, wenn dies unmittelbar zur Schädigung des Gegners beiträgt (oder zumindest objektiv geeignet und darauf ausgelegt ist, dazu unmittelbar beizutragen). Ob das Kriterium der Unmittelbarkeit erfüllt ist, kann davon abhängen, wie der Empfängerstaat von der Unterstützung Gebrauch macht. Wird der Beitrag direkt in eine konkrete militärische Operation integriert, ist ein unmittelbarer Zusammenhang gegeben.“⁷ Andere von Schaller zitierte juristische Meinungen ziehen die Grenzen erst dann, wenn der waffenliefernde Staat auch koordinierend in die Kampfhandlungen eingreift.

„Werden Waffen aber gewissermaßen direkt auf das Schlachtfeld geliefert, damit sie dort unmittelbar zum Einsatz gebracht werden, rückt eine Konfliktbeteiligung näher. Werden zudem Mitglieder derjenigen Einheiten, die ein Waffensystem benutzen sollen, von den Partnerstaaten in Crashkursen instruiert, wie das betreffende System zu bedienen ist, und wird versucht, dadurch rasch Gefechtsfähigkeit zu gewährleisten, spricht dies in der Gesamtschau ebenfalls dafür, dass zwischen den erbrachten Unterstützungsleistungen und der beabsichtigten Schädigung des Gegners ein unmittelbarer Bezug besteht.“⁸ Nach der Auffassung Schallers ist die Frage der Kriegsbeteiligung damit hochkomplex und keinesfalls beantwortet.

Wie nassforsch die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock allerdings mit der brisanten Frage einer deutschen Kriegsbeteiligung umzugehen pflegt, machte sie in einem Statement vor dem Europarat am 23. Januar 2023 deutlich. Dort ließ sie mit Blick auf die aufgeheizte Debatte über die Deutsche Rolle bei der Lieferung westlicher Kampfpanzer verlauten: „Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland und nicht gegeneinander.“⁹ Kurz darauf erklärte die Pressestelle des Auswertigen Amtes erneut, dass Deutschland keine Konfliktpartei sei. Dieser offensichtliche Widerspruch veranlasste eine Sprecherin des russischen Außenministeriums nach Aufklärung über die tatsächliche Position der Bundesregierung zu fragen.

Wie eben diese Bundesregierung im Angesicht der Ankündigung massiver Panzerlieferungen in die Ukraine und der bereits begonnenen Ausbildung ukrainischer Soldat*innen an diesen Waffensystemen in

Deutschland sicherstellen will nicht über die besagte juristische Grauzone hinauszuschießen, bleibt währenddessen völlig offen.

Allen Zweifeln zum Trotz – Ausbildung durch die Bundeswehr

Nach einer zermürbenden Diskussion im Frühjahr 2022, in der das Kriegsgeschrei von der CDU, aus der Regierungskoalition, von Militärexpert*innen und auch von diversen Journalist*innen nicht zu überhören war, knickte der zuvor skeptische Bundeskanzler Olaf Scholz Ende April ein. Am Rande des ersten Treffens der Ramstein-Kontaktgruppe am 26. April 2022 verkündete Verteidigungsministerin Christine Lambrecht die Lieferung von Flugabwehrkanonenpanzern des Typs Gepard an die Ukraine.¹⁰ Zehn Tage später wurde die Entscheidung öffentlich, sieben Panzerhaubitzen aus Beständen der Bundeswehr an die Ukraine zu liefern.¹¹ Bereits am 10. Mai 2022 landeten rund 100 ukrainische Soldat*innen mit einer Militärmaschine in Rheinland-Pfalz.¹² Am Folgetag startete in der Artillerieschule der Bundeswehr in Idar-Oberstein in der Pfalz die gemeinsame deutsch-niederländische Ausbildung an der Panzerhaubitze 2000.¹³ Weitere Ausbildungsteile für die Wartungsteams fanden an zwei Standorten der Technischule des Heeres in der Region Aachen statt.¹⁴ Am 20. Mai 2022 meldete der Spiegel, in Kürze solle auch die gemeinsame Ausbildung von Industrie und Bundeswehr am Flugabwehrpanzer Gepard beginnen. Als Ausbildungsort wurde der Luft-Boden-Schießplatz der Bundeswehr in Putlos und seine Außenstelle in Todendorf an der holsteinischen Ostseeküste genannt.¹⁵ Ende August zeigte sich Kanzler Scholz dort in zuvor unbekannter Pose, indem er während eines Besuchs bei ukrainischen Auszubildenden auf einem Flugabwehrpanzer herumkletterte.¹⁶

In der Generaldebatte im Bundestag verkündete Scholz zudem am 1. Juni 2022 die geplante Lieferung von Flugabwehrraketensystemen IRIS-T SLM und eines Artillerieortungsradars COBRA durch die deutsche Rüstungsindustrie.¹⁷ Zudem häuften sich am selben Tag die Meldungen, dass auch Raketenartilleriesysteme des Typ MARS II aus Beständen der Bundeswehr an die Ukraine geliefert werden sollen.¹⁸ Ende Juni 2022 kündigte Verteidigungsministerin Lambrecht an, dass die Ausbildung am Raketenartilleriesystem MARS II Anfang Juli beginnen werde.¹⁹ Auch hier ist davon auszugehen, dass die Schulungen in der Artillerieschule in Idar-Oberstein stattfinden.

Nicht nur das mediale Interesse an Ausbildungsstandorten in Deutschland ist hoch. Ende August 2022 berichtete der Spiegel über den Verdacht des Militärgheimdienstes MAD, dass die Kasernen der Bundeswehr

in Idar-Oberstein und der US Army in Grafenwöhr, in denen ukrainische Soldat*innen an westlichen Artilleriesystemen ausgebildet werden, ausspioniert worden sein könnten.²⁰ Anfang Oktober berichtete Business Insider zudem über Drohnenüberflüge über dem Truppenübungsplatz Wildflecken an der Grenze zwischen Bayern und Hessen.²¹ In diesem Zuge wurde auch bekannt, dass die Bundeswehr dort ukrainische Soldat*innen an den gepanzerten Radfahrzeugen des Typ Dingo ausbildet, die in die Ukraine geliefert werden sollen.

Zudem fanden und finden Spezialausbildungen an Standorten der Bundeswehr statt. So halten sich beispielsweise seit September 2022 ukrainische Entschärfer*innen für Fortbildungen in der Kampfmittelabwehrschule der Bundeswehr in Stetten am Kalten Markt auf der Schwäbischen Alb auf.²² Die dort stattfindende deutsch-niederländische Spezialausbildung ist ein Baustein, der ab Mitte November in eine größere EU-Ausbildungsmission überführt wurde.

EU-Trainingsmission EUMAM Ukraine

Bereits im Juli 2022 startete Großbritannien als erster NATO-Staat mit der systematischen, massenhaften Ausbildung ukrainischer Wehrpflichtiger und Soldat*innen. Im Rahmen der sogenannten Operation Interflex sollen alle vier Monate je 10.000 ukrainische Soldat*innen ausgebildet werden. Das Spektrum reicht von der Grundausbildung über die Gefechtsausbildung bis zur Ausbildung von Führungskräften. Unterstützt wird die britische Armee dabei von Ausbilder*innen aus Australien, Neuseeland, Kanada sowie acht EU-Staaten, darunter auch Deutschland. Bis zum 11. November 2022 sollen in diesem Rahmen bereits 7.400 Ukrainer*innen das Trainingsprogramm durchlaufen haben.²³

Wenige Tage später, am 15. November, startete eine umfassende Ausbildungsmission der EU.²⁴ Der entsprechende Beschluss zur Einrichtung der EU Military Assistance Mission (EUMAM) Ukraine fiel bereits einen Monat zuvor, am 17. September 2022, im Rahmen eines EU-Rats-Treffens der Staats- und Regierungschef*innen in Luxemburg.²⁵ EUMAM Ukraine fügt sich in eine lange Liste militärischer Ausbildungsmissionen der Union ein, ist allerdings die größte und bisher einzige Mission, die ausschließlich auf dem Boden von EU-Staaten stattfindet. Mit einer Laufzeit von zwei Jahren wurde vorerst eine Ausbildungskapazität von 15.000 ukrainischen Soldat*innen verkündet.²⁶ In einem Bericht des Nachrichtenportals Bruxelles2²⁷ wurden zudem weitere Zahlen genannt. So plane Deutschland rund 5.000 ukrainische Soldat*innen auszubilden, während Spanien und

Frankreich Trainingskapazitäten für 2.400 bzw. 2.000 Ukrainer*innen anbieten würden. Über weitere Beiträge, beispielsweise von Polen wurden keine Zahlen bekannt. Während des EU-Ukraine-Gipfels am 1. Februar 2023 wurde die Gesamtzahl der Auszubildenden im Rahmen von EUMAM Ukraine auf insgesamt 30.000 verdoppelt. Laut dem Nachrichtenportal Bruxelles2 war die Verdopplung von Beginn an geplant, aber nicht offiziell bekannt gegeben worden.²⁸ Aufgrund von anfänglichen politischen Unstimmigkeiten zwischen Polen und Deutschland über die Führung von EUMAM wurde ein zweistufiges Führungssystem eingerichtet. Der Oberbefehl über die Gesamtmission liegt in Brüssel bei Vize-Admiral Hervé Bléjean. Der französische Dreisternegeneral ist zugleich Direktor des Militärischen Planungs- und Durchführungsstabs des Europäischen Auswertigen Dienstes und damit höchstrangiger EU-Militär. Für die Koordination der praktischen Umsetzung sind zwei nachgeordnete Hauptquartiere zuständig. Unter polnischer Führung ist das Combined Arms Training Command (CAT-C) in Żagań für alle Ausbildungsgänge in Polen und weiteren EU-Staaten zuständig, während das von der Bundeswehr geführte Special Training Command (ST-C) sich auf die Ausbildung in Deutschland beschränkt. Beide Kommandos sind multinational aufgestellt und speisen sich aus Offizier*innen der 18 beteiligten EU-Staaten. So wird das ST-C in Strausberg bei Berlin vom deutschen Dreisternegeneral, Andreas Marlow, und einem niederländischen Stellvertreter²⁹ geführt. Während Frankreich beispielsweise 150 Ausbilder*innen nach Polen entsendet³⁰, um dort ukrainische Soldat*innen zu trainieren, haben rund die Hälfte der beteiligten Staaten die Entsendung von Ausbilder*innen nach Deutschland angekündigt – darunter die Niederlande und Belgien.³¹

Deutscher Beiträge zu EUMAM Ukraine

Mit der Ankündigung der EU-Ausbildungsmission EUMAM legte das deutsche Verteidigungsministerium eine Liste mit den geplanten Beiträgen der Bundeswehr vor.³² Für die „Unterstützung der Mission bei der militärstrategischen Planung“ wird Personal aus dem Multinationalen Kommando Operative Führung der Bundeswehr in Ulm nach Brüssel entsandt.³³ Zudem stellt die Bundeswehr Räume und Personal des Kommando Heer in Strausberg bei Berlin für das bereits genannte Special Training Command.

Das Gefechtssimulationszentrum³⁴ in Wildflecken zwischen Würzburg und Frankfurt ist der einzige Standort der Bundeswehr, an dem die Technik für die gelisteten „Gefechtsstandübungen durch Computersimulationen“ für einen Brigadestab und die nachgeordneten Bataillonsstäbe vorhanden ist. Die

„Gefechtsausbildung bis Kompanieebene“ wird mindestens in Teilen am Gefechtsübungszentrum (GÜZ)³⁵ in Letzlingen bei Magdeburg stattfinden. Wie der ST-C-Kommandeur Andreas Marlow in einem von der Medienabteilung der Bundeswehr durchgeführten Interview bekanntgab,³⁶ soll für die Gefechtsausbildung das laserbasierte Ausbildungssystem namens AGDUS genutzt werden, das ausschließlich im GÜZ vorhanden ist. Darüber hinaus ist die „Ausbildung an abgegebenem Material in enger Kooperation mit der Industrie, so etwa die Ausbildung der Besatzungen, Ausbildung im taktischen Einsatz [sowie die] Ausbildung in der Wartung“ geplant. In diesem Rahmen wird die bereits seit Mai 2022 laufende Ausbildung an deutschen Waffensystemen in die EU-Mission integriert.

Die im Januar bzw. Februar 2023 angelaufene Ausbildung an den Schützenpanzern Marder³⁷ und den Kampfpanzern Leopard 2 A6³⁸ findet in der Panzertruppenschule des Heeres in Munster in der Heide zwischen Hamburg und Hannover statt. Dort sind neben einer Panzerfahrerschule auch diverse Ausbildungssimulatoren vorhanden. An der Artillerieschule der Bundeswehr in Idar-Oberstein in der Pfalz wird die Ausbildung an Artilleriesystemen wie der Panzerhaubitze 2000 fortgeführt. Zudem ist davon auszugehen, dass für die besagte „Ausbildung in der Wartung“ die Technischule des Heeres³⁹ mit mehreren Standorten rund um Aachen weiterhin aktiv beteiligt ist.

Im Bereich der Bodengebundenen Luftverteidigung liefert die Bundeswehr neben weiteren Gepard-Flugabwehrpanzern und Flugabwehrraketensystemen IRIS-T aus Beständen der Rüstungsindustrie nach einem Beschluss vom 5. Januar 2023 auch das weitreichende Flugabwehrraketensystem Patriot aus Beständen der Bundeswehr.⁴⁰ Während die Ausbildung an Gepard und IRIS-T vermutlich weiter in Putlos und Todendorf an der holsteinischen Ostseeküste stattfindet, wird der Ort der Ausbildung am Waffensystem Patriot, die Anfang Februar 2023 begonnen hat,⁴¹ geheim gehalten. Es ist aber davon auszugehen, dass die Trainings in Husum am erst kürzlich aus den USA nach Schleswig-Holstein umgezogenen Aus- und Weiterbildungszentrum der Flugabwehrtruppe der Luftwaffe stattfinden.⁴²

Der Standort für die von der Bundeswehr angekündigte „Spezialausbildung für [...] Spezialkräfte“ ist ebenfalls nicht bekannt. Praktisch kommen allerdings fast ausschließlich das Ausbildungszentrum Spezielle Operationen,⁴³ mit dem angegliederten International Special Training Center⁴⁴ in Pfullendorf nahe des Bodensees sowie der Ausbildungsstützpunkt Spezialkräfte Heer⁴⁵ in der Kaserne des Kommando Spezialkräfte in Calw im Schwarzwald in Frage. Über die konkreten Ausbildungsgänge hinaus hat sich die Bundeswehr auch der „Ausbildung der Ausbilder“ verschrieben. Darunter fällt

das Training ukrainischer Ausbilder, die dann wiederum eigenständig die militärische Grundausbildung auch in der Ukraine durchführen können sollen.⁴⁶ Des Weiteren ist die „Ausbildung von Gruppenführern“ geplant.⁴⁷ In diesem Rahmen sollen 600 ukrainische Soldat*innen eine Schulung zum Feldwebel durchlaufen.⁴⁸ Organisiert von der Unteroffizierschule des Heeres⁴⁹ in Delitzsch, nördlich von Leipzig, findet die Unteroffiziersausbildung vermutlich in einem der drei Feldwebel- und Unteroffizieranwärterbataillone in Sondershausen in Thüringen, Celle in Niedersachsen oder Altenstadt in Bayern statt. Feldwebel seien „die Seele der Führungsfähigkeiten einer Armee“, ließ sich Verteidigungsminister Pistorius am 15. Februar zitieren, um dann nachzulegen: „Und auch da sind wir ganz weit vorne.“⁵⁰ Neben der Bundeswehr und weiteren EU-Armeen nutzt auch die US Army ihre Standorte in Deutschland für eine kontinuierlich wachsende Trainingsmission.

US-Ausbildungsmission in Europa – Deutschland im Zentrum

Anfang Februar 2022, kurz vor Kriegsbeginn, verließen rund 150 Soldat*innen der Florida National Guard die Ukraine.⁵¹ Sie stellten das damalige Kontingent einer seit 2015 existierenden US-Trainingsmission. Bereits während des ersten Krieges im Donbass hatten die US-Streitkräfte die Joint Multinational Training Group Ukraine eingerichtet,⁵² um reguläre ukrainische Soldat*innen und Spezialkräfte nach NATO-Standards auszubilden. Koordiniert wurde die Mission durch das 7th Army Training Command – dem Ausbildungskommando für die US-Landstreitkräfte in Europa mit Sitz in Grafenwöhr bei Nürnberg. Enge Verbindungen zwischen ukrainischer und US-Armee entstanden zudem bereits zwischen 2003 und 2008, als die Ukraine mit bis zu 1.700 Soldat*innen eines der größeren Kontingente für die US-Aufstandsbekämpfungsmission im Irak stellte.⁵³ Noch im Februar 2022, parallel zum Abzug der US-Truppen aus der Ukraine, übernahm das frisch nach Europa eingeflogene Dreisternekommando, 18th Airborne Corps, die Koordination der US-Unterstützung der Ukraine von Wiesbaden aus.⁵⁴ Bevor die Truppen aus Florida im August 2022 Europa über den Atlantik Richtung Heimat verließen, hatten sie ihre Trainingsmission auf dem US-Truppenübungsplatz bei Grafenwöhr in Bayern neu eingerichtet.⁵⁵ Seit dem 29. April 2022 findet dort die Ausbildung an modernem US-Kriegsgerät statt, das kurz darauf in die Ukraine geliefert wird.⁵⁶ Diese auf der Basis vorheriger Missionen und bestehender US-Standorte in Deutschland etablierten Strukturen wurden Ende 2022 grundlegend umgebaut. Am 4. November 2022 verkündete das US-Armeekommando für Europa und Afrika die „Einrich-

tung einer neuen Organisation, die sicherstellen soll, dass Amerika in der Lage ist, die Ukraine langfristig zu unterstützen.“⁵⁷ Geführt von einem Dreisternegeneral soll die neue Security Assistance Group-Ukraine die US-Militärhilfe von Wiesbaden aus koordinieren. Darunter fallen neben Waffenlieferungen und der Logistik des Transports an die ukrainische Grenze auch die Ausbildungstätigkeiten. Geführt wird diese neue Schaltzentrale durch das US-Streitkräftekommando (EUCOM) mit Sitz in Stuttgart.

Aufbauend auf diesen neuen Strukturen wurde am 15. Januar 2023 eine deutliche Ausweitung des US-Ausbildungsprogramms in Europa verkündet. Bis dahin wurden in den gut zehn Monaten seit Kriegsbeginn insgesamt 3.100 ukrainische Truppen an westlichen Waffen durch die US-Army ausgebildet.⁵⁸ Die neue Zielgröße wird diese Zahlen bald in den Schatten stellen. Beginnend im Januar soll kontinuierlich in je fünf bis acht Wochen ein ukrainisches Bataillon mit 500 bis 800 Soldat*innen kampfbereit gemacht werden. Das erste Bataillon soll mit den modernen US-Schützenpanzern des Typ Bradley ausgestattet werden,⁵⁹ die Ende Januar 2023 auf den Weg nach Europa geschickt wurden.⁶⁰ Sobald die angekündigten Abrams-Kampfpanzer aus US-Beständen in Europa eintreffen ist davon auszugehen, dass auch ihre neuen ukrainischen Besatzungen in Grafenwöhr ausgebildet werden, um dann von Deutschland aus in das Kriegsgebiet in der Ukraine verlegt zu werden.

Fazit: Per Ausbildung zur Kriegspartei

Am 20. Februar 2023 besuchte der Verteidigungsminister dann die Panzertruppenschule in Munster und traf dort die ukrainischen Panzerbesatzungen wieder, die er zwei Wochen zuvor in Kiew verabschiedet hatte. Pistorius zeigte sich „beeindruckt, was sie in kürzester Zeit bereits gelernt haben.“⁶¹ Unter der Überschrift „Vorbereitung für die Front“ heißt es in dem Bericht der Bundeswehr zum Truppenbesuch des Ministers: „Die Zeit drängt: Ende März werden die Panzer und ihre Besatzungen in die Ukraine verlegen [sic!]. Dann geht es für die Soldaten um das Überleben im Gefecht.“ Deutschland ist damit längst nicht mehr nur Waffenlieferant und Drehkreuz für Waffenlieferungen von Verbündeten, sondern neben Polen und Großbritannien auch eines der Zentren der Ausbildung ukrainischer Soldat*innen in Europa.

Unabhängig von den Beteuerungen der Bundesregierung macht der direkte Zusammenhang von Waffenlieferungen, Ausbildung und den Kriegshandlungen in der Ukraine deutlich, dass Deutschland gemeinsam mit Verbündeten aus NATO und EU faktisch längst Kriegspartei in der Ukraine ist. Die Logistik des Krieges in

der Ukraine reicht bis vor unsere Haustüren. Diesen Zusammenhang gilt es zu benennen und sich auch deshalb umso lauter und klarer gegen diese Kriegsbeteiligung und für ein Ende des Krieges einzusetzen. Denn wer auf die Sprache der Waffen setzt und die Diplomatie währenddessen zum Schweigen verdammt, spielt mit einem Feuer, das sich in Windeseile auch weit über die Schlachtfelder in der Ukraine hinaus verbreiten könnte.

Anmerkungen

- 1 Merkur: Pistorius - Ukraine braucht jede Unterstützung, 1.2.2023, [merkur.de](https://www.merkur.de).
- 2 Thomas Wiegold, Augen Geradeaus!: Erster Besuch von Pistorius in Kiew, 7.2.2023, [augengeradeaus.net](https://www.augengeradeaus.net).
- 3 Ebd.
- 4 Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages: Sachstand - Rechtsfragen der militärischen Unterstützung der Ukraine durch NATO-Staaten zwischen Neutralität und Konflikteilnahme, 16.3.2022, Seite 6, [bundestag.de](https://www.bundestag.de).
- 5 Christian Schalle: SWP-Aktuell - Waffenlieferungen an die Ukraine »Fahren auf Sicht« – auch was das Völkerrecht angeht, 7.2.2023, [swp-berlin.org](https://www.swp-berlin.org).
- 6 Christian Schalle: SWP-Aktuell, Seite 1, 7.2.2023.
- 7 Ebd., Seite 4.
- 8 Ebd., Seite 4-5.
- 9 Tagesspiegel: „Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland“: Moskau fordert Klärung zu Baerbock-Aussage, 26.1.2023, [tagesspiegel.de](https://www.tagesspiegel.de).
- 10 Deutscher Bundeswehrverband: Deutschland liefert Ukraine „Gepard“-Panzer – Union stellt umstrittenen Antrag zu Waffenlieferungen, 26.4.2022, [dbwv.de](https://www.dbwv.de).
- 11 Thomas Wiegold, Augen geradeaus!: Deutsche Panzerhaubitzen für die Ukraine, 6.5.2022, [augengeradeaus.net](https://www.augengeradeaus.net).
- 12 Tagesspiegel: Artillerieschule der Bundeswehr: Ausbildung von Ukrainern an der Panzerhaubitze 2000 hat begonnen, 11.5.2022, [tagesspiegel.de](https://www.tagesspiegel.de).
- 13 Bundeswehr: Panzerhaubitzen 2000 für die Ukraine – Ausbildung beginnt, o.D., [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de); und SWR: Ukrainische Soldaten zur Ausbildung in Rheinland-Pfalz angekommen, 11.5.2022, [swr.de](https://www.swr.de).
- 14 Aachener Zeitung: Ukrainische Soldaten werden auch in Aachen geschult, 11.5.2022, [aachener-zeitung.de](https://www.aachener-zeitung.de).
- 15 Spiegel-Online: Ukraine erhält im Juli erste Gepard-Panzer aus Deutschland, 20.5.2022, [spiegel.de](https://www.spiegel.de).
- 16 NDR: Bundeskanzler Scholz besucht ukrainische Soldaten in Putlos, 25.8.2022, [ndr.de](https://www.ndr.de).
- 17 ZDF, heute journal: 1.6.2022, [zdf.de](https://www.zdf.de).
- 18 Ebd.
- 19 Stern: Ausbildung an Mehrfachraketenwerfer Mars II beginnt kommende Woche, 22.6.2022, [stern.de](https://www.stern.de).
- 20 SWR: Russische Spione an Bundeswehrstandort Idar-Oberstein?, 26.8.2022, [swr.de](https://www.swr.de).
- 21 BusinessInsider: Steckt Russland dahinter? Bundeswehr-

- Stützpunkt, an dem ukrainische Soldaten ausgebildet werden, mit Drohnen ausspioniert, 3.10.2022, [business-insider.de](#).
- 22 SWR: Ukrainische Soldaten sollen in BW für das Räumen von Minen ausgebildet werden, 8.9.2022, [swr.de](#).
- 23 Richard Thomas, Army Technology: Operation Interflex: Ukrainian recruits prepare for war, 11.11.2022, [army-technology.com](#).
- 24 Rat der Europäischen Union: Ukraine - EU startet militärische Unterstützungsmission, 15.11.2022, [consilium.europa.eu](#).
- 25 Amtsblatt der Europäischen Union: Beschluss (GASP) 2022/1968 Des Rates vom 17. Oktober 2022 über eine militärische Unterstützungsmission der Europäischen Union zur Unterstützung der Ukraine (EUMAM Ukraine), 18.10.2022, [eur-lex.europa.eu](#).
- 26 Rat der Europäischen Union: Ukraine - EU startet militärische Unterstützungsmission, 15.11.2022, [consilium.europa.eu](#).
- 27 Bruxelles2: EUMAM Ukraine lancée mi-novembre. Objectif: 15.000 hommes formés avant le printemps (v2), 13.10.2022, [bruxelles2.eu](#).
- 28 Bruxelles2: Géopolitique européenne – Défense. Diplomatie. Crises. Pouvoirs, 2.2.2023, [bruxelles2.eu](#),
- 29 LinkedIn: Martin Bonn, [linkedin.com](#).
- 30 Polskie Radio: Frankreich will ukrainische Soldaten in Polen ausbilden, 3.2.2023, [polskieradio.pl](#).
- 31 Bundeswehr: Nachgefragt - Militärisches Training für die Ukraine, 17.2.2023, via: [youtube.com](#).
- 32 Verteidigungsministerium: Bundeswehr übernimmt bei EU-Ausbildungsmission EUMAM koordinierende Rolle, 18.10.2022, [bmvvg.de](#).
- 33 Europäische Sicherheit und Technik: Die militärische Unterstützungsmission für die Ukraine, Interview mit dem Stellvertretenden Befehlshaber des Multinationalen Kommandos Operative Führung, Seite 35, November 2022.
- 34 Bundeswehr: Gefechtssimulationszentrum Heer, o.D., [bundeswehr.de](#).
- 35 Ebd.
- 36 Bundeswehr: Nachgefragt - Neue EU-Ausbildungsmission für die Ukraine, 9.12.2022, via: [youtube.com](#).
- 37 NDR: Ukrainische Soldaten zur Marder-Ausbildung eingetroffen, 27.1.2023, [ndr.de](#).
- 38 Süddeutsche Zeitung: „Leopard“-Ausbildung startet, 13. Februar 2023, [sueddeutsche.de](#).
- 39 Bundeswehr: Technischule des Heeres, o.D., [bundeswehr.de](#).
- 40 RedaktionsNetzwerk Deutschland: Deutschland liefert Marder-Panzer und Patriot-System an die Ukraine, 5.1.2023, [rnd.de](#).
- 41 RedaktionsNetzwerk Deutschland: Ukrainische Soldaten beginnen Flugabwehrausbildung in Deutschland, 2.2.2023, [rnd.de](#).
- 42 Der Nordschleswiger: Von Texas nach Nordfriesland – die Raketenschule der Luftwaffe ist jetzt in Husum, 18.12.2022, [nordschleswiger.dk](#).
- 43 Bundeswehr: Ausbildungszentrum Spezielle Operationen, o.D., [bundeswehr.de](#).
- 44 International Special Training Center: o.D., [istc-sof.org](#).
- 45 Bundeswehr: Ausbildungsstützpunkt Spezialkräfte Heer, o.D., [bundeswehr.de](#).
- 46 Bundeswehr: Nachgefragt - Militärisches Training für die Ukraine, 17.2.2023, via: [youtube.com](#).
- 47 Ebd.
- 48 Thomas Wiegold, Augen geradeaus!: Erster Besuch von Pistorius in Kiew, Zusage von Leopard 1-Panzern für die Ukraine, Audio ab Min. 4, 7.2.2022, [augengeradeaus.net](#).
- 49 Bundeswehr: Unteroffizierschule des Heeres, o.D., [bundeswehr.de](#).
- 50 Verteidigungsministerium: Pistorius - Gepard-Munition für die Ukraine wird jetzt in Deutschland produziert, 15.2.2023, [bmvvg.de](#).
- 51 Military Times: Florida National Guard troops ordered out of Ukraine by SECDEF, 12.2.2022, [militarytimes.com](#).
- 52 US Army, 7th Army Training Command: Joint Multinational Training Group-Ukraine, o.D., [7atc.army.mil](#).
- 53 US Army: Ukrainians complete mission in Iraq, 11.12.2008, [army.mil](#).
- 54 Defence News: US may establish new command in Germany to arm Ukraine, 3.10.2022, [defensenews.com](#).
- 55 National Guard: Hokanson Visits Guardsmen Training With Ukraine Troops, 23.6.2022, [nationalguard.mil](#).
- 56 US Department of Defence: U.S. Troops Train Ukrainians in Germany, 29.4.2022, [defense.gov](#).
- 57 U.S. Army Europe and Africa: US Department of Defense establishes Security Assistance Group-Ukraine in Wiesbaden, 16.11.2022, [europeafrica.army.mil](#), (eigene Übersetzung).
- 58 National Public Radio: Expanded U.S. training for Ukraine forces begins in Germany, 16.1.2023, [npr.org](#).
- 59 Stars and Stripes: Stepped-up training for Ukrainians on US weaponry to start in Germany next week, 13.1.2023, [stripes.com](#).
- 60 Defence Visual Information Distribution Service: USTRANSCOM sends more than 60 Bradley Fighting Vehicles to Ukraine, 25.1.2023, [dvidshub.net](#).
- 61 Bundeswehr: Verteidigungsminister Pistorius bei der Panzer-Ausbildung ukrainischer Soldaten, 20.2.2022, [bundeswehr.de](#).

Ukraine-Krieg

Argumente gegen ein Sondertribunal

von René Jokisch

Die CDU/CSU will die Bundesregierung mit dem Antrag „Konsequente Reaktion des Rechtsstaats auf den russischen Angriffskrieg ermöglichen – Sondertribunal einrichten“ auffordern, ein internationales Sondergericht bzw. ein Sondertribunal als „funktionale Erweiterung des IStGH“ zu errichten, damit das russische Verbrechen der Aggression untersucht und strafrechtlich verfolgt werden kann. Wegen des russischen Vetorechts könne es sich nicht um ein Tribunal des UN-Sicherheitsrats handeln. Ein Sondertribunal könne aber an andere Vorbilder anknüpfen, etwa an die Internationalen Militärgerichtshöfe von Nürnberg und Tokio oder den Sondergerichtshof für Sierra Leone. Im Folgenden wird zunächst auf die Argumentation der Unionsfraktion eingegangen, die anschließend einer Kritik unterzogen wird.

Die Unionsargumentation

Es geht der Union, wie auch der Ukraine, explizit darum, die „russische Staats- und Militärspitze“ für die „Kriegsführung ab dem 27. Februar 2014 und der erneuten Eskalation seit dem 24. Februar 2022“ zur Verantwortung zu ziehen. „Es wäre fatal, wenn nur Soldaten der unteren und mittleren Hierarchieebene, kaum hingegen die oberste militärische und politische Führung, zur Rechenschaft gezogen werden könnten.“

Der Straftatbestand des Verbrechens der Aggression könne nicht vom Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) verhandelt werden, da weder die Ukraine noch die Russische Föderation das Römische Statut und seine Änderungen im Zusammenhang mit dem Verbrechen der Aggression ratifiziert hätten. Gemäß Artikel 15 des Statuts könne der IStGH seine Gerichtsbarkeit über das Verbrechen der Aggression nicht ausüben, wenn das Verbrechen von Staatsangehörigen eines Staates (oder auf dem Territorium eines Staates) begangen wurde, der nicht Vertragspartei des Statuts ist. Nur über den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, in dem aber Russland als ständiges Mitglied über ein Vetorecht verfügt,

könnte eine Befassung erreicht werden. Diese Rechtslage (sic!) dürfe aber laut Union nicht dazu führen, dass die Verbrechen der Aggression, die von den führenden Politikern und militärischen Befehlshabern Russlands und seiner Verbündeten gegen die Ukraine begangen wurden und werden, ungesühnt blieben. Verzichte die Völkergemeinschaft schon auf einen ernsthaften Versuch, das Verbrechen der Aggression vor Gericht zu bringen, so könne dies in einer Welt, in der die Akzeptanz einer internationalen Ordnung immer stärker unter Druck gerate, letztlich die Gültigkeit des Straftatbestandes „Angriffskrieg“ in Frage stellen.

Gegenargumente

Die Vorschläge für ein Sondertribunal sind abzulehnen, weil mit ihnen das Völkerrecht verletzt und die Fortentwicklung des Internationalen Strafgerichtshofs beschädigt wird. Stattdessen ist eine Strafverfolgung der Kriegsverbrechen Russlands (und der Ukraine) durch den Internationalen Strafgerichtshof zu unterstützen, die ja bereits möglich ist. Für das Verbrechen der Aggression ist diese Strafverfolgung nicht möglich, und die „Lücke“ ist kein Unfall der Staatenordnung, der mit rechtlichen Tricks umgangen werden kann, sondern Ausdruck der grundsätzlichen Entscheidungen der Mehrheit der Staaten, nicht zuletzt der USA.

Bei der Anhörung im Bundestag am 6. Februar 2023 wurden die vielfältigen Probleme des Vorschlags deutlich: Vor allem kann ein Beschluss der Generalversammlung kein internationales Sondertribunal einsetzen, mit dem in die Immunität von Putin und den höchsten Militärspitzen eingegriffen werden soll. Der entsprechende Beschluss über „coercive measures“ obliegt ausschließlich dem Sicherheitsrat. Der Verweis auf die Einrichtung eines Sondergerichts für Sierra Leone durch einen von der Generalversammlung mandatierten Vertrag führt in die Irre - denn dabei stimmte der betroffene Staat Sierra Leone der Aufhebung der Immunität seiner Repräsentanten zu.

Alle weiteren Vorschläge für ein angeblich „internationales“ Gericht stellen ebenfalls keine geeignete Rechtsgrundlage dar und können kein unparteiisches und international anerkanntes Strafverfahren etablieren.

Der Verweis auf die Nürnberger Prozesse ist völlig inakzeptabel: Der russische Angriffskrieg ist mit den Verbrechen der Nazidiktatur nicht annähernd zu vergleichen. Offensichtlich interessengeleitet sind auch die Versuche, eine Einmaligkeit des russischen Angriffskriegs zu konstruieren und jeden Vergleich mit den ungesühnten Angriffskriegen auch führender NATO-Staaten (Jugoslawien, Irak, Libyen...) zurückzuweisen.

Es bleibt offensichtlich, dass mit der Einrichtung eines Sondertribunals gegen Russland mit zweierlei Maß gemessen würde. Anstatt ein Sondergericht zu schaffen, sollte vielmehr der IStGH gestärkt werden, so dass in Zukunft Angriffskriege auch der Staaten geahndet werden könnten, die jetzt die Verfolgung gegen russische Verantwortliche von Angriffskriegen fordern. Die USA sind bekanntermaßen dem Römischen Statut nicht beigetreten und haben zusammen mit dem Vereinigten Königreich und Frankreich maßgeblich Einfluss ausgeübt, um die Änderungen des Statuts durch die Kampala-Vereinbarungen zu schwächen, mit denen hochrangige Verantwortliche des Verbrechens des Angriffskriegs völkerstrafrechtlich verantwortlich gemacht werden können. Bislang haben nur 44 von 193 Staaten der UN diese Änderungen ratifiziert, darunter nur 16 der 30 NATO-Staaten. Es gibt also nur eine sehr geringe internationale Unterstützung für die Stärkung des IStGH in dieser Frage. Diese müsste langfristig angestrebt und gestärkt werden, anstatt sie mit einem einseitigen Vorstoß zu beschädigen.

In der Generalversammlung wurde der russische Angriffskrieg zwar mit großer Mehrheit verurteilt, aber tatsächlich wird die konfrontative Linie des Westens im russischen Krieg mit der Ukraine international nicht breit unterstützt: Nur 30 Staaten haben sich für Waffenlieferungen an die Ukraine entschieden, nur 38 haben Sanktionen gegen Russland ergriffen und nur 48 Staaten haben mehr als eine deklaratorische Verurteilung vorgenommen. Insofern waren sich die Sachverständigen in der Anhörung einig, dass eine Anbindung des Gerichts an den Europarat oder die EU abzulehnen wäre, da die Einseitigkeit damit offenbar würde.

Die Vorschläge für die Einsetzung eines Tribunals, einschließlich des Vorschlags der Außenministerin Baerbock für ein hybrides, auf nationaler, ukrainischer Rechtsbasis gegründetes Tribunal, haben keine geeignete Rechtsgrundlage und wären nicht unabhängig.

Letztlich bleibt es dabei, dass die Immunität der verantwortlichen russischen Staats- und Militärspitzen aufgrund der Grundsätze des Völkerrechts und der

Vereinten Nationen nicht aufgehoben werden kann und selbst im Falle dessen eine effektive Verfolgung nicht durchzusetzen ist. Lediglich im Falle einer grundlegenden Änderung der russischen Innenpolitik wäre eine Auslieferung denkbar, dann bräuchte man aber auch kein Sondergericht, da eine entsprechende Zustimmung Russlands zur Aufhebung der Immunität erreicht werden könnte.

Die Idee eines Sondertribunals geht auf einen ukrainisch-britischen Vorstoß Anfang März 2022 zurück. Er zielt in der Summe nicht auf die tatsächliche Umsetzung der Strafverfolgung, sondern darauf, andere Staaten in der Frage der Positionierung unter Druck zu setzen. Dabei wird die Beschädigung des IStGH und der Perspektive einer Weiterentwicklung der internationalen Strafgerichtsbarkeit in Kauf genommen.

Der Ursprung der ukrainisch-britischen Initiative für das Sondertribunal Anfang März 2022 verdeutlicht den Kontext parallel zu den damals laufenden Verhandlungen für einen Waffenstillstand, die vom israelischen Premierminister Bennet mit Selenskyi und Putin geführt wurden. Denn tatsächlich bezog Großbritannien klar Position gegen Verhandlungen, weil es meinte, dass „man Putin weiter bekämpfen müsse“ - die angedrohte Strafverfolgung Putins war dabei wohl ergänzend als ein non-starter für den gesuchten Weg nach einer friedlichen Lösung gedacht.

Tatsächlich wurde in der Anhörung darauf verwiesen, dass man mit der Strafverfolgung nicht zu schnell Schritte fixieren sollte, die man dann in möglichen Kompromissen im Rahmen von Friedensverhandlungen in der Zukunft wieder zurücknehmen müsste. Auch damit würden die Rechtsprinzipien weiter geschwächt.

Quellen

- 1 [Konsequente Reaktion des Rechtsstaats auf den russischen Angriffskrieg ermöglichen - Sondertribunal einrichten](#), Antrag der Fraktion der CDU/CSU, Drucksache 20/4311, 8.11.2022.
- 2 [Öffentliche Anhörung: Strafverfolgung und Beendigung von Straflosigkeit angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine](#), Berlin, 6.2.2023.

Hersh's Pipeline-These

Diskussion bislang unzureichend, Skepsis scheint (immer) angebracht

von Bernhard Klaus

Am 8. Februar 2023 hatte der berühmte Investigativ-Journalist Seymour Hersh einen ausführlichen Artikel publiziert, der recht detailliert Planungen und Ablauf der Sprengung der Nord-Stream-Pipelines durch die US-Regierung darstellt. Der Beitrag,¹ der in jedem Falle lesenswert ist, wurde mittlerweile von der Tageszeitung *junge Welt* auch auf deutsch übersetzt.²

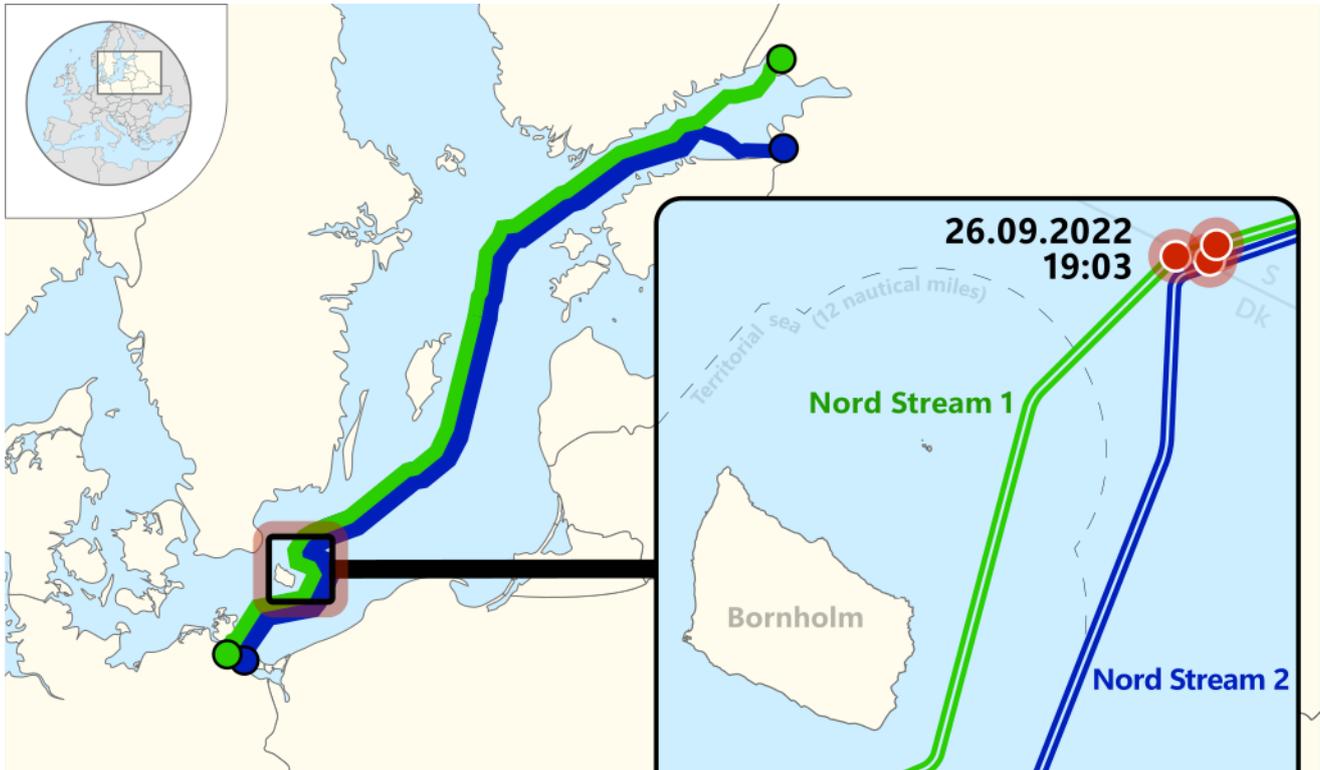
Die deutschen Leitmedien haben recht wenig über den spektakulären Vorwurf an die US-Regierung berichtet und dies oft in Verbindung mit einer allgemeinen Diffamierung des Autors. Dies wiederum wurde u.a. von der Redaktion von *Telepolis* und in einem Beitrag bei *uebermedien.de* zurecht kritisiert. Harald Neuber von *Telepolis*³ weist auf einen groben handwerklichen Schnitzer in verschiedenen deutschen Medien hin: „Ferner hat Hersh die grundlegenden Pflichten eines Journalisten erfüllt: Er konfrontierte das Weiße Haus und die CIA mit seinen Informationen und zitierte die Antworten... Auch mehrere deutsche Mainstream-Medien führten diese Zitate an, ohne darauf hinzuweisen, dass sie aus dem Artikel selbst stammten. Sie verwendeten Hersh's Arbeit sozusagen gegen ihn.“

Friedemann Vogel relativiert bei *uebermedien.de*⁴ den Vorwurf, dass sich Hersh nur auf eine anonyme Quelle beziehe: „Die Bundespresse arbeitet vielfach mit anonymen Quellen oder übernimmt – teilweise kommentarlos – ungeprüfte oder nur schwer prüfbare Informationen. Das heißt dann ‚aus gewöhnlich gut unterrichteten Quellen‘, ‚Insider berichten‘, ‚Szenekenner wissen‘ oder ‚nach Geheimdiensterkenntnissen‘ usw. Gerade aktuell im Kriegsdiskurs werden nahezu täglich ‚Geheimdienstinformationen‘ weitergeben, als seien die Dienste neutrale Beobachter des Geschehens. Ähnliches gilt auch mit Blick auf den in den vergangenen Jahrzehnten stark zunehmenden Rückgriff auf den Expertentopos, also dem Referat von gesprächsbereiten ‚Experten‘ ohne Prüfung auf etwaige Interessenskonflikte (‚Denkfabriken‘) oder deren Status innerhalb der jeweiligen Fachcommunity.“

Ein negatives Beispiel ist demgegenüber etwa der Beitrag von Jan Schneider aus der Redaktion von *ZDF Heute*⁵ unter dem Titel „Nord Stream: Die Stille nach der Explosion“. Hier wird Hersh's „These“ knapp unter der Zwischenüberschrift „Und dann doch Verschwörungstheorien rund um die Gaspipelines“ abgehandelt und damit subtil eingeordnet. Dass die auch vom *ZDF* zunächst umfangreich kolportierte Einschätzung, wonach Russland hinter den Anschlägen stehe, als Verschwörungstheorie bezeichnet wird, passiert hingegen nicht und kann man sich auch erstaunlich schlecht vorstellen. Wesentliche Teile des Artikels zielen demgegenüber darauf ab, die massive Intransparenz der Ermittlungen im Kern zu legitimieren, um sie dann am Ende doch vorsichtig zu kritisieren: „Der Mangel an offiziellen Informationen kann ... Verschwörungstheorien weiter befeuern“. Besonders nonchalant ist in dem Beitrag u.a. die Begründung, warum selbst das Parlamentarische Kontrollgremium nicht informiert wird: „Die Bundesregierung ist nach dem Kontrollgremiumgesetz sogar dazu verpflichtet, das ‚PKGr‘ umfassend über die allgemeinen Tätigkeiten der Nachrichtendienste und über Vorgänge von besonderer Bedeutung zu unterrichten“. Im Falle der Nord-Stream-Ermittlungen wird dieser Grundsatz aber mit zwei Begründungen ausgehebelt: Die Informationen unterliegen den Restriktionen der sogenannten ‚Third-Party-Rule‘. Das ist eine Absprache zwischen den Nachrichtendiensten verschiedener Länder, die sinngemäß besagt, dass Informationen nicht ohne das Einverständnis der jeweils anderen weitergegeben werden dürfen. Außerdem ist die Informationsweitergabe an das Gremium immer dann zusätzlich eingeschränkt, wenn der Generalbundesanwalt Ermittlungen leitet.“

Dass eine „Absprache zwischen Nachrichtendiensten“ deutsches Recht aushebelt, wäre doch einer weiteren Erörterung wert gewesen.

Etwas überzeugender als die subtile Einordnung als Verschwörungstheorie u.a. im *ZDF*-Beitrag ist die im deutschsprachigen Raum mehrfach zitierte Einschät-



Explosionen an den Nord-Stream-Pipelines. Quelle: Wikimedia/FactsWithoutBias1.

zung durch einen anderen verdienten Investigativ-Journalisten, Bob Woodward. Über dessen Sicht berichtet u.a. der österreichische Standard: „Eine Menge Leute haben ihn gebeten, die Story nicht zu veröffentlichen, weil sie einfach nicht wahr ist“, berichtete Woodward. Doch leider habe der 85-Jährige nicht auf den Rat seiner Freunde gehört. Tatsächlich scheint die vermeintlich spektakuläre Enthüllung den Geruchstest in verschiedenen Redaktionen nicht bestanden zu haben. Darauf deutet hin, dass keine renommierte Zeitung die Story druckte, sondern Hersh sie über seinen Blog verbreiten musste.“⁶

Eine tatsächliche Plausibilitätsprüfung der von Hersh genannten Details – von den Motiven des engen NATO-Verbündeten ganz zu schweigen – findet hingegen in der deutschsprachigen Presse kaum statt. Auf englischsprachigen Blogs hingegen, gerade auch solchen mit Nähe zu Verschwörungstheorien, finden sich verschiedene lesenswerte Beiträge, die durchaus Skepsis hervorrufen.

So erschien auf der selben Plattform, wie Hershs „Enthüllung“, bereits nach sieben Stunden ein weiterer Beitrag eines Bloggers⁷ (welcher sonst gewagten bis kruden Thesen gegenüber nicht abgeneigt scheint), der Hershs Darstellung zwar im großen und ganzen als „plausibel“ einschätzt, aber einen Punkt in Frage stellt, der auch seitdem mehrfach aufgegriffen wurde. Dabei handelt es sich um die Tatsache, dass es eine erste Explosion an der Pipeline Nord Stream 2 bereits 17 Stunden und etwa 80km entfernt von den folgenden Explosionen gab und zwar an einem Ort, wo beide

Pipelines relativ weit entfernt voneinander verlaufen. Darauf gehe Hersh gar nicht ein und das passe nicht zu seiner Geschichte, wonach der Ort des Anschlags gerade danach ausgewählt worden sei, dass beide Pipelines nahe beieinander liegen und somit die Sprengladungen in einer relativ kurzen verdeckten Operation durch Taucher angebracht hätten werden können. Laut Hershs Darstellung wurde das Signal zur Zündung dieser Sprengladungen durch eine Sonarboje ausgelöst, die erst kurz zuvor von einem norwegischen Seefernaufklärer vom Typ P8 Poseidon abgeworfen worden sei. Das klingt für Laien erst einmal unnötig kompliziert und für ebendiese sind auch die von Hersh angeführten Überlegungen dahinter schwer einzuschätzen. Mit zwei verschiedenen Orten, an denen mit großem zeitlichen Abstand Sprengungen ausgelöst wurden, ist es aber schwer in Einklang zu bringen. Der hier zitierte Blogger ordnet dieses Problem jedoch so ein, dass die frühere Explosion am entfernten Ort nicht zwingend den geschilderten Hergang bei den anderen Explosionen infrage stelle, aber doch eine erhebliche Leerstelle sei.

Am folgenden Tag erschien auch auf dem britischen Portal The Daily Sceptic⁸, das sich ansonsten v.a. in Bezug auf Covid und den Klimawandel skeptisch zeigt, ein Beitrag, der auf verschiedene Probleme bei Hershs Darstellung verweist. Am umfangreichsten wird dabei auf die Begründung Hershs eingegangen, warum spezialisierte Taucher der Navy eingesetzt wurden und keine Einheiten, die dem Special Operations Command angehören, dessen verdeckte Operationen vorab

der sog. „Achterbände“, einer Art Geheimdienst-Ausschuss des US-Kongresses, mitgeteilt werden müssten. Um dies zu umgehen, habe es auch andere rechtliche Möglichkeiten gegeben und auch die Achterbände sei der Geheimhaltung verpflichtet. Ihre Einbeziehung bei einer solch kritischen Operation hätte deren Legitimität erhöht und dem Präsidenten eher Rückendeckung gegeben. Skeptisch zeigt sich der Bericht auch dahingehend, dass die Sprengladungen im Zuge des NATO-Manövers BALTOPS 22 angebracht worden seien, um die Aktivitäten der Marinetaucher zu verschleiern. Gerade während des Manövers dürften Russland die Aktivitäten vor Ort besonders aufmerksam verfolgt und dokumentiert haben. Es ließe sich ergänzen, dass zu dieser Zeit die Aufklärungsdichte in der Region insgesamt besonders hoch gewesen sein dürfte.

Insgesamt befasst sich viel Kritik an Hersh's Darstellung damit, dass die US-Administration einerseits alles getan habe, um den Kreis der Eingeweihten möglichst klein zu halten und undichte Stellen zu vermeiden, und andererseits gerade nach seinen Ausführungen doch verschiedenste Akteure eingebunden gewesen sein sollen. Konkret genannt werden von Hersh – neben verschiedenen US-Personen und Strukturen – der norwegische Geheimdienst und die norwegische Marine. Kritiker weisen zudem darauf hin, dass die genannten Seefernaufklärer, welche die Sonarboje ausgesetzt hätten, von der norwegischen Luftwaffe betrieben werden – und dass der konkret genannte Typ zu dieser Zeit noch gar nicht in Dienst gestellt worden sei.

Der Beitrag, welcher bislang vermutlich zumindest von den seriöseren Quellen am meisten referenziert wurde, um auf Ungereimtheiten in Hersh's Darstellung hinzuweisen, stammt von Oliver Alexander⁹ und erschien ebenfalls auf der gleichen Plattform, wie der ursprüngliche Beitrag Hersh's und nur zwei Tage später. Alexander wird in den Kommentaren mehrfach eine große Nähe zum US-Sicherheitsapparat vorgeworfen, um ihn als voreingenommen darzustellen. Er greift viele der bislang genannten Kritikpunkte auf und konkretisiert sie teilweise, u.a. anhand von öffentlich einsehbaren Transponderdaten der mutmaßlich beteiligten Schiffe und Flugzeuge. Recht überzeugend ist dies wiederum bezüglich des angeblich als Routineflug getarnten Einsatzes eines norwegischen Seefernaufklärers vom Typ P8 Poseidon.

Dass sein Beitrag voreingenommen ist, kann man ohne Probleme bestätigen; der Absicht, Hersh's „Pipeline-Traum“ – frei übersetzt – zu „durchlöchern“, wird im Titel ganz offen Ausdruck verliehen. An diesem Vorgehen ist grundsätzlich nichts auszusetzen, ein solches ist vielmehr zu begrüßen, wenn ein Enthüllungsjournalist derart detailliert eine Version von Ereignissen darstellt, die von solch enormer und grundlegender

Bedeutung sind, dass sie im Grunde den Fortbestand der NATO in Frage stellen könnten – wenn die beteiligten Regierungen dazu bereit wären.

Auf den ersten Blick sind es gerade die vielen von Hersh genannten Details, die seine Darstellung glaubwürdig machen, weil sie sie auch widerlegbar erscheinen lassen. Implizit nimmt man an, dass ein Investigativ-Journalist von Hersh's Kaliber vor der Veröffentlichung alle oder zumindest viele dieser Details nachgeprüft und mit Expertinnen auf ihre Plausibilität hin diskutiert hat. Diesen Eindruck erwecken seine Enthüllungen in diesem Fall auf den zweiten Blick tatsächlich eher nicht.

Jenseits der in Deutschland sehr polarisierten Debatte positioniert sich Jan van Aken im Neuen Deutschland:¹⁰

„Es waren, so Hersh, die USA, die die Gaspipeline Nordstream im September vergangenen Jahres gesprengt haben. Die Geschichte liest sich wie ein echter Thriller, hört sich logisch an – aber ist sie auch wahr? Ich weiß es nicht, und das ist eine unbefriedigende Antwort.“

Zwar haben laut van Aken „die USA ... durch die Sprengung von Nordstream am meisten zu gewinnen, und Biden könnte mit so einer Aktion der Stärke seine Wiederwahl wohl wahrscheinlicher machen“. Andererseits müsse man stets einkalkulieren, das Geheimdienste „zwei, drei, vier Mal um die Ecke“ denken. Falls es die USA wirklich gewesen wären, würden das vermutlich niemals abschließend aufgeklärt, so Aken weiter:

„Die Bundesregierung, die die Untersuchungen in der Tiefe durchführt, ist nicht neutral. Sie kann deshalb keine überzeugende Aufklärungsarbeit leisten. Nur mal angenommen, sie würde tatsächlich Hinweise für eine tatsächliche Tatbeteiligung der USA finden – ich kann mir nicht vorstellen, dass wir das jemals erfahren würden. Zu klar sind die gemeinsamen Interessenlagen definiert, zu groß die gegenseitigen Abhängigkeiten.“

Da ist man beim ZDF¹¹ optimistischer: „Ermittlungen dieser Art dauern lange und die Geheimhaltungsstufe ist enorm hoch. Dass keine Zwischenergebnisse veröffentlicht werden, soll den Raum für Spekulationen verkleinern und in der aktuell angespannten Lage auf keinen Fall zu einer weiteren Eskalation des Konflikts beitragen. Früher oder später müssen die ermittelnden westlichen Regierungen aber ihrer Informationspflicht nachkommen und die Ermittlungsergebnisse vorstellen. Der Mangel an offiziellen Informationen kann sonst Verschwörungstheorien weiter befeuern.“

Die Bundesregierung und die NATO jedenfalls sehen keinen Grund, Ermittlungsergebnisse abzuwarten, bevor sie möglicherweise den Bock zum Gärtner machen. Vor einem Monat meldete das Rüstungsblatt „Europäische Sicherheit und Technik“ (ESUT): „Deutschland und Norwegen haben auf der Berliner



Bildschirmaufnahme des Youtube-Videos von Greenpeace vom 23. Dezember 2022. Greenpeace startete selbst eine Untersuchung zu Pipeline-Explosionen und hinterließ in den Pipelineüberresten eine Friedensfahne. Quelle: Youtube/Greenpeace Deutschland.

Sicherheitskonferenz im November 2022 die NATO gebeten, Gaspipelines und Internetleitungen auf dem Meeresboden vor Angriffen zu schützen... NATO-Generalsekretär Stoltenberg wurde aufgefordert, dafür eine Koordinierungsstelle einzurichten. Diese Initiative war eine Reaktion auf die Sprengung der beiden Nord-Stream-Pipelines in der Ostsee. Inzwischen zählen Schutz und Sicherung der Unterwasserinfrastruktur zum neuen Aufgabenspektrum der NATO“.

Die Umsetzung erfolgte relativ rasch. Am 13. Februar, fünf Tage nach der Veröffentlichung von Hersh's detaillierten Vorwürfen, meldete u.a. n-tv.de: „Die Nato richtet nach den mutmaßlichen Sabotageakten gegen die Erdgasleitungen Nord Stream 1 und Nord Stream 2 eine Koordinierungszelle für den besseren Schutz kritischer Infrastruktur ein... Nach früheren Angaben haben die die Alliierten die Schutzmaßnahmen von besonders wichtigen Einrichtungen und den Austausch von Geheimdienstinformationen bereits in den vergangenen Monaten verstärkt. In der Nord- und Ostsee wurde so die maritime Präsenz der Nato nach den mutmaßlichen Sabotageakten verdoppelt. Weitere Maßnahmen sollen beim nächsten Gipfeltreffen im Juli in Litauen beschlossen werden.“¹² Ende gut – alles gut?

Anmerkungen

- 1 Seymour Hersh: How America Took Out The Nord Stream Pipeline, seymourhersh.substack.com.
- 2 Siehe: www.jungewelt.de/artikel/444836.wie-die-usa-nord-stream-ausschalteten.html.

- 3 Harald Neuber: Skandal-Bericht über Nord-Stream-Anschläge - Mediale Grabenkämpfe, telepolis.de.
- 4 Friedemann Vogel: Von guten und schlechten anonymen Quellen, uebermedien.de.
- 5 Jan Schneider: Nord Stream - Die Stille nach der Explosion, zdf.de.
- 6 Karl Doemens: Das Leck in der Nord-Stream-Story, derstandard.at.
- 7 Eugyppius: Seymour Hersh on the American „covert sea operation“ to destroy the Nord Stream pipelines, eugyppius.com.
- 8 Ian Rons: Seymour Hersh's Sensational Claims About the Nord Stream Sabotage Don't Add Up, dailysceptic.org.
- 9 Oliver Alexander: Blowing Holes in Seymour Hersh's Pipe Dream, oalexanderdk.substack.com.
- 10 Jan van Aken: »Enthüllungen« zu Nordstream nicht stichhaltig, www.nd-aktuell.de.
- 11 S. FN 5.
- 12 „Nato plant verstärkten Schutz für kritische Infrastruktur“, n-tv.de.

Rezension

Die Grünen. Von der Protestpartei zum Kriegaakteur.

von Yasmina Dahm und Pablo Flock

Das am 9.1.2023 im Hintergrund-Verlag erschienene Buch »Die Grünen. Von der Protestpartei zum Kriegaakteur« von Matthias Rude lädt interessierte, irritierte und frustrierte Leser*innen ein zu einem lehrreichen Spaziergang über den Friedhof der Grünen-Ideale. Rude macht auf nur 80 Seiten deutlich, dass die Grundsätze der Partei Bündnis 90/die Grünen, die sich anlässlich des Krieges in der Ukraine als die Partei hervortaten, die am vehementesten deutsche Waffenlieferungen forderte, nicht erst seit gestern begraben liegen. Detailreich wird hier nachgezeichnet, dass bei den Grünen kein plötzlicher Gesinnungswandel nach der letzten Bundestagswahl stattfand, wie derzeitige Medienberichte glauben machen. Vielmehr handelte es sich bei der Verdrängung antimilitaristischer und antikapitalistischer Positionen aus der Partei um einen langwierigen Prozess, in dem die sogenannten Realos, allen voran der Karrierist Joschka Fischer, in den ,90er Jahren die Überhand gewannen und die Partei im Namen der Regierungs- und Koalitionsfähigkeit auf den (Kriegs-)Kurs der etablierten Parteien brachten.

Besonders für jüngere Leser*innen interessant, dürfte Rudes Dokumentation der Anfänge der damaligen Protest- und Sammelpartei sein, die als Fusion der Öko- und der Friedensbewegung, lokaler Bürgerinitiativen, kommunistischer Studierendengruppen bis hin zu Akteuren aus anthroposophischen und völkischen Milieus versammelte. Mit dem Austritt konservativer und rechter Mitglieder nach der Gründung der ÖDP 1981 war die linksalternative Partei, für die sie heute noch viele halten, konsolidiert. Emanzipatorische Akteur*innen in der frühen Partei wie die Ökofeministin Petra Kelly, die die Grünen als Antiparteien-Partei und parlamentarischen Arm der Friedensbewegung verstanden, prägten dann das Bild der basisdemokratischen, ökologischen, gewaltfreien und sozialen Partei.

In ihrem ersten Bundesprogramm verlangte diese noch nach „einer grundlegenden Alternative für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft“ und schlug mit Forderungen wie der „Abschaffung der BRD und de[r]

Austritt Westdeutschlands aus der Nato“¹, dem Abbau der Bundeswehr, die „Schaffung einer waffenfreien Zone in Ost-und Westeuropa“, ein „Verbot des Waffenhandels“², sowie die „Anprangerung aller Politiker, die Waffensysteme unterstützen“ durchaus noch systemkritische Töne an, die den transatlantischen Konsens der westdeutschen Parteien im Parlament in Frage stellten. Ironischerweise wurde der Partei, trotz des antisowjetischen Kurses sogar der kommunistisch eingestellten Strömungen, wegen dieser Friedenspolitik gerne eine Nähe zu Russland unterstellt. Mit dem Einzug in die Parlamente und der ersten rot-grünen Koalition in Hessen 1985 begann dann das Selbstverständnis der ökologisch-gewaltfreien Partei zu bröckeln. Wie im Brennglas ist die Entwicklung der Grünen an der Biographie des ehemals militanten Sponti-Autonen Joschka Fischer zu sehen, der 1983 das erste grüne Landesministeramt innehatte und 15 Jahre später Vizkanzler wurde. Er und andere, heutige Minister wie etwa Winfried Kretschmann arbeiteten seit den 80ern daran, antikapitalistische und antimilitaristische Positionen in der Partei zu verdrängen. Der Zusammenschluss mit Bündnis 90, welches einen 1989 in der DDR gebildeten Zusammenschluss oppositioneller Bewegungen darstellte, beschleunigte dann die Verabschiedung von antimilitaristischen Positionen noch mehr - dauerte jedoch trotzdem eine Weile an. In den vier Kapiteln von „Hitlers Wiedergänger“, über „Salamitaktik“ bis hin zu „Menschenrechtskriegern“ verliert sich Rudes chronologische Erzählung etwas und es ist Eigenleistung gefordert, um zu bemerken, dass die entscheidenden ,90er Jahre in verschiedenen diskursiven Elementen und Taktiken dargestellt werden, die von den Grünen bis heute gerne wiederverwendet werden. Die verdiente Spitzenpolitiker*innenriege hatte erkannt, wie es Rude mit Jutta Ditfurths Zitat ausdrückt, dass sie nicht an die Regierungsmacht kommen könne „ohne mit grundlegenden linken Positionen zu brechen: Sie muss den Antikapitalismus abwerfen und der NATO die Treue schwören“³ und begann die ehemalige Anti-Parteien-Partei in eine neoliberale Reformpartei zu verwandeln.

Die Basis, kann man dem Buch entnehmen, war von diesen Wendungen nicht so schnell begeistert und entschied sich zumindest bis 1999 weiterhin in ihren Partei- und Wahlprogrammen, das Bekenntnis zur Gewaltfreiheit beizubehalten und auch die NATO-Osterweiterung zu verurteilen und immer noch die Auflösung der NATO zu fordern. Die Militarisierung der Grünen gipfelte dann dennoch in dem unsäglichen Versuch Joschka Fischers die militärische Intervention im Jugoslawienkrieg mithilfe von NS-Vergleichen als humanitäre Intervention zu kaschieren, was von mehreren Auschwitz-Überlebenden wie der Antifaschistin Esther Bejerano in einem offenen Brief mit dem Titel: „Gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge“ kritisiert wurde.

Während dieser Politik in den folgenden Kapiteln mit Bezug auf den aktuellen Völkerrechtsbruch Russlands der Prozess für die offensichtliche Doppelmoral gemacht und gezeigt wird, wie auch in den Oppositionsjahren zwischen 2005 und 2021 die Politik der militärischen Intervention und der Blockkonfrontation beibehalten und ausgebaut wurde, bleiben die Entwicklungen an der Basis der Grünen in den letzten 20 Jahren etwas unterbelichtet. Was geschah mit der Parteibasis, die 1999 noch hehre Ideale in ihren Programmen festhielt und deren Mitglieder und Wähler nun energischer nach Waffenlieferungen rufen als alle anderen?

Trotzdem bleibt Rudes Buch, das durch sein Erscheinen in der Reihe „Wissen Kompakt“ natürlich mit Recht solche komplexen Fragen ausklammert, ein äußerst übersichtliche und gerade für Antimilitarist*innen und Friedensbewegte hilfreiche Zusammenfassung und Argumentationshilfe. Durch kurze Kapitel und die vermehrte Verwendung illustrierender Zitate entsteht ein

guter Lesefluss, der es Leser*innen ermöglicht, sich in kurzer Zeit einen soliden Überblick über Akteur*innen und Meilensteine im Wandel der Agenda der Grünen zu verschaffen.

Auf meist nüchterne und nie zu sarkastische Art und Weise schafft es der Autor durch das bloße Kontextualisieren, Zitieren und Anführen konkreter Schlüsselergebnisse eine vernichtende Kritik der Grünen in ihren eigenen Worten zu formulieren - ohne ihre Sozialpolitik, oder ihr Mitwirken an ökologischen Katastrophenprojekten wie dem Abbaggern von Lützerath, der Rodung des Dannenröder Waldes für mehr Autobahnen oder neue fossile Energieprojekte im globalen Süden, beispielsweise in Namibia oder Nigeria, auch nur zu thematisieren.

Wähler*innen der Grünen, die vor deren Realpolitik der letzten Jahren die Augen verschlossen hielten, dürften bei der Lektüre ins Schlucken geraten, da die von Rude angeführte Beweislast für die Erosion sämtlicher Ideale der Partei erdrückend ist. Ein Buch mit dem Potential allen, die die Militarisierung der Grünen immer noch für eine plötzlich aufgetretene Fatamorgana halten, den Staub aus den Augen zu wirbeln. Es bleibt die Frage, wie es die Grünen immer noch schaffen, sich als öko-soziale Partei zu profilieren.

Anmerkungen

- 1 Die Grünen: Entrüstet euch. Analysen zur atomaren Bedrohung, Wege zum Frieden, Bonn 1981, S.105, S.107.
- 2 Die Grünen: Das Bundesprogramm, Bonn 1980, S.19.
- 3 Jutta Ditfurth: Krieg, Atom, Armut. Was sie reden, was sie tun: Die Grünen, Berlin 2011, S.137.

Verlag Hintergrund; 1. Edition (erschienen am 9. Januar 2023), Umfang von 80 Seiten, Preis 10,90 €.

Matthias Rude hat Philosophie und Vergleichende Religionswissenschaft studiert. Unter seinen Veröffentlichungen finden sich Artikel und Buchbeiträge zu verschiedenen politischen Themen, etwa zu Bellizismus in der Linken oder zur Einflussnahme von Geheimdiensten, NGOs und Stiftungen auf die Ukraine-Politik. Er ist Autor eines Bandes in der theorie.org-Reihe des Schmetterling-Verlags, die sich den theoretischen Grundlagen linker Politik widmet, und von zahlreichen Artikeln, die in Magazinen wie Hintergrund oder Melodie und Rhythmus erschienen sind. Der Autor lebt und arbeitet in Tübingen.



FCAS

Ansatzpunkte für eine Kampagne am Beispiel Stuttgart

von Christoph Marischka

Mit einem geschätzten Gesamtvolumen von sagenhaften 500 Mrd. Euro ist das sog. Future Combat Air System (FCAS) eines der größten Rüstungsprojekte der Welt. Dabei geht es jedoch nicht alleine darum, in zukünftigen Konflikten „Luftüberlegenheit“¹ oder allgemeiner die „europäische und transatlantische Verteidigungsfähigkeit“² sicherzustellen. Nein, es handelt sich auch um ein industriepolitisches Programm, mit dem Deutschland, Frankreich und Spanien sich nicht zuletzt gegenüber dem Verbündeten USA im Bezug auf (militärische) Schlüsseltechnologien positionieren wollen. Das geht einerseits nur gemeinsam, zugleich wird jedoch auch zwischen den beteiligten Staaten und Unternehmen erbittert darum gerungen, wer welche Schlüsselkomponenten beitragen und die zugrundeliegenden Technologien zugleich für sich behalten darf. Wegen dieser zähen Verhandlungen verzögerte sich das Projekt schon mehrfach und stand es auch schon vermeintlich vor dem Aus.

Als eine dieser Schlüsseltechnologien, die im FCAS erstmals umfangreich zum Einsatz kommen soll, wird auch von den beteiligten Firmen immer wieder gerne „künstliche Intelligenz“ (KI) genannt. Obwohl dieser Begriff schwammig ist und verschiedene Anwendungen, die der KI zugerechnet werden, längst auch bei europäischen Armeen im Einsatz sind, wird FCAS absehbar der militärischen Anwendung von KI zum Durchbruch verhelfen. Dafür spricht unter anderem, dass Airbus als einer der Hauptakteure des Konsortiums und das Fraunhofer FKIE in Bonn früh eine an das Projekt angeschlossene „Arbeitsgemeinschaft Technikverantwortung“ gebildet haben, um – vermeintlich „[e]rstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik“ – „ein verteidigungspolitisches Großprojekt von Beginn an“ durch Überlegungen zu ethischen und rechtlichen Aspekten der neuen Technologien zu begleiten.³ Zur generellen Notwendigkeit des Einsatzes von KI in künftigen Waffensystemen hat sich die AG allerdings schon eindeutig positioniert und dabei gleich mal heftig gegen Initiativen aus Wissenschaft und Zivil-

gesellschaft ausgeteilt, die sich grundsätzlich gegen „Autonomie“ in Waffensystemen aussprechen. Das „politisch aufgeladene Schlagwort der ‚Autonomen Waffensysteme‘“ bezeichnen sie in diesem Zusammenhang z.B. als „bewusst irreführend“.⁴

Das FCAS ist dabei als „System der Systeme“ konzipiert, das nur im Kern aus einem bemannten Kampfflugzeug der nächsten Generation (NGF) bestehen soll, zusätzlich jedoch über eine sog. Combat Cloud (informationstechnische Gefechts-Wolke) mit verschiedenen unbemannten Flugzeugen, Waffensystemen, Satelliten und Gefechtsständen verbunden sein und damit eine Informationsüberlegenheit in nahezu Echtzeit gewährleisten soll. Darüber hinaus sollen auch was Tarnung, Cybersicherheit und Verschlüsselung, Elektronische Kampfführung und Entscheidungsunterstützung angeht, neueste Technologien zum Einsatz kommen. Eines jedenfalls ist ganz klar: Solch ein Waffensystem braucht man nicht für irgendwelche so genannten Friedenseinsätze oder UN-Missionen, sondern für den Krieg gegen einen ebenfalls hochgerüsteten Gegner mit ausgereifter industrieller und technologischer Infrastruktur. Entsprechend werden auch diese potentiellen Kontrahenten, insbesondere China, die Entwicklung des FCAS ganz genau verfolgen und ihrerseits nachrüsten.

Nicht nur wegen der Kosten, sondern auch wegen der zu erwartenden technischen und ethischen Dammbrüche sowie der mit dem FCAS verbundenen Eskalationsdynamik im internationalen Wettbewerb und Rüstungswettlauf ist es deshalb begrüßenswert, dass verschiedene Organisationen in Deutschland aktuell eine Kampagne gegen das Großprojekt vorbereiten. Sie werden dabei vor der Herausforderung stehen, dass es sich bei FCAS um ein kompliziertes und relativ abstraktes Großprojekt handelt, das sich – trotz der bereits jetzt verausgabten Milliardenbeträge – zunächst nur in Planungsbüros, hoch-spezialisierten Komponenten in ebensolchen Werkshallen und wenigen Demonstratoren materialisieren wird. Das bemannte Kampfflug-

zeug der nächsten Generation als Kernelement soll beispielsweise erst ab 2040 einsatzbereit sein.

Um die mindestens bis dahin relativ abstrakte Entwicklung des FCAS trotzdem sichtbar zu machen, wird deshalb vorgeschlagen, das dahinter stehende Netzwerk von Unternehmen und Institutionen herauszuarbeiten und zwar an einem Ort, der bislang und absehbar keine zentrale Rolle bei der Entwicklung des FCAS spielen wird. Trotzdem lässt sich auch an Stuttgart deutlich machen, wie umfassend das Rüstungsprojekt und die damit verbundenen technologischen Entwicklungen sind und wo es deshalb auch überall Ansatzpunkte für die kommende Kampagne gibt.

Die Combat Cloud ...

Nordöstlich von Stuttgart befindet sich in Ditzingen der deutsche Hauptsitz des französischen Unternehmens Thales, das zu den zehn größten Rüstungsherstellern in Europa zählt. Sein Repertoire in diesem Bereich ist umfassend und reicht von Abwehrkanonen auf Schiffen und Bodenradaren zum Grenz- und Feldlagerschutz über Helmdisplays für Kampfpiloten bis hin zu Komponenten für Satelliten und Kommunikations-Infrastruktur für Panzer. Mit der Übernahme der entsprechenden Teile der Stuttgarter Firma Standard Elektrik Lorenz wurde Thales zum wichtigsten Ausrüster des Heeres mit Funkgeräten. Entsprechend große Hoffnungen machte sich der Konzern, beim deutschen Mammut-Projekt Digitalisierung landbasierter Operationen (D-LBO) abräumen zu können. Grob gesagt handelt es sich dabei um das Vorhaben, alle Einheiten des Heeres mit modernen und kompatiblen Funkgeräten und Computern auszustatten, die zugleich u.a. Bilder und Ziel- bzw. Positionsdaten übertragen können. Die so erzeugte Datenwolke ermöglicht es dann auch auf verschiedenen Ebenen, KI als Entscheidungsunterstützung in einen Gefechtsverlauf zu integrieren, der sich dadurch absehbar massiv beschleunigen wird. In den Worten von Thales handelt es sich dabei um einen „Informations- und Kommunikationsverbund, der auf der untersten taktischen Ebene beim abgesehenen Soldaten beginnt und auf der Ebene des verlegfähigen Gefechtsstands endet... Insgesamt bis zu 25.000 Fahrzeuge und bis zu 155.000 Soldaten sollen dann untereinander vernetzt kommunizieren können“.⁵

Bislang konnte Thales im Rahmen von D-LBO jedoch nur kleinere Verträge abschließen. Der aus dem 100-Mrd.-Sondervermögen finanzierte Auftrag zur Bereitstellung von bis zu 34.000 Funkgeräten für knapp 3 Mrd. Euro, dem der Haushaltsausschuss in seiner letzten Sitzung 2022 zustimmte, ging hingegen an das Münchner Rüstungsunternehmen „Rohde & Schwarz“.

Nun hofft Thales, umfangreich von FCAS profitieren zu können und sich zugleich als Standard in der informationstechnischen Vernetzung der europäischen Luftstreitkräfte etablieren zu können. Hierzu unterzeichnete das Unternehmen im Februar 2020 ein Abkommen mit Airbus, um gemeinsam die „Air Combat Cloud“ des FCAS zu entwickeln, also jenen Datenverbund, über den Gefechtsstände, bemanntes Kampfflugzeug, Satelliten und Drohnen Daten austauschen sollen, wozu auch die Bestätigung von Zielvorschlägen und die Missionsplanung für autonome Subsysteme zählt. Bereits zuvor hatten sich auch deutsche Rüstungsunternehmen in Position gebracht: Im Juni 2019 hatten die Unternehmen Hensoldt, Diehl Defence, ESG und – wiederum – Rohde & Schwarz auf der Paris Air Show die Gründung eines Konsortiums bekannt gegeben, welches das Future Combat Mission System für FCAS entwickeln will. Hier steht noch etwas konkreter der „vernetzte Einsatz von Sensoren und Effektoren“ im Mittelpunkt.⁶ Das Konzept „Sensor-2-Shooter“ wird gerade viel unter dem Begriff des Hyperwar diskutiert und stellt demnach eine Reaktion auf die zunehmende Integration autonomer Systeme und die massiv wachsende Menge zu verarbeitender Daten dar: „Eine Antwort auf diese Entwicklung ist die resiliente Vernetzung von Sensorik und Effektorik beteiligter Kräfte, wie etwa Kameras, Drohnen und unbemannte Land- und Luftsysteme. Die Vielzahl der aufkommenden Daten und Informationen wird dabei mit den verfügbaren Wirkmitteln in Bezug gesetzt. Dadurch lassen sich einem militärischen Führer im besten Falle bereits Angebote für angemessenes Handeln unterbreiten – das Prinzip „Sensor to Shooter“.“⁷

Natürlich sind die beiden Konsortien Ausdruck sowohl zwischenstaatlicher Konkurrenz in Hinblick auf Technologie und Standardisierung als auch klassischer Konkurrenz zwischen den beteiligten Unternehmen. Es ist jedoch absehbar, dass bei einem Großprojekt wie FCAS für alle Beteiligten etwas abfallen wird, auch wenn um die Aufteilung der verschiedenen Komponenten politisch hart gerungen wird. Dass FCAS jedoch bereits lange vor seiner Realisierung und der Vergabe konkreter Aufträge für die abschließende Realisierung den (west-)europäischen Rüstungsmarkt restrukturiert, ist jedenfalls offensichtlich.

... und Stuttgarter Bezüge

Wie gesagt, hat Thales seinen deutschen Hauptsitz nahe Stuttgart – im Übrigen in Nachbarschaft zu einer größeren Niederlassung von Atos, einem weiteren zentralen französischen Dienstleister bei der Digitalisierung der Bundeswehr und der französischen Streitkräfte. Diese befindet sich im Gewerbepark des benachbarten

Weilimdorf, wo sich auch eine kleinere Niederlassung von Rohde & Schwarz befinden soll (die jedoch auf der unternehmenseigenen Liste der Niederlassungen in Deutschland⁸ nicht aufgeführt ist). Laut der Website it.region-stuttgart.de, die von der öffentlich getragenen Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH betrieben wird, handelt es sich hierbei um einen Standort der Rohde & Schwarz SIT GmbH. Diese ist dafür bekannt, nach dem Ende der DDR mit Unterstützung des BND ehemalige Angehörige der Stasi integriert zu haben⁹ und entwickelt seither Verschlüsselungslösungen für Regierungsbehörden und Bundeswehr.

Die Unternehmen Hensoldt und Airbus haben keine größeren Niederlassungen in Stuttgart selbst. Eine Tochterfirma der Rüstungssparte von Airbus befindet sich mit der Tesat-Spacecom GmbH jedoch in Backnang, gut 20km nordwestlich des Zentrums von Stuttgart und Endhaltestelle zweier Stuttgarter S-Bahnlinien. Spezialisiert auf Sensorik für Satelliten und Laserkommunikation und hierbei weltweit einigermassen führend, wäre es durchaus plausibel, dass hier Komponenten des FCAS-Kommunikationsverbundes entwickelt werden könnten.

Standorte von Hensoldt befinden sich lediglich in der weiteren Umgebung der Landeshauptstadt, darunter Richtung Osten in Aalen und Oberkochen. In Aalen arbeiten nach Unternehmensangaben „rund 70 Kollegen intensiv an der Veredelung von rohen Sensordaten hin zu missionsrelevanten Informationen“. In Oberkochen „entwickeln, konstruieren und produzieren“ demnach etwa 700 Mitarbeitende „modernste optische und optronische Geräte für militärische, zivile und sicherheitstechnische Anwendungen. Optronische Systeme aus Oberkochen ermöglichen eine schnelle und detaillierte Aufklärung zur Kampfunterstützung, zum Grenzschutz und zum Schutz kritischer Infrastrukturen“. In Pforzheim westlich von Stuttgart befindet sich ein Standort, der auf die Avionik spezialisiert ist, worunter elektronische Sensor- und Steuersysteme in Luftfahrzeugen verstanden werden. Nach Unternehmensangaben wurde dort die „bestehende Produktpalette ... auch um industrielle Multicopter und Autopiloten/Flugcomputern für UAVs und OPVs“, also Steuerungssysteme für (potentiell) unbemannte Luftfahrzeuge, „erweitert“. ¹⁰ Weitere Hensoldt-Standorte in Baden-Württemberg liegen in Ulm und Immenstaad am Bodensee. Da es sich bei Hensoldt um die 2017 von Airbus ausgegliederte Sensorik- und Elektronik-Sparte von Airbus handelt, befinden sich entsprechende Standorte von Airbus oft noch in unmittelbarer Nachbarschaft oder einzelne Kostenstellen sogar auf dem Gelände der jeweiligen Hensoldt-Niederlassungen.

Campus Vaihingen

Sowohl Hensoldt als auch Airbus unterhalten jedoch enge Verbindungen zur Universität Stuttgart, deren technisch-naturwissenschaftliche Institute überwiegend auf dem Campus Vaihingen angesiedelt sind. Zu einzelnen dieser Institute bestehen besonders enge Verbindungen. Seit 2018 ist die Universität Stuttgart einer von drei deutschen Partnern im Airbus Global University Partnership Programme (AGUPP). Das entsprechende Abkommen unterzeichnete für die Uni Prof. Peter Middendorf vom Institut für Flugzeugbau (IFB) anlässlich der internationalen Luft- und Raumfahrtmesse in Berlin. Zukünftig wolle man „junge Menschen gemeinsam auf ihre Karriere in der Luft- und Raumfahrt vorbereiten“, ließ sich der Airbus-Vertreter aus diesem Anlass zitieren.¹¹ Peter Middendorf als Leiter des IFB hatte laut seinem Lebenslauf an der Universität der Bundeswehr in München studiert, wo er nach einer zwischenzeitlichen Stellung als Sachgebietsleiter Eurofighter bei der Luftwaffe in Köln als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig war, bevor er bis zur Ernennung als Professor in Stuttgart zehn Jahre lang in verschiedenen Unternehmen beschäftigt war, die heute zu Airbus gehören. Das IFB macht auch in seiner „Institutsgeschichte“ keinen Hehl aus der langen Geschichte der Zusammenarbeit mit Industrie und Militär, einschließlich des Zweiten Weltkrieges.¹² Das Institut hat mehrere Drittmittelprojekte gemeinsam mit Airbus durchgeführt, u.a. sein Forschungsbereich Flugzeugentwurf arbeitet eng mit dem Unternehmen zusammen. Ähnliches gilt für das Institut für Flugmechanik und Flugregelung (IFR), das gemeinsam mit Airbus u.a. ein Steuerungssystem für unbemannte Luftfahrzeuge entwickelt, sowie das Institut für Luftfahrtsysteme (ILS). Mehrfach befinden sich Airbus-Ingenieure unter den Lehrbeauftragten. Das ILS dokumentiert aktuell (17. Januar 2023) mehrere Praktikums- und Stellenangebote des Raketenherstellers MBDA, von Airbus und auch des Deutschen Zentrums Luft- und Raumfahrt (DLR), davon zumindest eine mit explizit militärischem Bezug.¹³ Auch eine Stelle als Werksstudentin bei Hensoldt wird dort („im Bereich Airborn SIGINT“) beworben.

Auch das DLR hat einen eigenen Standort auf dem Campus Vaihingen. Das DLR ist in sehr viele zivile Forschungsprojekte eingebunden, übernimmt aber auch unmittelbare militärische Funktionen wie die Steuerung und Datenverarbeitung der Aufklärungs- und Kommunikationssatelliten der Bundeswehr bzw. des BND. Bereits im Oktober 2018 hatten das DLR und die Rüstungssparte von Airbus „eine Rahmenvereinbarung zur künftigen Kooperation bei Forschungsaktivitäten im Bereich Forschung und Technologie“ unterzeichnet und als Anlass hierfür explizit auf FCAS

verwiesen: „Vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen hin zu einer deutsch-französischen Kooperation im Kontext eines Luftkampfsystems der Zukunft (FCAS) ist es notwendig, wesentliche Voraussetzungen für technologische Weiterentwicklungen zu schaffen. Eine der Grundlagen hierfür bildet die synergetische Nutzung von wissenschaftlicher Expertise und industrieller Erfahrung“.¹⁴ Als Beispiel hierfür wird das Projekt „Diabolo“ für „Technologien und Entwurf von Kampfflugzeugen der nächsten Generation“ genannt, an dem neben zehn verschiedenen Instituten des DLR auch Airbus und MTU beteiligt sind und das vom BMVg finanziert wird. Zwar sind die sieben DLR-Institute, die in Vaihingen präsent sind, nicht an Diabolo beteiligt, wohl aber das „Systemhaus Technik“ des DLR, das dort einen seiner fünf Standorte unterhält und nach eigenen Worten „einmalige Geräte, Anlagen und Modelle für die Spitzenforschung“ konzipiert, entwickelt und fertigt.¹⁵

Zuletzt sollte noch erwähnt werden, dass sich in Sichtweite des Campus Vaihingen auch der Stuttgarter Standort des Max-Planck-Instituts für Intelligente Systeme (MPI-IS) befindet. Dieses ging in wesentlichen Teilen aus dem Tübinger Max-Planck-Institut für biologische Kybernetik hervor, das Grundlagenforschung zu KI und Künstlichen Neuronalen Netzen (KNN) betreibt und bereits in der Vergangenheit auch mit der Rüstungsindustrie kooperiert hat. Führende Wissenschaftler*innen beider MPIs sind mit dem Projekt MICrONS, finanziert von der IARPA, der gemeinsamen Forschungsbehörde der US-Geheimdienste, an Grundlagenforschung zu maschinellem Sehen und KNNs beteiligt. V.a. das MPI-IS arbeitet dabei – u.a. im Rahmen des öffentlich geförderten „Cyber

Valley“ – eng mit dem Weltkonzern Amazon zusammen, der KI nicht nur in der Werbung und Logistik anwendet, sondern auch für die Datenverwaltung von US-Geheimdiensten und Pentagon nutzbar macht. Engere Bezüge des MPI-IS zu FCAS oder anderen konkreten Rüstungsprojekten sind zwar bislang nicht bekannt, aber angesichts der gewaltigen Forschungsaufwendungen für FCAS und der Tatsache, dass es der militärischen Anwendung von KI in Europa den Weg ebnen könnte, könnten hier militärische Fragestellungen zukünftig weiter an Relevanz gewinnen.

Duales Studium und Bildungspartnerschaften

2021 hatte der Sozialistisch-Demokratische Studierendenverband (SDS) an der Dualen Hochschule Baden Württemberg (DHBW) recherchiert, ob und in welchem Umfang die DHBW mit der Rüstungsindustrie kooperiert. „Die Resonanz unter Studierenden und auch Alumnis zu unserer Recherche waren von großer Betroffenheit gezeichnet“, schreiben sie in einem offenen Brief an die Leitung der DHBW. Darin heißt es u.a.: „Im Laufe unserer Recherche haben wir Kooperationen an nahezu allen Standorten mit verschiedensten Unternehmen der Waffenindustrie festgestellt: An den Standorten Ravensburg, Lörrach, Stuttgart und Villingen-Schwenningen werden Studierende unter anderem in den Studiengängen Wirtschaftsinformatik, Maschinenbau, BWL und Wirtschaftsingenieurwesen ausgebildet. Wir haben Kooperationen mit über 15 Rüstungsunternehmen festgestellt, zu diesen zählen u.a. Krauss-Maffei Wegmann, die Rüstungssparte von Airbus, Thales, Heckler & Koch, Junghans, Rheinmetall, Hensoldt, Diehl sowie die Northrop-Tochter Nor-



Protest gegen FCAS an der SPD-Zentrale in Berlin im Jahr 2021. Quelle: Wikimedia/ Jus1133.

throp Grumman LITEF in Freiburg im Breisgau“.¹⁶ Ohne bewussten Bezug zu FCAS sind unter den beispielhaft genannten Unternehmen mit Airbus, Thales, Hensoldt und Diehl mindestens vier Akteure benannt, die sehr konkret an FCAS beteiligt sind bzw. beteiligt sein wollen. Auch das DLR bietet in sieben Studiengängen Arbeitsplätze für Studierende der DHBW an.

U.a. Airbus und Hensoldt werben aktiv für ein duales Studium. So schreibt etwa Airbus auf seiner Homepage: „Das Duale Studium bei Airbus bereitet dich auf spannende Tätigkeitsfelder in der Luft- und Raumfahrtindustrie vor. Unser Ziel ist es, dir ein hochwertiges, praxisnahes Studium sowie einen sicheren Arbeitsplatz nach deinem erfolgreichen Abschluss anzubieten“. Überschriften ist die Seite mit dem Titel: „Duales Studium bei Airbus in Deutschland - Eröffne dir neue Perspektiven“.¹⁷ Unter den fünfzehn genannten Standorten, an denen ein Duales Studium demnach möglich ist, werden u.a. Backnang, Ulm und Friedrichshafen genannt. Auch Hensoldt bewirbt Bachelor-Studiengänge in verschiedenen Fachbereichen an seinen verschiedenen Standorten und spricht damit junge Menschen an, die „an Technik interessiert und bereit [sind,] Verantwortung in spannenden Projekten“ zu übernehmen. Auf der selben Seite werden auch „Schülerpraktika“ in unterschiedlichen Formaten angeboten: „Wir wollen zusammen mit dir herausfinden, wo deine Stärken liegen und dich für einen passenden Beruf begeistern!“. Die IHK Ulm unterstützt das Rüstungsunternehmen beim Abschluss so genannter Bildungspartnerschaften und listet aktuell für den Großraum Ulm sechs Schulen auf, die mit Hensoldt eine Zusammenarbeit vereinbart haben.¹⁸ Hensoldt berichtet hierüber unter der Überschrift „Schülern Technik schmackhaft machen“.¹⁹ Im Dezember 2021 wurde Hensoldt „dank seiner engagierten, zielgerichteten Förderung der Auszubildenden und dual Studierenden sowie durch die umfassende Begleitung bei der beruflichen Orientierung von Schülerinnen und Schülern“ vom Netzwerk Schulwirtschaft mit dem 1. Platz beim Wettbewerb „Schülerwirtschaft-Starter“ ausgezeichnet, der vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gefördert wird und im konkreten Fall in (digitaler) Präsenz des parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Bareiß verliehen wurde.²⁰

Sonstige Stuttgarter Bezüge

Während Airbus für die Konzeption der als „Remote Carriers“ bezeichneten Drohnen und die Combat Cloud des FCAS zuständig sein wird, soll das eigentliche Kampfflugzeug vom französischen Rüstungsunternehmen Dassault gebaut werden – mit Triebwerken, die wiederum von MTU entwickelt werden. Auch Das-

sault unterhält einen kleinen Standort bei Stuttgart und zwar wiederum nahe am Campus Vaihingen im STEP (STEP Stuttgarter Engineering Park), der von einer gleichnamigen GmbH entwickelt wird, die (ebenso wie der Technologiepark Tübingen-Reutlingen als Gravitationszentrum des „Cyber Valley“) der landeseigenen baden-württembergischen Förderbank L-Bank und damit dem Land gehört. Konkret handelt es sich bei dem eher unscheinbaren Standort im neuen Technologiepark um den deutschen Hauptsitz von Dassault Systèmes, der bereits in den 1980er Jahren ausgegliederten Software-Sparte des Unternehmens, die aber – wie die v.a. in der Rüstung aktive Dassault Aviation – weiterhin zur Dassault Group gehört. Eine unmittelbare Involvierung des Stuttgarter Standortes in FCAS ist damit eher unwahrscheinlich.

Im März 2021 berichtete das DLR, es habe sich „mittels Computersimulationen an Entwurf und Entwicklung eines neuartigen Mechanismus beteiligt, der das gezielte Absetzen von unbemannten Flugzeugen (Unmanned Aerial Vehicle, UAV) von der Heckrampe eines fliegenden Transportflugzeugs ermöglicht. Das Projekt wurde in Kooperation mit Airbus, der Geradts GmbH und der SFL GmbH durchgeführt“. Geradts Systemtechnik ist ein kleines Unternehmen aus Bremen, das v.a. für die Rüstungsindustrie und das DHL tätig ist. Die SFL GmbH wurde nach eigenen Angaben aus dem Umfeld des Instituts für Flugzeugbau (IFB, s.o.) gegründet und entwickelte zunächst u.a. Solarflugzeuge und zuletzt v.a. unbemannte Luftfahrzeuge, teilweise auch explizit für den militärischen Gebrauch. Seinen Standort hat es zwischen dem Campus Vaihingen und dem STEP. Das simulierte Absetzen einer Drohne im Flug aus einem Airbus A400M wurde im Dezember 2022 auch praktisch umgesetzt. Aero.de schreibt hierzu: „Eine Sprecherin der Bundeswehr erklärte den Zusammenhang der Tests mit dem FCAS-Programm wie folgt: ‚FCAS soll aus bemannten Mehrzweckkampfflugzeugen, unbemannten Begleitflugzeugen sowie neuen Waffen- und Kommunikationssystemen bestehen. Transportflugzeuge wie die A400M fungieren als ‚Kraftverstärker‘ und Reichweitenverlängerer für die Remote Carrier““. Ein A400M solle demnach künftig „bis zu 40 Drohnen aufnehmen können“.²¹ Neben dem inhaltlichen besteht aber v.a. auch ein institutioneller Zusammenhang, wie ihn das DLR in seinem Beitrag zur vorangegangenen Simulation beschreibt: „Das Projekt ist Teil der Initiative ‚Innovationen für FCAS‘ (I4 FCAS) mit dem Ziel, deutsche nicht-traditionelle Verteidigungsunternehmen (sog. non-traditional defence players), die Startups, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Forschungsinstitute abdecken, in die Entwicklung des Future Combat Air System (FCAS) einzubeziehen.

Diese im April 2020 eingeleitete Initiative wurde vom deutschen Verteidigungsministerium finanziert²². Es ist also ein explizites und strategisch verfolgtes Ziel, über FCAS zusätzliche Unternehmen und Forschungsinstitute in die Rüstung einzubeziehen.

Ansatzpunkte für Protest

Wie gezeigt wurde, bietet auch der Großraum Stuttgart verschiedene Orte und Ansatzpunkte, um auf das Mega-Rüstungsprojekt FCAS hinzuweisen oder Protest v.a. gegen die damit verbundenen Kosten zu organisieren. Neben Kosten und Eskalationspotential ist auch darauf hinzuweisen, wie entsprechende Projekte zur Militarisierung der Gesellschaft, insbesondere der Forschung und der Industrie beitragen können und tw. auch sollen. Während es sich bei Hensoldt, MTU und Diehl um eindeutige Rüstungsunternehmen handelt, die mit FCAS reicher und mächtiger werden können, wird es bei anderen Unternehmen wie Airbus und Thales zumindest zum Ausbau der Rüstungssparte beitragen. Bildungsk Kooperationen mit solchen Unternehmen sind dann umso mehr abzulehnen oder zumindest eindeutig auf die zivile Entwicklung zu beschränken – was sich in der Praxis allerdings schwierig gestalten dürfte.

Nicht alle Unternehmen und v.a. Forschungsinstitute, die hier genannt wurden, sind bislang konkret in FCAS eingebunden und bei einigen mag das zumindest an den konkreten Standorten um Stuttgart auch eher unwahrscheinlich bleiben. Trotzdem ist auch hier – vielleicht sogar gemeinsam mit den Beschäftigten, Forschenden und Studierenden – auf die Gefahr hinzuweisen, dass die gewaltigen, für FCAS in Aussicht gestellten Ressourcen, auch ihre Forschungsbereiche, Studiengänge oder Unternehmen transformieren und in die Rüstung einbinden könnten – und sollen. Man sollte bei solchen Diskussionen stets auch bedenken, welchen Einfluss es auf Forschung, Bildung und Industrie haben könnte, wenn die geschätzten 500 Mrd. und die damit verbundene Industrie- und Forschungspolitik nicht auf die Entwicklung eines Kampffjets, einer Combat-Cloud und Drohnenschwärmen für einen großen Krieg, sondern auf die Bekämpfung des Klimawandels, des Hungers oder der sozialen Ungleichheit abzielten. Ob die Lösung dieser Probleme in der Luft- und Raumfahrt zu finden wären, kann allerdings bezweifelt werden.

Anmerkungen

- 1 <https://www.diehl.com/defence/de/produkte/fcas/fcas/>
- 2 <https://www.fcas-forum.eu/en/articles/ki-in-der-verteidigung/>
- 3 <https://www.fcas-forum.eu/mission>
- 4 <https://www.fcas-forum.eu/en/articles/ki-in-der-verteidigung/>

- 5 <https://www.thalesgroup.com/de/europe/deutschland/dlbo-ten>
- 6 https://www.rohde-schwarz.com/ch/unternehmen/news-und-presse/all-news/deutsche-unternehmen-gruenden-fcms-konsortium-fuer-zukuenftiges-luftkampf-system-fcas-auf-der-paris-air-show-pressemitteilungen-detailseite_229356-653484.html
- 7 <https://blackned.de/projekte/digitalisierung-landbasierte-operationen/>
- 8 https://www.rohde-schwarz.com/de/about-germany/rs-in-germany/rohde-schwarz-in-deutschland_251133.html
- 9 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/zweite-karriere-ex-stasi-kryptologen-arbeiten-fuer-bundesregierung-und-nato-a-719573.html>
- 10 <https://www.hensoldt.net/de/career/career-hubs/deutschland/standorte-in-deutschland/>
- 11 <https://www.uni-stuttgart.de/universitaet/aktuelles/meldungen/Universitaet-Stuttgart-und-Airbus-vereinbaren-Partnerschaft/>
- 12 <https://www.ifb.uni-stuttgart.de/institut/geschichte/>
- 13 <https://www.ifr.uni-stuttgart.de/institut/Stellenausschreibungen/>
- 14 https://www.dlr.de/content/de/artikel/news/2018/4/20181018_dlr-airbus-kooperation.html
- 15 https://www.dlr.de/sht/Portaldata/56/Resources/dokumente/neuer_flyer/SHT-Broschu_re_online.pdf
- 16 <https://sdsstuttgartdhbw.noblogs.org/post/2021/08/18/offener-brief-des-sds-an-die-dhbw/>
- 17 <https://www.airbus.com/en/careers/apprentices-and-pupils/dual-study-germany>
- 18 <https://www.ihk.de/ulm/aus-und-weiterbildung/bildungsnetzwerk-schule-wirtschaft/bp-liste-schulen-3984628>
- 19 <https://www.hensoldt.net/de/news/making-technology-appealing-to-students/>
- 20 <https://innovationsregion-ulm.de/2021/12/16/hensoldt-ausgezeichnete-ausbildungsfoerderung/?lang=en>
- 21 <https://www.aero.de/news-44121/Airbus-A400M-setzt-Drohne-ab.html>
- 22 https://www.dlr.de/content/de/artikel/news/2021/01/20210309_a400m-uav-launcher.html

Das Puma-Debakel

Der Pannen-Schützenpanzer und das marode Beschaffungswesen der Bundeswehr

von Jürgen Wagner

Am 14. Dezember 2022 gab der Haushaltsausschuss des Bundestages in seiner letzten Sitzung des Jahres grünes Licht für die ersten größeren Rüstungsprojekte, die aus dem Bundeswehr-Sondervermögen (sprich: den Schulden) von 100 Mrd. Euro bezahlt werden sollen. Als größter Batzen wurden 8,3 Mrd. Euro (mit Folgeaufträgen mindestens 10 Mrd. Euro) für die Anschaffung von F-35 Kampffjets [bewilligt](#). Damit wurde auch der Beibehaltung der Nuklearen Teilhabe und damit der fortgesetzten Stationierung von US-Atomwaffen in Deutschland zugestimmt, obwohl sich bei der F-35 bereits jetzt immense Probleme abzeichnen (siehe Kasten).

Noch krasser verhält es sich mit dem Schützenpanzer Puma, der – nicht erst – in den letzten Wochen spektakulär von sich reden machte. Kaum ausgeliefert, musste der Panzer gleich wieder nachgerüstet werden, um den Anforderungen der NATO entsprechen zu können. Und kaum hatte der Bundestag die diesbezüglichen Gelder für die letzte Nachrüstungsmarge am 14. Dezember [bewilligt](#), wurde der ganze Prozess schon wieder auf Eis gelegt, nachdem sich die – nachgerüsteten – Panzer bei einer Übung als Totalausfall erwiesen hatten. Angetreten sei das Projekt mit dem Anspruch, der „modernste und schlagkräftigste Schützenpanzer weltweit“ zu werden, [wetterte](#) Welt-Journalist Thorsten Jungholt. Nun sei er „eines der größten Fehlschläge in der Geschichte der deutschen Rüstungsindustrie.“

Im Anschluss an das Debakel begannen Politik, Militär und Industrie sich die Schuld gegenseitig in die Schuhe zu schieben. Doch egal, wer hier am Ende die Hauptverantwortung trägt, die Episode zeigt vor allem einmal mehr, wie hoffnungslos dysfunktional das Beschaffungswesen der Bundeswehr ist. Das hindert die interessierten Akteure allerdings nicht daran, zumindest in einer Sache an einem Strang zu ziehen, nämlich unverdrossen weitere Milliarden zu fordern, um dieses marode System weiter zu befeuern.



Schützenpanzer als Rohrkrepiierer

Beim Schützenpanzer Puma handelt es sich um eine der ganz besonderen „Erfolgsgeschichten“ des deutschen Beschaffungswesens: Bis das letzte Exemplar der ersten Bestellmarge („Los“) ausgeliefert wurde, war eine Verspätung von 69 Monaten angehäuft, während die Kosten von ursprünglich 4,3 Mrd. Euro um zusätzliche 1,388 Mrd. Euro deutlich anstiegen.

Neben Verspätungen und Verzögerungen haperte es augenscheinlich auch an der Qualität des Pumas. Jedenfalls wurden bereits 2019 erste Nachrüstungen („Konfigurationsstand S1“) von 40 Exemplaren in Auftrag gegeben, noch bevor das erste Los mit insgesamt 350 Pumas im Juni 2021 vollständig ausgeliefert worden war. Nötig wurde dies, weil der Panzer ansonsten nicht den Anforderungen der Schnellen NATO-Eingreiftruppe (VJTF) entsprochen hätte, deren Führung die Bundeswehr am 1. Januar 2023 übernommen hat.

Mit Auslieferung des ersten Loses erhielten die Konstrukteure Rheinmetall und Krauss-Maffei Wegmann im Juni 2021 den [Auftrag](#), für 1 Mrd. Euro weitere 154 der Schützenpanzer auf VJTF-Standard zu bringen. Außerdem wurde eine Option für die Nachrüstung weiterer 143 Puma für 820 Mio. Euro vereinbart, die dann am 14. Dezember 2022 von den Abgeordneten des Haushaltsausschusses [bewilligt](#) wurden (allerdings waren die Kosten mittlerweile bereits auf 850 Mio. Euro gestiegen).

Dadurch wurden inzwischen Aufträge zur Nachrüstung von 337 Pumas vergeben, addiert man die 13 Schulfahrzeuge hinzu, für die kein Upgrade vorgesehen ist, war somit das gesamte erste Los nachrüstungs-technisch vermeintlich unter Dach und Fach. Auf der Internetseite des Verteidigungsministeriums war man zu diesem Zeitpunkt noch sichtlich zufrieden: „143 Schützenpanzer Puma können für rund 850 Millionen Euro auf einen einheitlichen Konstruktionsstand nachgerüstet werden. Mit der Nachrüstung werden alle Puma der Bundeswehr ein einheitliches und einsatz-

taugliches technisches Niveau erreichen.“ ([bmvg.de](https://www.bmvg.de), 14.12.2022) Außerdem lag man mit der Auslieferung der für die VJTF-Übernahme vorgesehenen ersten 40 aufgebohrten Schützenpanzer im Februar 2022 im Plan – dachte man zumindest, weshalb auch die Diskussion um die Beschaffung eines zweiten Puma Loses parallel von da ab Fahrt aufnahm.

Rad vs. Kette

Noch bevor das jüngste Debakel seinen Lauf nahm, blies dem Puma sowohl aus dem Parlament wie auch bundeswehrintern teils ein rauer Wind entgegen. Als der Haushaltsausschuss am 11. November 2022 das Bundeswehr-Budget für 2023 genehmigte (50,1 Euro Mrd. plus 8,5 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen), versahen die Parlamentarier die Entscheidung mit einem [Maßgabebeschluss](#), in dem die Skepsis gegenüber dem Puma deutlich zum Ausdruck kam. In ihm wurde die Bundesregierung aufgefordert, „zu prüfen, ob eine Fortführung des 2. Loses PUMA noch Sinn ergibt.“

Neben der Nachrüstung der Puma-Panzer bewilligten die Haushalter am 14. Dezember 2022 u.a. auch noch die Gelder für die Anschaffung von Überschneefahrzeugen (Neue Generation/Collaborative All-Terrain Vehicles (CATV)) – Kostenpunkt 552 Mio. Euro (ein weiteres, bislang noch nicht bewilligtes Los mit 210 Einheiten für 870 Mio. Euro soll scheinbar noch folgen). Nach einer langen Hängepartie, bei der die Sache auch vor Gericht landete, meldete die Bundeswehr auch bei der Anschaffung eines neuen Sturmgewehrs Vollzug: „Das ‚System Sturmgewehr Bundeswehr‘ – ein auf dem HK416 A8 des Herstellers Heckler und Koch basierendes neues Sturmgewehr – soll das G36 als Standardgewehr der Bundeswehr ablösen. Die Bundeswehr kann nun 118.718 neue Sturmgewehre für rund 209 Millionen Euro beschaffen. Die ersten Waffen werden der Truppe im Jahr 2024 zulaufen. Die Auswahlentscheidung war bereits im Frühjahr 2021 gefallen, allerdings hatte ein Nachprüfungsverfahren gegen die Entscheidung durch einen unterlegenen Bieter den Vertragsabschluss verzögert.“ ([bmvg.de](https://www.bmvg.de), 14.12.2022)

Etwas unscheinbar kommen die neuen Funkgeräte daher, deren Gelder ebenfalls am 14. Dezember bewilligt wurden. Allerdings handelt es sich dabei um eine Schlüsselkomponente der Dimension „Führungsfähigkeit/Digitalisierung“, die mit rund 20 Mrd. Euro den größten Anteil aus dem Sondervermögen der Bundeswehr erhalten soll. Darin spielt das Programm Digitalisierung landbasierter Operationen (D-LBO) eine

Lange galt die Anschaffung eines zweiten umfangreichen Puma-Loses als gesetzt, vor allem nachdem dessen Finanzierung aus dem Sondervermögen als gesichert erschien (siehe [Bundeswehr-Sondervermögen: Ausrüstung als Konjunkturpaket](#), Telepolis, 5.6.2022). Im März 2022 war noch die Rede von 229 weiteren Pumas gewesen, eine Zahl, die in den letzten Monaten deutlich nach unten korrigiert wurde. Am 7. Dezember 2022 meldete dann das Fachportal [Europäische Sicherheit & Technik](#) (7.12.2022): „Der Umfang eines zweiten Loses des Schützenpanzers Puma fällt offenbar deutlich geringer aus als erwartet. Wie aus dem vorgestern veröffentlichten 16. Rüstungsbericht des Verteidigungsministeriums hervorgeht, soll der Bestand des Schützenpanzers beim Heer bis zum Jahr 2031 von 350 auf 400 Einheiten steigen – ein Plus von lediglich 50 Exemplaren. [...] Ursprünglich sollten in einem zweiten Los über 200 Pumas beschafft werden, um die seit den 70er Jahren im Einsatz befindlichen Schützenpanzer Marder, mit dem weiterhin Panzergrenadierbataillone ausgerüstet sind, abzulösen. Zuletzt hatte das Heer einen Bedarf von 111 Pumas angemeldet. Diesem Wunsch wird nun offenbar nicht entsprochen.“

zentrale Rolle – und hiervon ist wiederum die Beschaffung neuer Funkgeräte ein wesentlicher Aspekt. Insgesamt scheint es laut einem Artikel des Security Table (14.12.2022) um ein Volumen von 5,1 Mrd. Euro zu gehen. Aus dem Sondervermögen sollen 1,35 Mrd. Euro für etwa 20.000 Funkgeräte bewilligt werden, die über die nächsten 15 Jahre ausgeliefert werden sollen. Ferner scheint es eine Option für den Kauf weiterer 14.000 Funkgeräte zum Preis von 1,52 Mrd. Euro zu geben. Sollte diese Option gezogen werden, dürfte der Betrag wohl dem „regulären“ Militärhaushalt entnommen werden. Dies gilt auch für die Betriebskosten, die laut Security Table 2,2 Mrd. Euro über die nächsten 20 Jahre betragen dürften. Profitieren wird von dem Auftrag vor allem das Münchner Unternehmen Rohde & Schwarz.

Die politisch wie finanziell wohl gewichtigste Entscheidung, die von den Bundestags-Hausholdern am 14. Dezember abgenickt wurde, betrifft die Nachfolge der Tornado-Kampfflugzeuge: „Die Beschaffung der F-35-Kampffjets stellt eine tragende Säule beim 100-Milliarden-Programm der Bundeswehr dar. Es handelt sich womöglich um die wichtigste Investition, die mit dem Sondervermögen getätigt werden soll. Die größte ist sie mit Sicherheit.“ (Augsburger Allgemeine, 6.12.2022).

Politisch ist die Entscheidung deshalb von großer Tragweite, weil sie gleichbedeutend mit der Beibehaltung der lange Zeit hochumstrittenen Nuklearen Teilhabe und damit der Lagerung von US-Atomwaffen in

Der nachlassende Enthusiasmus hat dabei nicht nur mit der schier endlosen Pannenserie des Puma zu tun, sondern er ist auch ein Resultat eines Flügelstreits innerhalb des Verteidigungsministeriums, über den in der [WirtschaftsWoche](#) (3.6.2022) folgendes nachzulesen war: „Im Kern geht es bei dem Konflikt offenbar um die künftigen Schwerpunkte des Heeres. Bisher setzten die Planer in größerem Umfang auf eine Verteidigung nahe der deutschen Grenzen. Dafür wollten sie neben den schweren Leopard-2-Kampfpanzern vor allen gut geschützte Puma-Schützenpanzer. [...] Angesichts der wachsenden Bedeutung schneller Eingreiftruppen im Rahmen der Nato und den Erfahrungen im Ukrainekrieg drängt nun offenbar Heeresinspekteur Alfons Mais auf mehr mobile Kampfverbände. Diese sollen wie die US Army vor allem Kampfwagen mit Radantrieb nutzen, weil die wegen ihres geringeren Gewichts schneller verlegt werden können als Kettenfahrzeuge.“

Deutschland ist. Bislang sind es nämlich noch Tornados, mit denen im Ernstfall deutsche Pilot*innen die wohl 10 bis 15 in Deutschland lagernden US-Atomwaffen ins Ziel fliegen würden. Aufgrund ihres Alters wird deren Wartung aber immer kostspieliger, weshalb diejenigen, die sich seit eh und je für eine Fortsetzung der Nuklearen Teilhabe aussprachen, schon lange auf neue Kampffjets gedrängt hatten. Nach langen und teils heftig geführten Auseinandersetzungen sprach sich Kanzler Olaf Scholz in seiner Zeitenwende-Rede im Februar 2022 schließlich für die Beschaffung von F-35 Kampffjets aus und beendete damit faktisch die Debatte (siehe IMI-Analyse 2022/08).

Konkret geht es nun um insgesamt 35 F-35-Flugzeuge des US-Herstellers Lockheed Martin, die ersten acht sollen bereits 2026, sämtliche Exemplare bis 2029 zur Verfügung stehen. Was die Kosten anbelangt, ist meist von dem vom Haushaltsausschuss auch tatsächlich am 14. Dezember bewilligten Betrag von rund 8,3 Mrd. Euro zu lesen. Dabei handelt es sich allerdings „nur“ um die Kosten für 35 F-35 (7,6 Mrd. Euro) sowie einer Anfangsbewaffnung (Luft-Luft-, Luft-Boden-Effektoren und Scheinziele) für 683 Mio. Euro. Das gesamte Preisschild wird aber deutlich höher ausfallen: Ab 2023 werden nämlich die Kosten für weitere Bewaffnungstypen sowie für den notwendigen Ausbau der Infrastruktur in Büchel anfallen, wo sich die F-35 und die US-Atombomben befinden werden. Das alles wird sich auf mindestens 9,99 Mrd. Euro summieren. Ob sich Deutschland hier hat über den Tisch ziehen lassen, ist schwer einzuschätzen. Vielleicht zahlen sich aber nun die 24.000 Euro, die F-35 Hersteller Lockheed Martin laut abgeordnetenwatch allein für ein

Die Probleme des Puma in Kombination mit dem Bedeutungszuwachs beweglicher Kräfte dürften zur Folge gehabt haben, dass die Stückzahl des zweiten Puma-Loses immer weiter sank und stattdessen wohl vermehrt Radpanzer des Typs Boxer angeschafft werden sollen. Außerdem dokumentierten die Abgeordneten des Haushaltsausschusses mit einem weiteren [Maßgabebeschluss](#), diesmal zur Freigabe der Gelder für die Nachrüstung weiterer 143 Pumas am 14. Dezember 2022, erneut ihren Unmut: „Vor Einbringung einer 25 Mio. Euro Vorlage zur Beschaffung weiterer SPz PUMA 2. LOS, ist zu prüfen und sicherzustellen, dass die Maßgaben erfüllt sind und alle SPz PUMA 1. Los angemessen umgerüstet werden.“ ([Maßgabebeschluss](#) des Haushaltsausschusses vom 14.12.2022) Das Geld für die Nachrüstung der Panzer wurde also zwar freigegeben, aber weitere Mittel für ein zweites Puma-Los sollen nur bewilligt werden, wenn die aufgerüsteten Exemplare auch wirklich reibungslos funktionieren.

Abendessen ausgegeben haben soll, an dem u.a. die Abgeordneten Marcus Faber (FDP), Kerstin Vieregge (CDU) und Wolfgang Hellmich (SPD) teilgenommen hätten, nun aus. Jedenfalls liegt der zu entrichtende Stückpreis von 217 Mio. Euro samt Ersatzteilkpaket doch deutlich über dem, was Norwegen im Januar 2022 (197 Mio. Dollar) und Finnland im Februar 2022 (147 Mio. Dollar) berappen müssen (siehe IMI-Analyse 2022/08).

Der eigentliche Hase liegt aber ohnehin bei den Betriebskosten im Pfeffer, die noch einmal weit über den Beträgen liegen, die für die Beschaffung bereitgestellt werden. Für unterschiedliche Länder angefertigte Schätzungen dieser Lebenszykluskosten liegen zwischen dem 3,6fachen (Schweiz) bis hin zum Fünffachen (Kanada) des Einkaufspreises. Und das für einen Flieger, der so fehleranfällig ist, dass er nach Berechnungen des US-Rechnungshofes GAO im Schnitt gerade einmal zu 40 Prozent der Zeit voll einsatzbereit ist (siehe Milliardengrab Kampffjet F-35 – auch für Deutschland, Telepolis, 16.11.2022). Bei den angegebenen Kosten handelt es sich im Übrigen um Mindestbeträge, die auch noch steigen können – das Verteidigungsministerium (BMVg) rechnet sogar relativ fest damit: „Das Bundesverteidigungsministerium sieht inzwischen erhebliche Risiken bei der geplanten Beschaffung von F-35-Tarnkappenbomben in den USA. Dies geht aus einem vertraulichen Schreiben an den Haushaltsausschuss des Bundestags hervor. Das Ministerium warnt vor ‚zeitlichen Verzögerungen und Mehrkosten‘ wegen äußerst aufwendiger Vorbereitungsarbeiten. Das geheime Schreiben ist eingestuft als ‚Verschlussache - nur für den Dienstgebrauch‘.“ (Deutsche Welle, 4.12.2022)

Totalausfall – Totalstopp

Nur wenige Tage nach Freigabe der Puma-Gelder platzte die Bombe in Form eines von Spiegel Online am 17. Dezember 2022 veröffentlichten Schreibens von Generalmajor Ruprecht von Butler an seinen Chef, den Inspekteur des Heeres. Butler ist Kommandeur der 1. Panzerdivision, zu der auch die Panzergrenadierbrigade 37 aus Frankenberg gehört, die seit Januar 2023 den Kern der VJTF-Truppe der Nato stellt.

Genau für diese Aufgabe waren die im Februar 2022 ausgelieferten ersten 40 auf VJTF-Standard aufgebohrten Pumas vorgesehen, von denen kurz zuvor 18 in einer wohl nicht einmal sonderlich anspruchsvollen Übung getestet worden waren. Das Ergebnis lässt sich dem Brief Butlers entnehmen – ebenso wie dessen Verärgerung: „Von 18 einsatzbereiten Schützenpanzern, mit der die Kompanie begonnen hatte, sank die Einsatzbereitschaft während der letzten acht Ausbildungstage auf 0 Schützenpanzer. [...] Sie können sich vorstellen, wie die Truppe die Zuverlässigkeit des Systems Puma nun bewertet. [...] Mit der üblichen Zuverlässigkeit [sic] deutscher Landfahrzeuge ist dies nicht zu vergleichen, und wir sprechen hier über Fahrzeuge, die wir mit erheblichen [sic!] Kostenaufwand auf einen anderen - vermeintlich - zuverlässigeren Stand gebracht hatten. Dies ist gerade auch für die mir unterstellte Truppe belastend.“ (Generalmajor Ruprecht von Butler, [Spiegel Online](#), 17.12.2022)

Ursächlich für die Probleme sei die komplexe Elektronik gewesen, auch Kabelbrände wären aufgetreten. Es werde nun Monate dauern, bis die Pumas wieder am Start wären – und das eben zu dem Zeitpunkt, zu dem sie eigentlich für die VJTF zur Verfügung stehen sollten. Er sehe sich deshalb gezwungen, so Butler in seinem Schreiben, für die VJTF nun auf die jahrzehntealten Marder zurückzugreifen. Generell sei die Einsatzfähigkeit der Pumas inzwischen zu einem „Lotteriespiel“ geworden, so Butlers Fazit.

Kurz darauf wurden erste Konsequenzen aus dem Debakel gezogen: „Verteidigungsministerin Lambrecht erklärte nicht nur, dass die für kommendes Frühjahr geplante Bestellung weiterer Schützenpanzer dieses Typs vorerst zurückgestellt werde. Auch die vom Haushaltsausschuss des Bundestages erst in der vergangenen Woche freigegebenen Gelder für eine Nachrüstung der bereits beschafften Pumas sollen vorerst nicht genutzt werden: Der entsprechende Vertrag, hieß es aus dem Ministerium, werde zunächst nicht gezeichnet.“ (Thomas Wiegold, [TableSecurity](#), 20.12.2022)

Vor diesem Hintergrund ist nicht nur die Zusage gerissen worden, für die VJTF-Übernahme im Januar 2023 40 funktionierende Schützenpanzer auf NATO-Standard einspeisen zu können. Auch die von

Deutschland zugesagte schwere Division mit 266 Puma-Schützenpanzern mit VJTF-Standard dürfte sich kaum rechtzeitig bereitstellen lassen – zumal der diesbezügliche Zeitplan von 2027 auf 2025 nach [vorne gezogen](#) wurde. Der Welt-Journalist Thorsten Jungholt [glaubt](#) jedenfalls nicht mehr daran: „Wie das jetzt noch gelingen soll, ist das Geheimnis des Verteidigungsministeriums.“

Die angedrohte Beendigung des Puma-Projekts hätte jedenfalls erhebliche Folgen für die deutschen NATO-Zusagen gehabt: „Aus dem Puma-Projekt auszusteigen hätte massive Auswirkungen auf die Bundeswehr - finanziell und strukturell. Bis 2025 haben Lambrecht und Generalinspekteur Eberhard Zorn der Nato eine voll einsatzbereite Division mit rund 30.000 Soldaten zugesagt. Der Puma wäre wesentlicher Bestandteil und schon zuvor gab es erhebliche Zweifel an der Umsetzbarkeit des Projektes. [...] Ein Puma-Kaufstopp hätte damit unmittelbar zur Folge, dass Deutschland eines seiner zentralen Nato-Versprechen nicht einhalten könnte.“ ([tagesschau.de](#), 20.12.2022)

Pikante Details

Tage nach den Puma-Ausfällen drangen weitere Details an die Öffentlichkeit. So etwa dass der Rechnungshof laut [FAZ](#) (26.12.2022) bereits im September 2022 forderte, die Nachrüstung sowie den Ankauf weiterer Schützenpanzer bis auf weiteres auszusetzen: „Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) hat die Nachrüstung von 143 Schützenpanzern Puma Mitte Dezember trotz grundsätzlicher Bedenken des Rechnungshofes durch den Bundestag gebracht. Der Bundesrechnungshof hatte laut der Abstimmungsvorlage am 2. September 2022 in einer Prüfmitteilung empfohlen, ‚die Vertragsverhandlungen abubrechen, da weder die Vorgaben des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages (HHA) umgesetzt seien, noch das System eine technische Reife aufweise, die eine Folgebeschaffung rechtfertigen würde‘.“ ([FAZ](#), 26.12.2022) Ungeachtet dessen habe das Verteidigungsministerium dem Puma gegenüber dem Haushaltsausschuss nichtsdestotrotz die „technische Reife“ attestiert und so den Weg für die Freigabe der 850 Mio. Euro zur Nachrüstung des restlichen ersten Loses freigemacht, so die FAZ weiter. Das wollte das Verteidigungsministerium so nicht auf sich sitzen lassen, allerdings kam dessen „[Entgegnung](#)“ am 27. Dezember 2022 doch recht flapsig daher: „Wir haben die Bemerkungen des Bundesrechnungshofs 2022 zur Kenntnis genommen und nehmen jede Bemerkung sehr ernst.“

Auch der zeitliche Ablauf der „Schadensmeldung“, wie er von der [FAZ](#) (23.12.2022) beschrieben wird, wirft einige Fragen auf: „Am Morgen vor der Sitzung

brannte beim Heer aber schon die Luft. Gerade war die Nachricht von den kaputten Schützenpanzern eingetroffen. Generalmajor Ruprecht von Butler, Kommandeur der 10. Panzerdivision, rief vormittags Johann Langenegger an, den stellvertretenden Inspekteur des Heeres. Ein nicht ganz gewöhnlicher Vorgang, wie manche sagen. [...] Parlament und Ministerin wurden offenbar erst einmal nicht informiert, und so bewilligte der Haushaltsausschuss wenige Stunden später die 850 Millionen für die Modernisierung.“

Beweisen lässt es sich nicht, aber die Vermutung liegt nahe, dass man die heiklen Informationen bezüglich der ausgefallenen Pumas erst einmal unter Verschluss halten wollte, bis die entsprechenden Gelder bewilligt worden waren. Dies zumindest legt auch der zuvor zitierte [FAZ-Artikel](#) (23.12.2022) nahe: „‘Ein guter Tag für die Bundeswehr‘ sei das, sagte Lambrecht [zur Freigabe der Gelder im Haushaltsausschuss], bevor sie in den Regierungsfieger nach Afrika stieg. Die Zeitwende werde nun ‚mit Leben‘ gefüllt. Sie wollte ihr schwieriges erstes Jahr als Verteidigungsministerin mit einem Erfolg beschließen. Und der Puma sollte Teil dieser erfolgreichen Bilanz sein.“

Sturm im Wasserglas?

Nachdem allerdings der schonungslos offene „Schadensbericht“ über die Puma-Ausfälle Spiegel Online zugespielt worden war, ließ sich die ganze Angelegenheit beim besten Willen nicht mehr verheimlichen. Schnell versuchten sich daraufhin Industrie, Politik und Militär gegenseitig die Schuld für die Puma-Misere in die Schuhe zu schieben: „An der Spitze der Bundeswehr, im Ministerium und bei der Industrie hieß es jetzt: Rette sich wer kann. Alle kämpften gegen alle, die Stimmung war zum Zerreißen gespannt, und immer noch hatte man kein vollständiges Bild über die wirkliche Schadenslage. [...] Am Montagabend dann hatte die Ministerin ihre Linie gefunden. Der Tagesbefehl hieß: Angriff auf die Industrie, auf die Hersteller des Puma, Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall. Abends im Heute-Journal ging Lambrecht in die Offensive. ‚Die Industrie ist in der Pflicht‘, sagte sie. Bevor sich der Puma nicht als stabil erweise, werde es keine neuen Bestellungen geben. ‚Diesen Weg werden wir gemeinsam gehen oder ihn eben abbrechen, wenn es sein muss.‘ Am Tag darauf begann der Gegenangriff. Mehrere Vertreter der betroffenen Unternehmen begannen sich in vertraulichen Gesprächen zu wehren. Das erste Argument aus der Industrie: Hier werde von Politik und Militär ein ‚Riesenbuhei‘ um Lappalien gemacht. Zwar sei die Untersuchung noch im Gang, aber eines sei jetzt schon klar: Die meisten der angeblich havarierten Pumas hätten nur Bagatellschäden gehabt.“ ([FAZ](#), 23.12.2022)

Als Reaktion auf die Anschuldigungen der Ministerin ließ die Industrie ein „internes“ Papier durchsickern, demzufolge die Schuld beim Militär liege: „Sowohl die Truppe als auch die Industrie versuchen nun fieberhaft, den Grund für den Massenausfall festzustellen. Bei der Fehlersuche, so heißt es in einem internen Protokoll der Industrie, deute einiges auf Probleme bei der Truppe hin: Die Einheit habe weder die nötigen Ersatzteile mit in diese Übung genommen noch ausreichend Sonderwerkzeug. Die bereitstehende Hilfe der Herstellerfirmen sei nicht angefordert worden.“ (Thomas Wiegold, [TableSecurity](#), 20.12.2022)

Außerdem handele es sich bei den Problemen überwiegend um „Kleinstschäden“, das Ganze sei lediglich ein „Sturm im Wasserglas“, wie der Vorstandsvorsitzende von Rheinmetall, Armin Papperger, [monierte](#). Und tatsächlich [meldete](#) das Handelsblatt kurz vor Jahresende 2022, 17 der 18 defekten Panzer seien wieder instand gesetzt. Allerdings müssten die Pumas nun zum „Panzer-TÜV“ und stünden erst einmal für einen längeren Zeitraum nicht zur Verfügung: „Die 18 Puma sollen nach dem Pannen-Check nun direkt die Hauptuntersuchung durchlaufen. Diese werde weitere Zeit in Anspruch nehmen, hieß es in den Kreisen. Ab März sollten die Schützenpanzer der Bundeswehr dann wieder zur Verfügung stehen.“ ([Handelsblatt](#), 30.12.2022)

Kommando zurück!

Trotz aller Versuche, das Ganze als Lappalie darzustellen - schlussendlich standen die nachgerüsteten Pumas nicht für eine Verwendung in der VJTF zur Verfügung, die Bundeswehr musste also auf Marder-Schützenpanzer zurückgreifen. Dennoch ging die Industrie schnell dazu über, systematisch gegen die „ungerechtfertigten“ Anschuldigungen der Verteidigungsministerin Stimmung zu machen, während in den Medien mal offen, mal verdeckt ihr Kopf gefordert wurde. Besonders nach ihrem, in der Tat missglückten, aber vergleichsweise harmlosen Neujahrsvideo, das zu einem waschechten Skandal aufgebauscht wurde, wirkte Lambrecht sichtlich angezählt.

Noch am 2. Januar 2023 hieß es in der [Wirtschaftswoche](#), Lambrecht habe ihren Laden nicht im Griff und wolle davon ablenken, indem sie der Industrie ungegerechtfertigt die Schuld für diverse Pannenserien in die Schuhe schieben wolle: „‘Die Ministerin muss die Probleme in ihrem Haus aktiv benennen und auch gegen Widerstände durchsetzen‘, sagt Christian Mölling, Forschungsdirektor bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Er sieht den ‚Radikalumbau‘ als letzte Möglichkeit für Lambrecht. Nur so könne die Ampelregierung sicherstellen, bis 2025 der Nato

verlässlich eine versprochene vollausgestattete und einsatzbereite Heeresdivision bereitstellen zu können. Nur so lasse sich auch ein dauerhaftes Engagement für die Ukraine garantieren. [...] Anstatt aber im Ministerium aufzuräumen, zeigt Lambrecht lieber auf andere. Deutsche Waffenhersteller etwa sind verärgert, weil sie immer wieder als Sündenböcke herhalten müssen.“ Gerüchten zufolge soll sich Lambrecht bereits länger zu ihrem schlussendlich am 16. Januar 2023 eingereichten Rücktritt entschieden haben, womöglich waren es aber auch diese scharfen Angriffe aus der Rüstungsindustrie, die ihr den Rest gegeben haben. Noch zuvor traten sie und ihr Ministerium jedoch bereits wieder den Rückzug in Sachen Puma an. Schon in einem [Sachstand](#) des Verteidigungsministeriums vom 4. Januar 2023 wurde der Ton wieder deutlich entschärft. Vor allem die zuvor im Raume stehende grundsätzliche Abkehr vom Puma war erst einmal wieder ebenso vom Tisch, wie die zuvor verkündete Aussetzung der Nachrüstung des ersten Loses auf den VJTF-Standard – ein zweites Los könne allerdings erst beschlossen werden, sollten sich die nachgerüsteten Puma bewährt haben. Konkret heißt es im „[Sachstand beim Schützenpanzer Puma](#)“ dazu: „Grundsätzlich ist der Puma ein leistungsfähiger Schützenpanzer und verfügt über die Fähigkeit, der Truppe im Gefecht Wirkungsüberlegenheit zu verschaffen. [...] Aktuell werden 150 Puma des 1. Loses auf den verbesserten Konstruktionsstand ‚S1‘ gebracht. Zusätzlich wird das technisch-logistische Konzept der Truppe weiter ausgestaltet. Die Wirksamkeit der Maßnahmen sind Voraussetzung für die Auslösung weiterer Nachrüstooptionen oder die Beauftragung des 2. Loses.“

Marodes Beschaffungswesen

Am Ende des Liedes bleibt vor allem, dass der Schützenpanzer viele Jahre zu spät und viel teurer als geplant ausgeliefert wurde, dann für teuer Geld aufgerüstet werden musste, um für die VJTF überhaupt zu taugen und am Stichtag war der Panzer dann trotzdem gegen die Wand gefahren: Für die Führung der VJTF greift die Bundeswehr nun seit Januar 2023 auf 28 Marder-Schützenpanzer [zurück](#). Doch egal, wer am Ende die Hauptverantwortung in diesem Fall trägt, wahrscheinlich ein Mix aus allen beteiligten Akteuren, die jüngsten Puma-Pannen sind vor allem symptomatisch für das insgesamt hoffnungslos dysfunktionale Beschaffungswesen der Bundeswehr, das bereits seit Jahren in der Kritik steht. Zuletzt kam im Mai 2022 eine im Auftrag von Greenpeace angefertigte [Studie](#) zu dem Ergebnis, diverse Probleme beim Beschaffungsprozess würden Mehrkosten zwischen 35% und 54% verursachen. In schöner Regelmäßigkeit dokumentiert auch die Bundeswehr ihr Scheitern bzw. das ihres Beschaf-

fungswesens in Form von halbjährlich erscheinenden [Rüstungsberichten](#). Darin legt das Ministerium vor allem Zeugnis über den Stand, die Verspätungen und die Kostensteigerungen der wichtigsten Bundeswehr-Großprojekte ab. Im letzten Anfang Dezember 2022 erschienenen Bericht ließ sich nachlesen, dass die untersuchten Rüstungsprojekte mit einem Gesamtvolumen von 68,8 Mrd. Euro dem ursprünglichen Zeitplan im Schnitt 27 Monate hinterherhinken würden und dabei insgesamt rund 12 Mrd. Euro teurer seien als anfangs geplant.

Auf den ersten Blick weichen diese neuen Zahlen erheblich vom Frühjahrsbericht 2022 ab: Demgegenüber sind sowohl die Verzögerungen (48 Monate) als auch die Kostenüberschreitungen (16,9 Mrd. Euro) deutlich gesunken. Bei näherem Hinsehen zeigt sich aber, dass diese Werte vor allem darauf zurückzuführen sind, dass einige der spektakulärsten Rohrkrepiere nach Auslieferungsende aus der Statistik gefallen sind. Neben dem Puma haben der Bundeswehr zum Beispiel auch der nun nicht mehr aufgelistete Transporthubschrauber NH90 (Mehrkosten: 1,343 Mrd. Euro; Verzögerung: 134 Monate) und die Fregatte F125 (1,258 Mrd. Euro; 56 Monate) über Jahre die Pannenstatistik verhagelt. Die neu aufgenommenen Projekte (F-126, U212, PEGAUS...) befinden sich noch in ihren Anfängen und hatten somit bislang noch wenig Gelegenheit, um signifikante Verzögerungen und Mehrkosten zu verursachen.

Wie beschrieben, wird sich der Bundeswehr-Haushalt im kommenden Jahr auf 50,1 Mrd. Euro plus 8,5 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen belaufen. Davon sollen nach aktuellen Planungen 2023 insgesamt 71 große Rüstungsprojekte (25-Mio-Euro-Vorhaben) beschlossen werden. Dementsprechend schnellen auch die Rüstungsinvestitionen in die Höhe: Von vergleichsweise moderaten 4,181 Mrd. Euro (2017) stiegen sie bereits auf 7,652 (2021) und 9,933 (2022) deutlich an, nur um dann mit 16,211 (2023) und anschließend mindestens 22 Mrd. Euro (2024) richtig zu explodieren. Nichts deutet aber darauf hin, dass der marode Beschaffungsapparat in der Lage sein wird, solch gigantische Steigerungen absorbieren zu können. Im vorigen Jahr wurde beispielsweise erneut ein „mittlerer dreistelliger Mio-Betrag für Beschaffung mangels Kapazitäten im Beschaffungsprozess nicht abgerufen.“ (griephan-Briefe, Nr. 001/23) Insofern sind weitere Pleiten, Pech und Pannen bereits vorprogrammiert. Das sollte vielleicht auch denen zu denken geben, die trotz – und teils sogar wegen – der jüngsten Probleme weiter reflexhaft nach immer mehr Geld rufen, um diesen dysfunktionalen Apparat weiter zu befeuern.

EDIRPA

Nächster illegaler EU-Rüstungstopf in der Mache

von Jürgen Wagner

Nach der „Europäischen Friedensfazilität“ (EFF) und dem „Europäischen Verteidigungsfonds“ (EVF) befindet sich aktuell das dritte große de facto EU-Militärbudget in der Konkretisierungsphase. Mit dem „Instrument zur Stärkung der Europäischen Verteidigungsindustrie durch Gemeinsame Beschaffung“ (EDIRPA) sollen künftig insbesondere gemeinsame Munitionskäufe finanziert werden – und wie die beiden anderen Töpfe ist auch dieses geplante Instrument de facto illegal. Dennoch wird aktuell eifrig daran gefeilt, dem Ganzen den Anschein der Rechtmäßigkeit zu geben, weil EDIRPA unter anderem auch den Weg für ein ebenfalls bereits in Planung befindliches, noch einmal deutlich größeres Beschaffungsbudget ebnen soll.

EDIRPA-Kommissionsvorschlag

Den EU-Staaten geht durch die Lieferungen an die Ukraine die Munition aus, es soll dringend nachgefüllt werden. Eine Option hierfür soll das „Instrument zur Stärkung der Europäischen Verteidigungsindustrie durch Gemeinsame Beschaffung“ (EDIRPA) sein. Laut einem ersten [Kommissionsvorschlag](#) vom Juli 2022 sei es nur so möglich, die Bestände aufzufüllen und die Ukraine weiter zu beliefern: „[Es] wird darauf hingewiesen, dass die Mitgliedstaaten angesichts der Sicherheitslage und der bereits erfolgten Verbringungen in die Ukraine die Verteidigungsfähigkeit dringend wiederherstellen müssen. Insbesondere würde ihnen eine Wiederauffüllung der Materialbestände auch ermöglichen, der Ukraine weitere Hilfe zu leisten.“

Die Kommission sah hierfür zunächst 500 Mio. Euro vor, die Ausschüttung der Gelder sollte aber an verschiedene Bedingungen geknüpft werden: Eine Finanzierung soll nur dann erfolgen, wenn sich mindestens drei Staaten zusammenfinden, dadurch die europäische Rüstungsindustrie gestärkt wird und es sich um kurzfristige Beschaffungen handelt – im [Kommissionsvorschlag](#) heißt es dazu: „Die durch das Instrument bereitgestellte finanzielle Unterstützung durch die

EU müsste Verfahren zur kooperativen Beschaffung im Verteidigungsbereich durch die Mitgliedstaaten fördern und der EDTIB [rüstungsindustriellen Basis] zugutekommen, zugleich aber die Handlungsfähigkeit der Streitkräfte der EU-Mitgliedstaaten, die Versorgungssicherheit und eine größere Interoperabilität sicherstellen.“

Als Starttermin wurde ursprünglich noch 2022 anvisiert, was sich nun aber vor allem aufgrund von Rangeleien um die parlamentarischen Zuständigkeiten zwischen Sicherheit & Verteidigung (SEDE), dem Industrieausschuss (ITRE) und dem Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) auf Juli 2023 verzögert. Letztlich sind jetzt SEDE und ITRE gleichberechtigt verantwortlich und haben einen Berichtsentwurf zur Ausgestaltung von EDIRPA vorgelegt, der gegenüber dem Kommissionsvorschlag an einigen wichtigen Stellen Veränderungen anmahnt.

Verdreifachung des Budgets

Laut der [Europäischen Sicherheit & Technik](#) ist an dem EP-Berichtsentwurf vor allem bemerkenswert, dass er eine deutliche Aufstockung des Budgets fordert: „Die beiden Berichterstatter von SEDE und ITRE, Michael Gahler und Zdzisław Krasnodębski, sprechen sich in ihrem Berichtsentwurf von Mitte Januar für die Erhöhung des Finanzvolumens von EDIRPA von 500 Millionen Euro auf 1,5 Milliarden Euro aus.“

Während im Kommissionsvorschlag nicht näher präzisiert wurde, was genau mit EDIRPA-Geldern – übrigens auch rückwirkend bis hin zum 24. Februar 2022 – finanziert werden soll und kann, wird dies mit dem [Berichtsentwurf](#) detailliert nachgereicht. Darin ist unter anderem die Rede von „allen Arten von Munition“ einschließlich „Luft-Boden-Munition mittlerer und großer Reichweite, insbesondere präzisionsgelenkte Munition und Marschflugkörper“.

Der strittigste Punkt im Berichtsentwurf betrifft den Vorschlag, das Instrument auch für Nicht-EU-Staaten zu öffnen. Das Fachportal [Bruxelles2](#) schreibt dazu (übersetzt mit deepl.com): „Die Berichterstatter fordern,

dass die an dem Instrument teilnehmenden Mitgliedstaaten ‚das Recht haben, die Ukraine und die Republik Moldau zur Teilnahme an der Aktion einzuladen‘ und daher gemeinsame Verträge mit diesen Ländern abzuschließen (Artikel 5). Mit dem Argument, dass dies für diese Länder ‚eine Grundlage für die spätere Einbeziehung ihrer Verteidigungsindustrien in die europäische verteidigungstechnologische und -industrielle Basis (EDBIT)‘ darstellen würde. Sie öffnen diese Tür auch für Georgien, ‚sobald der Europäische Rat ihm den Status eines Kandidatenlandes zuerkennt‘.“

Ironischerweise könnte das hier verfolgte Ziel, die Armeen dieser Länder auf Material aus EU-Ländern zu polen, noch eher als industriepolitische Maßnahme durchgehen als die Ausstattung der eigenen Armeen, die primär militärisch-machtpolitischen Gesichtspunkten folgt. Dennoch scheint für manche hier die ganze Angelegenheit rechtlich doch zu wacklig zu werden.

Rechtlich windig

Wie häufig erwähnt, verbietet Artikel 41(2) des EU-Vertrages die Finanzierung von Maßnahmen mit verteidigungspolitischen Bezügen aus dem EU-Haushalt. Dennoch existieren inzwischen, wie bereits erwähnt, diverse De-facto-EU-Militärbudgets, unter anderem die „Europäische Friedensfazilität“ (EFF), die insbesondere der Finanzierung von Waffen für „befreundete“ Akteure dient. Hierfür standen ursprünglich zwischen 2021 und 2027 5,7 Mrd. Euro zur Verfügung, weil dieser Betrag aber durch die Lieferungen an die Ukraine faktisch bereits ausgeschöpft ist, wurde unlängst eine Erhöhung um zunächst 2 Mrd. Euro mit einer Option auf weitere 3 Mrd. Euro (in Preisen von 2018) beschlossen (siehe [IMI-Aktuell](#) 2023/051). Um dem Ganzen wenigstens den Anschein der Rechtkonformität zu verpassen, wurde die EFF als „haushaltsexternes“ Budget angelegt, sie wird also mit Geldern der Einzelstaaten befüllt und ist damit nicht offizieller Teil des EU-Haushaltes, um geltendes EU-Recht zu umgehen (siehe [IMI-Analyse](#) 2021/17).

Ein anderer Weg wurde wiederum für den seit 2021 existierenden „Europäischen Verteidigungsfonds“ (EVF) gewählt, mit dem für denselben Zeitraum zwischen 2021 und 2027 rund 8 Mrd. Euro für die Erforschung und Entwicklung von Rüstungsgütern bereitgestellt werden. Er wurde kurzerhand auf die Kompetenzgrundlage von Artikel 173 AEUV gestellt und dadurch in den Bereich der Industriepolitik verfrachtet, wodurch er nach Auffassung von Kommission, Rat und Parlamentsmehrheit den Beschränkungen aus Artikel 41(2) nicht mehr unterliegt. Wenn eine Maßnahme allerdings klar einem Zweck dient, in diesem Fall die militärischen Fähigkeiten auszubauen, kann

sie nicht einfach beliebig auf eine andere Kompetenzgrundlage, in diesem Fall die Industriepolitik, gestellt werden. Aus diesem Grund ist der gesamte Fonds faktisch illegal, wie unter anderem in einem [ausführlichen Rechtsgutachten](#) herausgearbeitet wurde. Und obwohl auch eine Klage gegen den EVF anhängig ist, wurde nun beschlossen, auch für den EDIRPA-Fonds denselben Weg zu wählen.

Als EDIRPA-Kompetenzgrundlage wurde somit ebenfalls Artikel 173 AEUV, also die Industriepolitik gewählt, wie bei der [Europäischen Sicherheit & Technik](#) nachzulesen ist: „Da die EU aufgrund des Artikels 41 Absatz 1 [sic!] des Vertrages über die Europäische Union nicht direkt Rüstungsgüter finanzieren darf, gilt EDIRPA, genauso wie der Europäische Verteidigungsfond (EDF), als industriepolitische Maßnahme.“

Dass das eigentlich rechtlich alles andere als sauber ist, wurde bereits erwähnt noch vogelwilder wird es, wenn man die Beschreibung in diesem Artikel weiter folgt: „Das Geld, so die Kommission, sei ausschließlich für die Finanzierung administrativer Kosten zu verwenden, die beim gemeinsamen Beschaffungsprozess für die Mitgliedstaaten entstünden. Überprüft soll dies aber nicht werden, da die Gelder, so der derzeitige Stand, nach dem Prinzip ‚financing not linked to costs‘ vergeben werden sollen. Auf diese Weise wäre die EU in der Lage indirekt die gemeinsame Beschaffung von Rüstungsgütern zu fördern, ohne gegen Artikel 41 Absatz 1 [sic!] zu verstoßen.“

So abenteuerlich das ganze Konstrukt auch daher kommt, das allein genügte noch nicht, um größere Bedenken auszulösen. Erst die im EP-Berichtsentwurf vorgeschlagene Erweiterung der Maßnahme auf die Länder Ukraine, Georgien und Moldawien scheint nun für manche den Rahmen zu sprengen. Zwar geht es bei der ganzen Angelegenheit eben nicht primär um Industrieförderung, das gesamte mühsam zurechtgezimmerter Konstrukt hält aber beim besten Willen nicht mehr zusammen, wenn man unter dieser Fahne auch noch Gelder an die Ukraine, Georgien oder Moldawien vergibt.

Bei [Bruxelles2](#) wird deshalb über die diesbezüglichen Bedenken sowohl aufseiten der Liberalen Renew-Gruppe wie auch der Kommission berichtet. Zitiert wird unter anderem der Renew-EDIRPA-Schattenberichterstatteur Dominique Riquet (übersetzt mit deeppl.com): „Die Vorschläge des Europäischen Parlaments zerstören die Rechtsgrundlage, machen den Vorschlag wirkungslos ... und riskieren daher, dass er angefochten und somit für nichtig erklärt wird. [...] Dieser Text basiert auf einer Rechtsgrundlage, der der Industrie. Denn für militärische Aktivitäten im Rahmen der Verträge gibt es keine Rechtsgrundlage. Es geht also darum, bei der Integration, Produktion und Standar-

disierung der europäischen Verteidigungsindustrie zu helfen. Die Motive, so politisch wünschenswert sie auch sein mögen (Ausweitung auf Drittländer, Hinwendung zu nicht-konventionellen Lieferungen oder Aufhebung von Nutzungsbeschränkungen), sind alles Elemente, die uns von der Rechtsgrundlage wegbringen.“

Laut [Bruxelles2](#) teilt auch die Kommission diese Einschätzung (übersetzt mit deepl.com): „Die Vertreter der Europäischen Kommission äußerten sich in der öffentlichen Sitzung mit keinem Wort zur Frage der Rechtsgrundlage. Aber nach unseren Informationen, die von einer guten Quelle bestätigt wurden, gibt es tatsächlich ein Problem. [...] Wer vor Gericht ziehen würde, könnte wenn nicht die Aufhebung der Verordnung, so doch zumindest die Aufhebung des betroffenen Artikels erwirken. Artikel 173 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU, der die EDIRPA begründet, betrifft nur ‚die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie der Union‘ [...]. Wenn es notwendig ist, den Nachbarländern zu helfen, gibt es andere Rechtsgrundlagen und andere Budgets.“



Twitter-Post der Europäischen Volkspartei vom 15- Januar 2023: „Im Jahr 2020 wurden nur 11% der Verteidigungsinvestitionen in Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten getätigt. Das liegt weit unter dem von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Europäischen Verteidigungsagentur vereinbarten Richtwert von 35 %. Das müssen wir ändern.“ Quelle: Twitter/ EPP.

Türöffner für Mehrwertsteuerbefreiungen

Wohlgermerkt, die hier geäußerten rechtlichen Bedenken von Renew und Kommission richten sich nur gegen die Öffnung des EDIRPA-Instruments für Nicht-EU-Länder. Es handelt sich dabei nicht um grundsätzliche Einwände gegen die über Artikel 173 AEUV etablierte Praxis, Militärpolitik als Industriepolitik zu tarnen, um Gelder unter Umgehung geltenden Rechts aus dem EU-Haushalt loseisen zu können. Im Gegenteil, ihnen geht es darum, diese Praxis gegen etwaige Klagen abzusichern, um damit den Weg für den nächsten ambitionierten Schritt zu ebnen. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die im EP-Berichtsentwurf vorgeschlagene Erweiterung auf die besagten Nicht-EU-Länder wieder einkassiert werden dürfte. Denn das EDIRPA-Instrument soll „nur“ kurzfristig Lagerbestände auffüllen helfen, es ist aktuell zeitlich bis Ende 2024 begrenzt. Deshalb soll möglichst bald das noch einmal ambitioniertere „Programm für europäische Verteidigungsinvestitionen“ (EDIP) anschließen.

Mit ihm sollen künftig Konsortien für Verteidigungsfähigkeiten (EDCC) gebildet werden können, die unter anderem den „Vorteil“ genießen sollen, beim Einkauf von Rüstungsgütern von der Mehrwertsteuer befreit zu werden. In der entsprechenden Kommissionsmitteilung „[Analyse der Defizite bei den Verteidigungsinvestitionen und die nächsten Schritte](#)“ vom Mai 2022 lässt sich nachlesen: „In Anbetracht dessen wird die Kommission [...] eine Verordnung über ein Programm für europäische Verteidigungsinvestitionen (EDIP) vorschlagen. Mit ihr sollen die Bedingungen und Kriterien festgelegt werden, unter denen die Mitgliedstaaten Konsortien bilden können, die als Europäisches Konsortium für Verteidigungsfähigkeiten (EDCC) gelten; solche Konsortien beschaffen gemeinsam Verteidigungsfähigkeiten zur Nutzung durch die beteiligten Mitgliedstaaten, die in der EU in Zusammenarbeit entwickelt werden und für eine Mehrwertsteuerbefreiung infrage kommen. [...] Die Mehrwertsteuerbefreiung würde auch für den Betrieb, die Wartung und die Stilllegung gelten, die während des gesamten Lebenszyklus von Verteidigungsgütern mit erheblichen Kosten verbunden sind. [...] Die EDIP-Verordnung könnte als Dreh- und Angelpunkt für künftige gemeinsame Entwicklungs- und Beschaffungsprojekte von hohem gemeinsamen Interesse [...] dienen, insbesondere bei Projekten, die kein Mitgliedstaat allein entwickeln oder beschaffen könnte.“ Somit soll das EDIRPA-Instrument lediglich der Türöffner für den großangelegten Einstieg der Europäischen Union in die Beschaffung von Rüstungsgütern sein!

Mali

(K)ein „Eklat“ bei der UNO

von Christoph Marischka

Zum Jahrestag des russischen Angriff auf die Ukraine hat die UNO-Generalversammlung mit einer großen Mehrheit von 141 Stimmen einer u.a. von Deutschland vorbereiteten Resolution¹ zugestimmt, welche den russischen Angriff verurteilt. Nur sieben Staaten stimmten gegen die Resolution, während sich 32 enthielten. In Deutschland wird das Abstimmungsergebnis insgesamt als Erfolg bewertet.² Angesichts des klar völkerrechtswidrigen Charakters des russischen Vorgehens hätte das Ergebnis vielleicht auch eindeutiger ausfallen müssen und können, wenn sie etwas weniger parteilich formuliert gewesen wäre.

Verschiedene Regierungen haben die Gründe dargelegt, warum sie nicht oder trotz Bedenken zugestimmt haben. Südafrika etwa begründete seine Enthaltung damit, dass die Forderung nach einer Beendigung der Feindseligkeiten mit einem massiven Zustrom von Waffen verbunden sei und keine konkreten Vorschläge für eine Lösung des Konflikts enthalten seien. Brasilien hingegen stimmte zu, stellte aber klar, dass es die „Beendigung der Feindseligkeiten“ als Forderung an beide Seiten ohne Vorbedingungen verstehe.³ Bemerkenswert war v.a. die Erklärung der Vertreterin Costa Ricas, die einen Aspekt besonders hervorhob: „Viele Staaten haben nicht erkannt, dass die kontinuierliche Erhöhung der Rüstungsausgaben in Verbindung mit technologischen Fortschritten des militärisch-industriellen Komplexes die Entwicklung noch mächtigerer und fortgeschrittener Waffensysteme befördern, darunter auch Künstliche Intelligenz und Autonome Waffensysteme.“⁴ Obwohl dies sicherlich zumindest auch als Warnung an die westlichen Regierungen gerichtet war, welche die Ukraine umfangreich mit Waffen und Technologie unterstützen, stimmte Costa Rica der Resolution zu, die das Land selbst mit eingebracht hatte.

So weit, so diplomatisch. Und so vielstimmig war die Debatte in der UN-Generalversammlung über die Resolution zum Jahrestag des russischen Angriffs. Eine Vielstimmigkeit, die in der deutschen Politik und Berichterstattung gerne ausgeblendet und auf ein

Wer-nicht-für-uns-ist-ist-gegen-uns eingedampft wird. Alleine das ist schon Ausdruck einer zunehmenden Verachtung der Diplomatie und der UNO, die letztere eben nur noch als Bühne wahrnimmt, um vermeintliche Geschlossenheit zu demonstrieren oder vermeintliche Skandale zu inszenieren.

So schreiben der Deutschlandfunk⁵ und spiegel.de⁶ unter der gleichlautenden Überschrift „Nach Eklat bei UNO-Abstimmung“ von eben einem solchen „Eklat“, der jenseits des deutschen Blätterwaldes und insbesondere bei der UNO selbst überhaupt nicht als solcher wahrgenommen wird. Gemeint ist das Abstimmungsverhalten Malis, das unter jenen sieben Staaten war, welche die Resolution abgelehnt hatten. Bei den anderen Staaten wird dies nicht als Eklat wahrgenommen, wohl aber bei Mali, weil sich dort die Bundeswehr an einer UN-Mission beteiligt, die das explizite Ziel verfolgt, die Souveränität und territoriale Integrität des Landes zu verteidigen. Zu dieser Souveränität gehört eigentlich auch die Freiheit ihres Abstimmungsverhaltens in der Generalversammlung und die – im Falle der Ukraine ja immer wieder betonte – Bündnisfreiheit. Werden diese Freiheiten jedoch auf eine Art genutzt, welche den eigenen Interessen widerstrebt, so scheint es, verliert die Gewährleistung von Souveränität ganz schnell an Relevanz.

So werde „[n]ach Spiegel-Informationen ... sowohl im Verteidigungsministerium als auch im Außenamt offen hinterfragt, ob Deutschland noch ein weiteres Jahr mit der malischen Regierung kooperieren kann ... Mit dem Nein gegen die Resolution sei Mali vielmehr endgültig Mitglied im Klub der letzten Russland-Unterstützer wie Belarus, Nordkorea, Eritrea, Nicaragua oder Syrien, hieß es unter Fachleuten in beiden Ministerien.“ Allerdings hatte die Bundesregierung sich bereits ziemlich festgelegt,⁷ dass die Bundeswehr bis Mai 2024 ihre Beteiligung an der UN-Operation in Mali beenden wird. Sowohl Spiegel wie der Deutschlandfunk deuten in ihren Beiträgen zum vermeintlichen „Eklat“ bei der UNO an, dass der Einsatz nun genau

deshalb früher beendet werden könnte – was aber die zahlreichen angeführten Zitate zur Sinnlosigkeit des Einsatzes genau genommen gar nicht hergeben. Viele dieser Zitate sind älter als der vermeintliche Eklat. Insofern ist die Überschrift „Nach Eklat bei UNO-Abstimmung“ klar irreführend.

Ein Skandal hingegen ist eigentlich, dass deutsche Medien teilweise suggerieren, die Beteiligung der Bundeswehr an einer UN-Mission sei abhängig vom Abstimmungsverhalten der dadurch unterstützten Regierung in der UN-Generalversammlung zu völlig sachfremden Themen, die offenbar kontrovers verhandelt werden. Obwohl das durchaus zutreffend sein mag, dürfte sich der Umkehrschluss im Spiegel und beim Deutschlandfunk schwer in dieser Klarheit finden lassen, nämlich die Aussage, dass die deutsche Beteiligung an UN-Missionen auch dem Zweck dient, ein entsprechendes Abstimmungsverhalten in internationalen Gremien abzusichern oder durchzusetzen.

Wenn das alle Staaten so sehen würden, würde das die entsprechenden Regierungen übrigens vor große Probleme stellen. Aktuell etwa nennt die UN Deutschland lediglich als zehntgrößten Truppensteller.⁸ Die größten Truppensteller sind demnach der Tschad und Bangladesch. Der ebenfalls von einer Militärjunta mit französischer Rückendeckung regierte Tschad hat der Resolution zugestimmt und Bangladesch sich ebenso enthalten, wie Togo und Guinea, die auf den Plätzen sieben und acht der größten Truppensteller der MINUSMA stehen. Senegal und Burkina Faso, die ebenfalls vor Deutschland auf dieser Liste stehen, haben nicht mit abgestimmt. Für die Resolution haben unter den zehn größten Truppenstellern noch Ägypten, die Côte d'Ivoire und Niger gestimmt. Alle drei erhalten massive militärische Unterstützung aus dem Westen, in der Côte d'Ivoire und Niger sind (wie auch

im Tschad) französische Truppen stationiert und im Niger finden darüber hinaus aktuell zwei militärische Ausbildungs- bzw. „Partnerschaftsmissionen“ statt.⁹

Es lässt sich in dieser Stichprobe beim Zusammenhang zwischen Truppenstationierungen und Abstimmungsverhalten also durchaus ein Muster erkennen, in das Mali ohne jeden Eklat hineinpasst. Außerhalb der MINUSMA wird die malische Regierung aktuell militärisch am umfangreichsten von Russland unterstützt. Sowohl der Deutschlandfunk, wie auch der Spiegel führen entsprechend nun ein Argument für europäische Truppenstationierungen auf dem afrikanischen Kontinent an, das in dieser Form relativ neu ist und durchaus nach Imperialismus klingt: Es sei „wichtig die Sahelzone nicht komplett Russland zu überlassen“. Fast schon aus der Zeit gefallen wirkt demgegenüber die beim Deutschlandfunk ergänzte Einschätzung der „Grünen-Politikerin [Sara] Nanni“, „die Bundeswehr sei nicht für die malische Regierung, sondern für die Bevölkerung im Einsatz“. In der vergangenen Dekade wurde das tatsächlich Jahr für Jahr bei den Verlängerungen der Bundeswehr-Mandate im Bundestag so dargestellt.

Anmerkungen

- 1 Resolution A/RES/ES-11/6 der UN-Generalversammlung: „Principles of the Charter of the United Nations underlying a comprehensive, just and lasting peace in Ukraine“.
- 2 S.z.B.: Thomas Wiegold: Große Mehrheit in UN-Generalversammlung für Ukraine-Resolution, [augengeradeaus.net](https://www.augengeradeaus.net).
- 3 Beide Stellungnahmen finden sich zusammengefasst in dem Bericht der UNO zur Generalversammlung: „Hours Before Ukraine Conflict Enters Second Year, General Assembly Adopts Resolution Demanding Russian Federation Withdraw Military Forces, Adjourning Emergency Session“, [press.un.org](https://www.press.un.org).
- 4 Diese Stellungnahme findet sich in einem früheren Bericht der UN zur Sondersitzung: „‘We Don't Have a Moment to Lose', Secretary-General Tells General Assembly's Emergency Special Session on Ukraine as Speakers Debate Draft Resolution“, [press.un.org](https://www.press.un.org).
- 5 „Nach Eklat bei UNO-Abstimmung- Zweifel am Bundeswehr-Einsatz in Mali“, [deutschlandfunk.de](https://www.deutschlandfunk.de).
- 6 Matthias Gebauer, Marina Korbaki: Nach Eklat bei UNO-Abstimmung Zweifel an Bundeswehrmission in Mali wachsen, [spiegel.de](https://www.spiegel.de).
- 7 Christoph Marischka: Abzug aus Mali?, IMI-Standpunkt 2022/050, [imi-online.de](https://www.imi-online.de).
- 8 <https://peacekeeping.un.org/en/mission/minusma>, Stand 27.2.2023.
- 9 Christoph Marischka: Sahel - Neue Allianzen, neue Missionen, IMI-Analyse 2023/06, [imi-online.de](https://www.imi-online.de).



Ein jordanischer MINUSMA-Blauhelm in Mali.
Quelle: Flickr/ MINUSMA/Harandane Dicko.

Sahel

Neue Allianzen, neue Missionen

von Christoph Marischka

Am 8. Februar 2023 fand laut diverser Medienberichte in Kidal im Norden Malis eine Versammlung statt, welche die Lage in Mali weiter destabilisieren könnte. Die Deutsche Welle (dw) etwa berichtet: „Im Norden Malis haben sich drei bewaffnete Gruppen zusammengeschlossen, die am Tuareg-Aufstand 2012 beteiligt waren. Sie wollen damit die Militärregierung in Bamako unter Druck setzen“.¹ Die dw bezieht sich dabei im wesentlichen auf eine relativ kurze Meldung des Nachrichtenportals [AfricaNews.com](https://www.africanews.com), das auch (vermeintliche) Video-Aufnahmen des Treffens veröffentlichte.² Konkret handele es sich dabei um drei der tendenziell separatistischen Gruppierungen, die bereits zuvor als CMA (Coordination des mouvements de l’Azawad) eng zusammengearbeitet und nach dem Aufstand 2012 und der anschließenden französischen Militärintervention gemeinsam 2015 dem Abkommen von Algiers beigetreten waren, das sich formal zur territorialen Integrität Malis bekannt hatte – in der Umsetzung jedoch viele Fragen offen ließ. Während des damals separatistischen Aufstandes gab es eine partielle Zusammenarbeit auch mit djihadistischen/islamistischen Kräften, die dann jedoch schnell die Oberhand gewannen. Nach der französischen Militärintervention und der damit einhergehenden Stationierung einer großen UN-Mission und mehrerer europäischer Truppenkontingente kämpften Einheiten der CMA teilweise Seite an Seite mit französischen Spezialkräften gegen vermeintliche Djihadisten und unterstützten offiziell die (Übergangs-)Regierungen in der Hauptstadt Bamako. Bereits damals gab es jedoch anhaltende Gerüchte, dass einerseits Angehörige der CMA mit einzelnen djihadistischen Gruppen kooperieren würden und dass andererseits Frankreich durch seine militärische und geheimdienstliche Zusammenarbeit mit der CMA in der konkreten Praxis die territoriale Integrität und die Souveränität der Regierung in Bamako unterlaufen und langfristig das Ziel einer Abspaltung des Nordens (Azawad) vorantreiben würde. Daran dürfte einiges im Einzelfall richtig, in der Verallgemeinerung

zugleich unzutreffend sein, wie es bei vielen Gerüchten und Verschwörungstheorien der Fall ist. Dass es jedoch erhebliche Spannungen zwischen der militärischen Praxis Frankreichs (die Separatisten unterstützte) und der völkerrechtlichen Grundlage u.a. der deutschen Militärpräsenz im Rahmen der UN-Truppe MINUSMA (territoriale Integrität) gab, äußerten auch deutschen und europäische Diplomaten*innen und Militärs immer wieder.

Islamisten und Separatisten gegen die Junta?

Was es bedeutet, dass die militärisch besser aufgestellten Gruppen der CMA nun von einer „Koordination“ zu einer „Fusion“ übergehen, scheint insofern erstmal wenig spektakulär. Konkret ist davon die Rede, dass man aus den drei Gruppen „einen [einzig] politischen und militärischen Zusammenhang“ formen wolle.³ Allerdings wurde bei dem Treffen demnach auch angekündigt, dass die CMA „angesichts der sich beständig verschlechternden Sicherheitslage gemeinsam mit weiteren Gruppen eine militärische Offensive plant, um die Bevölkerung in Mali zu schützen“. Da die CMA bereits im Dezember vergangenen Jahres geschlossen aus der operativen Umsetzung des Algiers-Abkommens ausgetreten ist, handelt es sich dabei um die Ankündigung einer militärischen Operation (ehemals) separatistischer Kräfte, die nicht in Abstimmung mit der Regierung erfolgt. Im Gegenteil: Die CMA begründet ihre „Offensive“ damit, dass die Regierung die Zivilbevölkerung nicht ausreichend schütze.

Einen Hinweis auf die bevorstehende Fusion lieferte kurz zuvor bereits „Voice of America“, der vom US-Kongress finanzierte Auslandssender der USA. Dieser veröffentlichte am 31. Januar 2023 einen Bericht, wonach Iyad Ag Ghaly, Führer des regionalen Al-Kaida-Ablegers GSIM, in den vorangegangenen Tagen einige „Führer [anderer] bewaffneter Gruppen“ kontaktiert und getroffen habe. Ziel sei es gewesen, den Kampf gegen den IS, der mit GSIM konkurriert und

auch von der CMA bekämpft wird, zu koordinieren und zusammenzuführen. Laut Aussage eines namentlich nicht genannten Vertreters der lokalen Regierung in Kidal habe sich Ag Ghaly auch mit Vertreter(*innen?) der Zivilbevölkerung getroffen und ihnen zugesichert, „die Scharia zu verteidigen und [die Zivilbevölkerung] vor der malischen Armee und russischen Söldnern zu beschützen“. In diesem Zusammenhang wurde damals auch eine andere Quelle zitiert, wonach Ag Ghaly eine Fusion der Gruppen der CMA begrüße, wie sie im Februar stattfinden könne – und nun offenbar stattgefunden hat.⁴

Die Kämpfe zwischen islamistischen Gruppen haben bereits in den vergangenen Monaten auch in der Region Gao zugenommen. Nun scheint sich eine neue Allianz zwischen der CMA und der GSIM abzuzeichnen, die gemeinsam gegen den IS vorgehen. Während die GSIM offiziell von der malischen Armee und ihren Verbündeten bekämpft wird, gerieten auch in den vergangenen Jahren – auch während die CMA Teil des Algiers-Prozesses war – immer wieder regierungstreue Gruppen und die CMA militärisch aneinander. Mit der Fusion, der angekündigten Offensive und dem mutmaßlichen Bündnis mit der GSIM deutet sich zumindest an, dass die CMA künftig auch offen die Konfrontation mit dem malischen Militär und der Führung in Bamako suchen und seine Ziele der Unabhängigkeit bzw. Abspaltung vehementer verfolgen könnte.

Abzug und Verlegung

Diese Entwicklungen werden sicher auch in den außenpolitischen Apparaten Frankreichs und der EU mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Nachdem die französischen Truppen von der malischen Regierung herausgeworfen wurden und auch die EU und Deutschland nicht mehr wirklich willkommen zu sein scheinen, hoffen hier sicherlich einige auf eine weitere Destabilisierung Malis, einen Sturz der Junta in Bamako und die Aussicht auf eine Rückkehr.

Denn der eigentlich naheliegende Abzug der EU-Missionen EUTM und EUCAP sowie des großen deutschen Kontingents innerhalb der UN-Mission MINUSMA verläuft zögerlich. Seit sich die Junta in Bamako von Frankreich abgewendet und stattdessen seine Zusammenarbeit mit Russland massiv ausgebaut hat, wird in Deutschland und der EU davon gesprochen, man dürfe Russland nicht „das Feld überlassen“. Deshalb wird hart um den Rückzug der Bundeswehr aus der MINUSMA gerungen. Während v.a. das von der SPD geführte Verteidigungsministerium gehen möchte, will das Auswärtige Amt unter Baerbock bleiben. Nach aktuellem Stand ist ein Abzug für nächstes Jahr vorgesehen, allerdings erst nach den angesetzten

Wahlen, um auf mögliche Lageänderungen noch reagieren zu können. Absehbar auf länger Zeit erhalten bleiben wird das Luftdrehkreuz der Bundeswehr in der benachbarten Republik Niger, welches Deutschland zwar im Rahmen der MINUSMA aufgebaut hat, aber stets gemeinsam mit französischen Truppen nutzte, die außerhalb der MINUSMA in der gesamten Region im Einsatz sind. Zukünftig wird es v.a. die EU-Missionen unterstützen, die sich aktuell auf Niger fokussieren.

Als beispielhaft für den unentschlossenen Abzug bzw. die widerwillige Verlegung europäischer Kräfte kann etwa die Verlängerung der EU-Ausbildungsmission EUTM Mali im vergangenen Oktober um ganze zwei Jahre gesehen werden – obwohl die Ausbildungsmaßnahmen in Mali bereits zu diesem Zeitpunkt (zunächst wegen Covid, dann wegen der Zusammenarbeit der malischen Armee mit Russland) längst ausgesetzt waren und das zentrale Ausbildungslager Koulikoro bereits aufgegeben wurde. Stattdessen wird die Mission, die weiterhin EUTM Mali heißt, im Kern nach Niger verlegt und soll dort das nigrische Militär ausbilden. An sich war auch eine Ausbildung der Streitkräfte Burkina Fasons vorgesehen, ist aber unwahrscheinlich, weil sich auch die dortige Junta nun Russland zugewandt hat. Nur ein Rumpf der Mission soll in Mali verbleiben und erhielt im Oktober vergangenen Jahres den zusätzlichen Auftrag, „Bemühungen im Bereich der strategischen Kommunikation“ zu unterstützen, die „zur Förderung der Werte der Union, zur Förderung des Handelns der Union und zur Aufdeckung von Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht durch ausländische Streitkräfte in Mali“ beitragen. Konkret geht es also für die verbliebenen EUTM-Angehörigen in Mali darum, Öffentlichkeitsarbeit für die EU und gegen die amtierende Regierung bzw. ihre russischen Verbündeten zu betreiben. Das Mandat enthält jedoch eine Klausel, die auch die Wiederaufnahme der Ausbildung malischer Kräfte bis hin zur „Begleitung ohne Exekutivbefugnisse bis zur taktischen Ebene“ für den Fall vorsehen, dass nicht näher bestimmte „Bedingungen vorliegen“.⁵

Neue Missionen

Nur zwei Monate darauf wurde im Dezember 2022 bereits die nächste EU-Militärmission, genauer eine „militärische Partnerschaftsmission“ (EUMPM Niger), in der Republik Niger beschlossen. Hier geht es um den Aufbau konkret genannter militärischer Einheiten der nigrischen Armee. Zugleich dient die Mission auch der Unterstützung von „bilateralen Initiativen, Bemühungen und Tätigkeiten der Mitgliedstaaten in Niger“, worunter in der Vergangenheit insbesondere die Aus-

bildung von Spezialkräften sowie die Ausstattung mit Militärtechnik zu verstehen war.⁶ Das Mandat für diese Mission wurde gleich zu Anfang für drei Jahre beschlossen.

Darüber hinaus laufen gerade Diskussion über eine weitere Mission ganz neuen Typs in der Region, die im wesentlichen auf Militärberatern und mobilen Trainingsteams basieren, den „Kampf gegen Terrorismus“ unterstützen und dem russischen Einfluss in der Region Paroli bieten soll. Sie wird nach aktueller Planung über kein eigenes Hauptquartier in der Region verfügen, sondern direkt von der Military Planning and Conduct Capability (MPCC), einer Abteilung des Militärstabs der Europäischen Union, geführt werden. Soweit die bisherigen Planungen bekannt sind, orientieren sie sich sichtbar am Konzept des Oberkommandos der US-Streitkräfte für den afrikanischen Kontinent (AFRICOM), das um einen leichten Fußabdruck bei zumindest sporadischer, möglichst flächendeckender Präsenz durch Spezialkräfte, Ausbildungsmaßnahmen, gemeinsame Manöver und verdeckte Operationen bemüht ist. Territorial wird diese neuartige Mission der EU vermutlich nicht klar begrenzt sein, konkrete Vorabstimmungen sollen allerdings bislang mit den vier Küstenstaaten Côte d’Ivoire, Togo, Benin und Ghana stattfinden. Alle vier Länder grenzen an Burkina Faso, die Côte d’Ivoire außerdem an Mali und Benin auch an die Republik Niger. Westlich an die Côte d’Ivoire und südlich an Benin grenzt der Küstenstaat Guinea, dessen aktuelle Regierung ebenfalls aus einem Putsch hervorging und deshalb, ebenso wie Mali und Burkina Faso, vom Regionalbündnis ECOWAS mit Sanktionen belegt wurde. Am 9. Februar 2023 – einen Tag nach der Fusion der CMA im Norden Malis – trafen sich hochrangige Abgesandte dieser drei Regierungen zu einem Gipfel in Ouagadougou, um eine engere Zusammenarbeit zu vereinbaren.⁷ Dies erfolgte vermutlich nicht zufällig in zeitlicher Nähe zur Westafrika-Reise des russischen Außenministers Lawrow, der den Juntas seine

Unterstützung zusagte und anschließend nach Mauretanien weiterreiste, wo er eine Lösung der Westsahara forderte, die im Einklang mit dem Völkerrecht steht – was in diesem Falle nicht unbedingt der Linie der NATO und der (aktuellen) Bundesregierung entspricht.⁸ Das kann man angesichts des eklatanten Bruchs des Völkerrechts durch den russischen Angriff auf die Ukraine durchaus als heuchlerisch empfinden, es entspricht aber einer in der Region breit verankerten und durchaus berechtigten Kritik an der westlichen Doppelmoral. Nicht vergessen ist dort z.B. der NATO-Krieg gegen Libyen 2011, mit dem viele der Probleme in der Region zumindest mittelbar bis heute zusammenhängen.

Anmerkungen

- 1 „Bewaffnete Gruppen fusionieren im Norden Malis“, [dw.com](#) vom 9.2.2023.
- 2 „Mali’s Azawad movements unite in a bid to pressure the ruling junta“, [africanews.com](#) vom 9.2.2023.
- 3 „Army chief ousted in jihadist-torn Mali“, [modernghana.com](#).
- 4 „Mali Jihadist Leader in Secret Talks With Northern Groups“, [voanews.com](#) vom 31.1.2023.
- 5 Beschluss (GASP) 2022/1966 des Rates vom 17. Oktober 2022 zur Änderung des Beschlusses 2013/34/GASP über eine Militärmission der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung der malischen Streitkräfte (EUTM Mali), [eur-lex.europa.eu](#).
- 6 Beschluss (GASP) 2022/2444 des Rates vom 12. Dezember 2022 über eine militärische Partnerschaftsmission der Europäischen Union in Niger (EUMPM Niger), [eur-lex.europa.eu](#).
- 7 Jörg Tiedjen: Sahel fusioniert – Burkina Faso, Guinea und Mali rücken zusammen, junge Welt vom 14.2.2023, [jungewelt.de](#).
- 8 Pablo Flock: „Wertepartnerschaft“ über Völkerrecht – Baerbock gibt gegenüber Marokko bezüglich West-Sahara klein bei, IMI-Standpunkt 2022/033, [imi-online.de](#).



Kampfhandlungen zwischen dem IS und Al Kaida in Mali am 20. Juli 2021. Quelle: Wikimedia/ saharan_kotogo.

Impressum

Der Ausdruck wird herausgegeben von und bezogen über Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Hechinger Str. 203

72072 Tübingen

Telefon: 07071 – 49154

Fax: 07071 – 49159

imi@imi-online.de

www.imi-online.de

 IMI.FB  I_M_I  @imi@mastodon.social

Redaktion:

Jacqueline Andres (Tübingen), Pablo Flock (Buenos Aires), Thomas Gruber (Fürth), Alexander Kleiß (Tübingen), Martin Kirsch (Hannover), Christoph Marischka (Tübingen), Ben Müller (Tübingen), Christopher Schwitanski (Köln), Andreas Seifert (Bonn), Nabil Sourani (Berlin), Sven Wachowiak (Straßburg), Jürgen Wagner (Tübingen).

Autoren und Autorinnen:

Yasmina Dahm studiert Geschichtswissenschaft und Sozial- und Kulturanthropologie in Tübingen und macht antimilitaristisches Radio bei der Wüsten Welle. René Jokisch ist IMI-Beirat und Referent für Außenpolitik bei Die Linke. Bernhard Klaus ist freischwebender Autor. Thomas Haschke

ist in der DFG-VK und bei der IMI aktiv. Victoria Kropp ist IMI-Beirätin und Vorstandsmitglied beim Bund für soziale Verteidigung e.V. Franz Nadler ist Stellvertretender Vorsitzender von Connection e.V. Merle Weber schreibt seit 2019 immer wieder für IMI zur Militarisierung der Ostsee.

Bildnachweise wie angegeben außer:

Titelbild: Monika Natalia Mazur. Ihre Werke sind hier zu finden: [instagram.com/monika_natalia_mazur](https://www.instagram.com/monika_natalia_mazur), S.41: Eigene Darstellung, Karte: Wikipedia, S.61: freesvg, Rückseite: Netzwerk Friedenskooperative.

Hinweise zu einzelnen Texten:

Der Artikel „Mali: (K)ein „Eklat“ bei der Uno“ erschien in Telepolis am 28. Februar 2023.

Bezugsbedingungen:

IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den Ausdruck kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/ Monat). Deutschland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 60 € bzw. Förderabo ab 70 €. Ausland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 70 € bzw. Förderabo ab 80 €.

Eigentumsvorbehalt:

Dieses Heft bleibt bis zur vollständigen Aushändigung Eigentum des Absenders. ‚Zur-Habe-Nahme‘ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Nicht ausgehändigte Hefte sind unter Angabe der Gründe der Nicht-aushändigung an den Absender zurückzusenden.

Mitgliedschaftsformular

- Ich möchte Mitglied im IMI-Förderverein Analyse und Frieden werden und die IMI dadurch mit meinem Beitrag unterstützen.

Vor- und Nachname: _____

Str., PLZ, Ort: _____

- Mein jährlicher Beitrag beträgt: _____ € (Ab einem Beitrag von 60 € Zusendung des AUSDRUCK.)
 Ich erteile IMI eine SEPA-Einzugsermächtigung für mein Konto.

IBAN: _____

BIC: _____

- Ich richte einen Dauerauftrag ein.
 Hiermit akzeptiere ich die Datenschutzerklärung: [imi-online.de/uber-imi/datenschutzerklaerung](https://www.imi-online.de/uber-imi/datenschutzerklaerung)

Datum und Unterschrift





Ostermarsch

6.-10. April 2023